



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


03 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Schulden privater Haushalte
Statistisches Jahrbuch 2022
Industrieinvestitionen 2021



Fotonachweis

Titelfoto: © Maria Fuchs – stock.adobe.com

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, befinden sich bei Energieunternehmen im Zahlungsrückstand. Diese Entwicklung setzte bereits vor dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein und dürfte sich durch die aktuelle Entwicklung der Energiepreise und der Inflationsrate noch weiter verschärft haben.

Beilage: Faltblatt „Veröffentlichungen“

03 | 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell	143
Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Einzelhandel Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Bildung ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	154
Rheinland-Pfalz in Karten: Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser 2021	155
Schulden privater Haushalte bei Energieunternehmen steigen – Überschuldungsintensität nimmt ab	156
Statistisches Jahrbuch 2022	172
Industrieinvestitionen 2021	184
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	195
Neuerscheinungen	211

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Industrieproduktion steigt im Dezember 2022 leicht

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Dezember 2022 leicht zu. Auf der Basis vorläufiger Werte stieg der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen erhöhten die Hersteller die Güterausbringung. Der Output der Konsumgüterproduzenten, der häufig starken Schwankungen unterliegt, legte im Dezember 9,1 Prozent zu. Die Investitionsgüterindustrie steigerte ihre Produktion gegenüber dem Vormonat um 1,2 Prozent. Der Güterausstoß der Vorleistungsgüterhersteller schrumpfte hingegen um 3,3 Prozent.

Der Rückgang der Ausbringung der Vorleistungsgüterhersteller ist unter anderem auf Einbußen in der Chemiebranche zurückzuführen. Die Chemische Industrie ist die umsatzstärkste Industriebranche in Rheinland-Pfalz; ihr Output verringerte sich im Dezember um 6,1 Prozent. Damit sank die Produktionsleistung der Branche den fünften Monat in Folge. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche ist und zu den Investitionsgüterherstellern zählt, drosselte den Güterausstoß leicht um 0,4 Prozent. Der Maschinenbau gehört ebenfalls

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez 2022		Jan bis Dez 2022
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Nov 2022	Dez 2021	Jan bis Dez 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,7 %	-10,4 %	-1,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,3 %	-18,2 %	-8,3 %
Investitionsgüterproduzenten	1,2 %	1,8 %	3,9 %
Konsumgüterproduzenten	9,1 %	-5,9 %	11,0 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-6,1 %	-33,2 %	-14,5 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-0,4 %	-3,5 %	9,0 %
Maschinenbau	3,1 %	5,5 %	1,5 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-7,2 %	-33,4 %	-12,6 %
Inland	-6,7 %	-27,4 %	-5,9 %
Ausland	-7,5 %	-37,3 %	-16,8 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,1 %	-29,8 %	-13,2 %
Investitionsgüterproduzenten	4,0 %	-38,1 %	-20,6 %
Konsumgüterproduzenten	-37,4 %	-29,7 %	15,5 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	0,8 %	-34,6 %	-17,8 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	28,5 %	-51,4 %	-27,8 %
Maschinenbau	-11,7 %	-26,0 %	-14,9 %
1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.			

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

zu den Investitionsgüterherstellern und ist die drittgrößte Industriebranche; ihr Output sank um 3,1 Prozent.

Die Ausbringung der Industrie lag im Dezember 2022 zehn Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Von den drei industriellen Hauptgruppen erreichte nur die Investitionsgüterindustrie einen Zuwachs. Dazu beigetragen hat die Produktionssteigerung im Maschinenbau. Der Output der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war dagegen rückläufig.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





Deutliche Einbußen verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten, was mit dem gedrosselten Güterausstoß der Chemieindustrie zusammenhängt. Auch die Konsumgüterhersteller produzierten weniger als im Vorjahresmonat.

Weniger Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 2022

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ließ im Dezember 2022 merklich nach. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 7,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen wesentlich weniger Bestellungen ein als im November (–6,7 bzw. –7,5 Prozent).

Die drei industriellen Hauptgruppen zeigen ein uneinheitliches Bild: Die Auftragseingänge in der Konsumgüterindustrie, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, schrumpften im Dezember um 37 Prozent. Diesem Rückgang stehen Zuwächse in den beiden anderen Hauptgruppen gegenüber. Die Investitionsgüterhersteller verzeichneten ein Plus von vier Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die Bestellungen um 1,1 Prozent.

Zur Vorleistungsgüterindustrie gehören die Hersteller chemischer Erzeugnisse, sie verbuchten im Dezember 0,8 Prozent mehr neue Aufträge als im Vormonat. Die beiden großen

Branchen der Investitionsgüterindustrie entwickelten sich unterschiedlich. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie stieg das Ordervolumen kräftig um 28 Prozent. Im Maschinenbau gingen zwölf Prozent weniger Bestellungen ein als im November.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Dezember 2022 um rund ein Drittel niedriger aus – die bereinigten Auftragseingänge lagen 33 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2021. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen wesentlich schlechter als im Vorjahresmonat. Zu dem Rückgang der Bestellungen trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Die stärksten Einbußen musste die Investitionsgüterindustrie hinnehmen. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftrags-eingänge deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrie 2022 mit positiver Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe setzten 2022, auch unter dem Einfluss gestiegener Preise, deutlich mehr um als ein Jahr zuvor. Die Erlöse nahmen gegenüber 2021 um 20 Prozent zu (Deutschland: +16 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,1 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent).

Der Gesamtumsatz der Industrie lag 2022 bei 118,8 Milliarden Euro. Die

Umsätze aus dem Inland stiegen um 22 Prozent, die aus dem Ausland um 18 Prozent. Die Exportquote sank um 0,7 Prozentpunkte auf 55,7 Prozent.

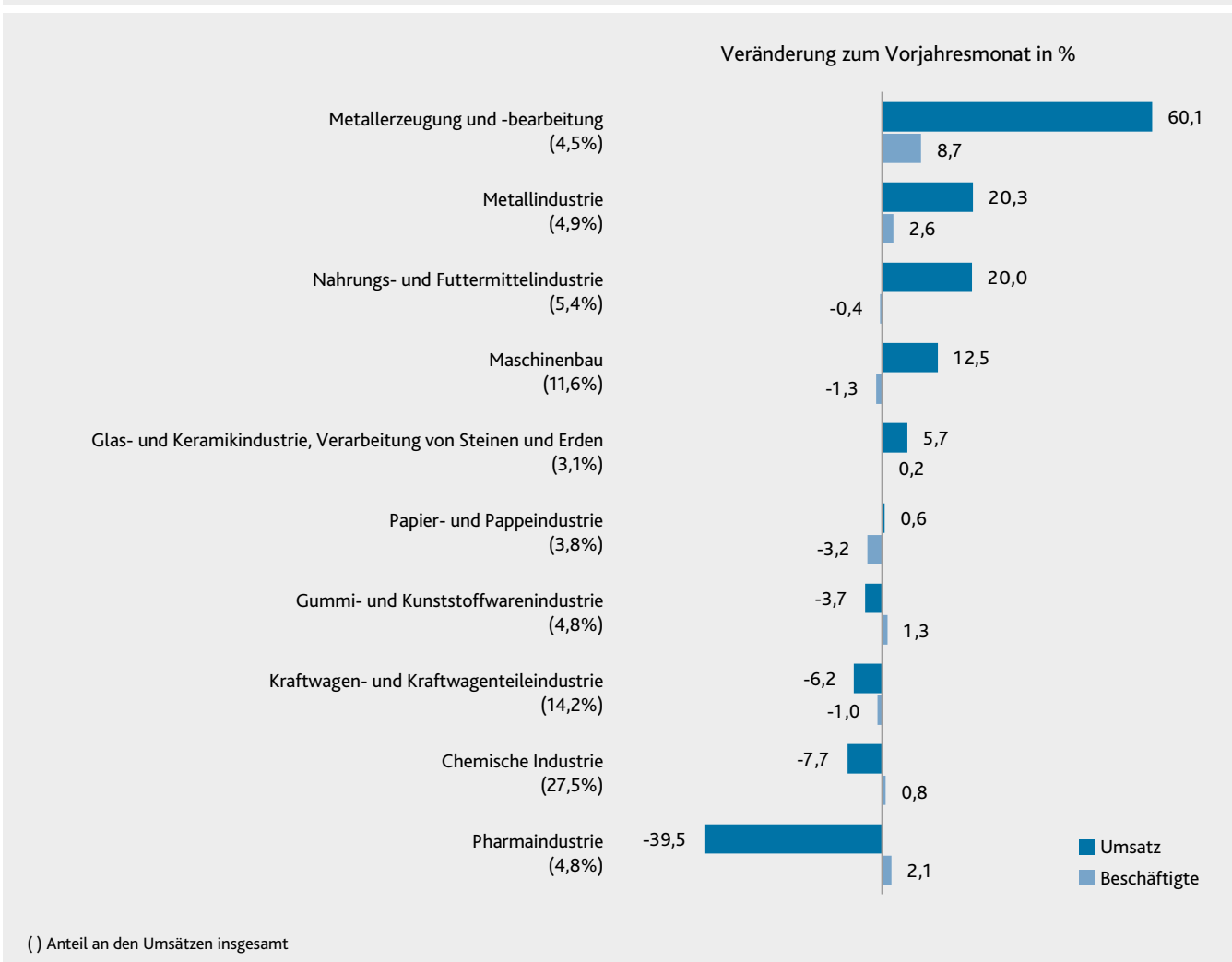
In allen zehn der am Umsatz gemessenen bedeutendsten Branchen nahmen die Umsätze zu. Die Chemische Industrie als umsatzstärkste Branche verzeichnete ein Plus von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zuwachsraten von 23 bzw. 7,5 Prozent gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie beim Maschinenbau. Die größte Umsatzsteigerung verbuchte die Metallerzeugung und -bearbeitung (+79 Prozent).

Insgesamt waren 2022 durchschnittlich 258 700 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt; das waren rund 2 700 mehr als im Vorjahr (+1,1 Prozent; Deutschland: +0,8 Prozent). Sechs der zehn umsatzstärksten Branchen erhöhten die Beschäftigtenzahl. Die höchsten Zunahmen gab es in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+5,8 Prozent). Die Pharmaindustrie sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren erhöhten ihren Personalbestand um jeweils 1,9 Prozent. Die Kraftfahrzeugindustrie sowie die Hersteller von Papier und Pappe wiesen die größten Beschäftigungsverluste auf (–2,7 bzw. –2,9 Prozent).

Trotz der stark gestiegenen Preise lagen die Umsätze im Dezember 2022 nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahresmonats (+0,3 Prozent; Deutschland: +13 Prozent). Die Beschäftigung stieg dagegen um



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Dezember 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,3 Prozent).

Sechs der zehn umsatzstärksten Branchen erwirtschafteten im Dezember 2022 höhere Erlöse als im Vergleichsmonat 2021. Der umsatzstarke Maschinenbau setzte 13 Prozent mehr um. Die höchste Zuwachsrate verbuchte die Metallerzeugung und -bearbeitung (+60 Prozent). Die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln erzielten ein Plus von

jeweils 20 Prozent. Umsatzrückgänge gab es bei der Chemischen Industrie sowie den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die größten Abnahmen verzeichnete die Pharmaindustrie (-40 Prozent).

Deutliche Beschäftigungsgewinne gab es in der Metallerzeugung und -bearbeitung. Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie die Pharmaindustrie erhöhten den Personalstand (+2,6 bzw. 2,1 Prozent). Die Papier- und Pappeindustrie reduzierte die Zahl

der Beschäftigten am deutlichsten (-3,2 Prozent). Der Maschinenbau sowie die Kraftfahrzeugherstellung beschäftigten 1,3 bzw. ein Prozent weniger Personal.

Steigende Auftragseingänge und nahezu unveränderte Umsätze im Bauhauptgewerbe im Dezember

Die Auftragseingänge des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im Dezember 2022 zu. Sie lagen kalender- und saisonbereinigt

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Dez 2022		Jan bis Dez 2022
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Nov 2022	Dez 2021	Jan bis Dez 2021
Auftragseingang	3,2 %	2,2 %	9,5 %
Hochbau insgesamt	20,2 %	-1,0 %	3,4 %
Wohnungsbau	-35,9 %	-52,4 %	-13,1 %
gewerblicher Hochbau	-11,6 %	-26,8 %	6,8 %
öffentlicher Hochbau	219,1 %	227,6 %	36,3 %
Tiefbau insgesamt	-9,7 %	5,6 %	15,4 %
gewerblicher Tiefbau	-17,0 %	-6,6 %	15,9 %
Straßenbau	-13,6 %	-3,6 %	19,2 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	0,7 %	29,5 %	9,0 %
Baugewerblicher Umsatz	0,1 %	7,5 %	9,8 %
Hochbau insgesamt	-1,0 %	14,3 %	7,2 %
Wohnungsbau	-2,5 %	17,0 %	21,7 %
gewerblicher Hochbau	-2,6 %	16,0 %	-1,0 %
öffentlicher Hochbau	10,0 %	1,9 %	-2,4 %
Tiefbau insgesamt	1,1 %	1,6 %	12,6 %
gewerblicher Tiefbau	5,3 %	-17,9 %	11,6 %
Straßenbau	-6,0 %	9,1 %	12,7 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	9,9 %	16,8 %	13,3 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

um 3,2 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die baugewerblichen Umsätze blieben nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Gegenüber Dezember 2021 stiegen die Auftragseingänge um 2,2 Prozent und die Umsätze um 7,5 Prozent.

Der Anstieg der Auftragseingänge ist auf eine Zunahme der Bestellungen im Hochbau zurückzuführen; das Ordervolumen erhöhte sich im Dezember 2022 gegenüber dem Vormonat um 20 Prozent. Dafür verantwortlich war ein kräftiger Zuwachs im öffentlichen Hochbau (+219 Prozent), der durch Großaufträge verursacht wurde. In den beiden anderen Segmenten liefen die Geschäfte deutlich schlechter als im November. Der Wohnungsbau

musste mit -36 Prozent stärkere Einbußen hinnehmen als der gewerbliche Hochbau (-12 Prozent). Im Tiefbau sank das Ordervolumen um 9,7 Prozent. In zwei der drei Teilbereiche schrumpfte die Nachfrage. Im gewerblichen Tiefbau gingen 17 Prozent und im Straßenbau 14 Prozent weniger Aufträge ein als im Vormonat. Nur im sonstigen öffentlichen Tiefbau nahmen die Bestellungen leicht zu (+0,7 Prozent).

Während die Auftragseingänge im Hochbau ein Prozent unter dem Niveau von Dezember 2021 lagen, war das Ordervolumen im Tiefbau in jeweiligen Preisen um 5,6 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Preisbereinigte Angaben zur Entwicklung

der Bestellungen liegen nicht vor. Angesichts der stark gestiegenen Preise für Bauleistungen ist es durchaus möglich, dass die Auftragseingänge real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – im Dezember 2022 auch im Tiefbau geringer waren als im Vorjahresmonat.

Der Hochbau erzielte im Dezember 2022 geringere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt lagen die Erlöse in jeweiligen Preisen ein Prozent unter dem Niveau von November. Im gewerblichen Hochbau schrumpften die Umsätze um 2,6 Prozent und im Wohnungsbau um 2,5 Prozent. Die Erlöse im öffentlichen Hochbau nahmen zehn Prozent zu. Der Tiefbau steigerte seine Umsätze im Dezember um 1,1 Prozent. Zurückzuführen war dies auf Zuwächse im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+9,9 Prozent) und im gewerblichen Tiefbau (+5,3 Prozent). Der Straßenbau verbuchte als einziger Teilbereich einen Umsatzrückgang (-6 Prozent).

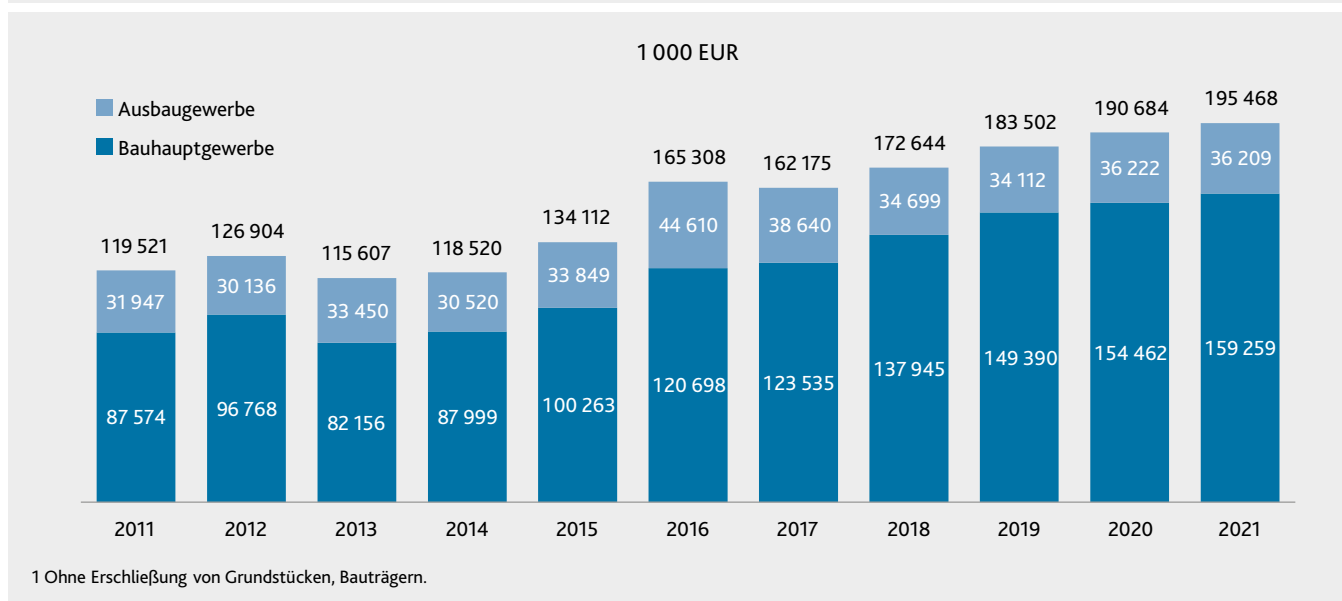
Im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchsen die Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau. Die Erlöse lagen um 14 bzw. 1,6 Prozent über dem Niveau von Dezember 2021. Allerdings trugen zu diesem Zuwachs auch die stark gestiegenen Baupreise bei.

Mehr Investitionen im Baugewerbe

Die Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe erreichten 2021 einen neuen Höchststand. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf knapp 196 Millionen Euro.



Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe¹ 2011–2021



Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren Zunahmen im Bauhauptgewerbe (+3,1 Prozent); das Ausbaugewerbe verharrte auf dem Niveau des Vorjahres.

Rund 81 Prozent der Investitionsmittel entfielen auf das Bauhauptgewerbe; das waren 159 Millionen Euro (+3,1 Prozent). Im Ausbaugewerbe wurden 36 Millionen Euro investiert. Die Investitionsquote – das Verhältnis der Investitionen zum Gesamtumsatz – lag im Bauhauptgewerbe bei 3,4 Prozent und im Ausbaugewerbe bei 1,7 Prozent. Die Investitionssumme in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten, die sogenannte Investitionsintensität, war mit knapp 6 800 Euro je tätiger Person im Bauhauptgewerbe mehr als dreimal so hoch wie im Ausbaugewerbe (2 200 Euro je tätiger Person).

Zum Baugewerbe zählten im Jahr 2021 rund 800 Rechtliche Einheiten und 40 100 Beschäftigte. Der Gesamtumsatz betrug 6,8 Milliarden Euro.

Außenhandelsvolumen erreicht neuen Höchststand

Die Warenwerte der Ex- und Importe im rheinland-pfälzischen Außenhandel lagen 2022, auch unter dem Einfluss der gestiegenen Preise, deutlich über den Werten des Vorjahres. Nach vorläufigen Angaben überschritten die Exporte die 60-Milliarden-Marke und stiegen um elf Prozent auf 60,8 Milliarden Euro. Allerdings reduzierte sich das Gewicht der gehandelten Exportgüter um zehn Prozent.

Der Wert der Importe vergrößerte sich um 15 Prozent auf 48,3 Milliarden Euro. Diesem Anstieg steht eine Abnahme des Gewichts der eingeführten Güter von 4,3 Prozent gegenüber. Deutschlandweit lagen die Zunahmen

der Warenwerte der Ex- und Importe bei 14 bzw. 24 Prozent.

Mit einem Anteil von 57 Prozent ging der größte Teil der Ausfuhren in die Mitgliedstaaten der EU (+13 Prozent). Der Warenwert der Exporte in die Länder der Eurozone erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent; die Zunahme in die EU-Länder, die nicht dem Euro-Raum angehören, betrug elf Prozent. Unter dem Einfluss der Ausfuhrückgänge in die Türkei und nach Russland (–37 bzw. –49 Prozent) unterschritten die Warenwerte der Exporte in das übrige Europa die Vorjahresergebnisse um 6,9 Prozent.

Die Exporte auf den amerikanischen Markt legten deutlich zu (+25 Prozent; USA: +28 Prozent). Aufgrund der kontinuierlichen Zuwächse im Laufe des Jahres übertrafen die Exporte nach Amerika mit 9,1 Milliarden Euro die in die Nicht-Euroländer (8,3 Milli-



arden Euro). Trotz Ausfuhrückgängen nach China (–8,9 Prozent) nahmen die Warenwerte der Ausfuhren nach Asien insgesamt zu (+3,8 Prozent).

Die umsatzstarken Güterabteilungen „Chemische Erzeugnisse“ sowie „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ erhöhten den exportierten Warenwert um zwölf bzw. 23 Prozent. Die größten Zuwächse verbuchte die Sparte „Metall“ (+45 Prozent). Im Gegensatz dazu ging die Auslands-

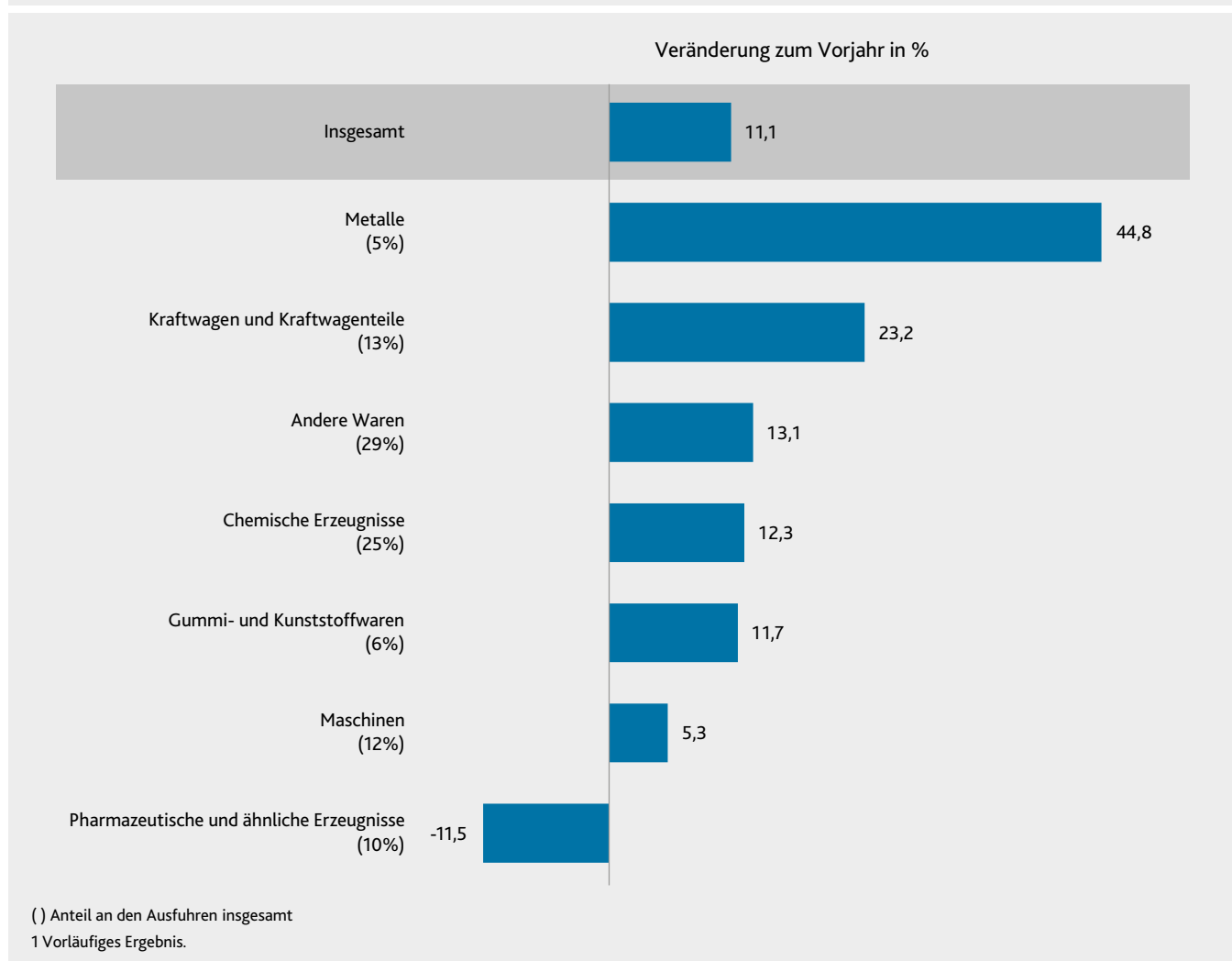
nachfrage nach pharmazeutischen Produkten um zwölf Prozent zurück.

Der Warenwert der rheinland-pfälzischen Importe erhöhte sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf 48,3 Milliarden Euro. Aus den Ländern der EU kamen 61 Prozent der eingeführten Waren (+14 Prozent). Der Wertzuwachs der eingeführten Waren aus den Euro-Ländern sowie den Ländern, die nicht dem Euro-Raum angehören, lag bei 13 bzw. 14 Prozent. Aufgrund der rückläufigen

Importe aus Russland (–44 Prozent), der Schweiz (–7,4 Prozent) sowie dem Vereinigten Königreich (–2 Prozent) nahmen die Einfuhren aus dem übrigen Europa nur um 0,6 Prozent zu.

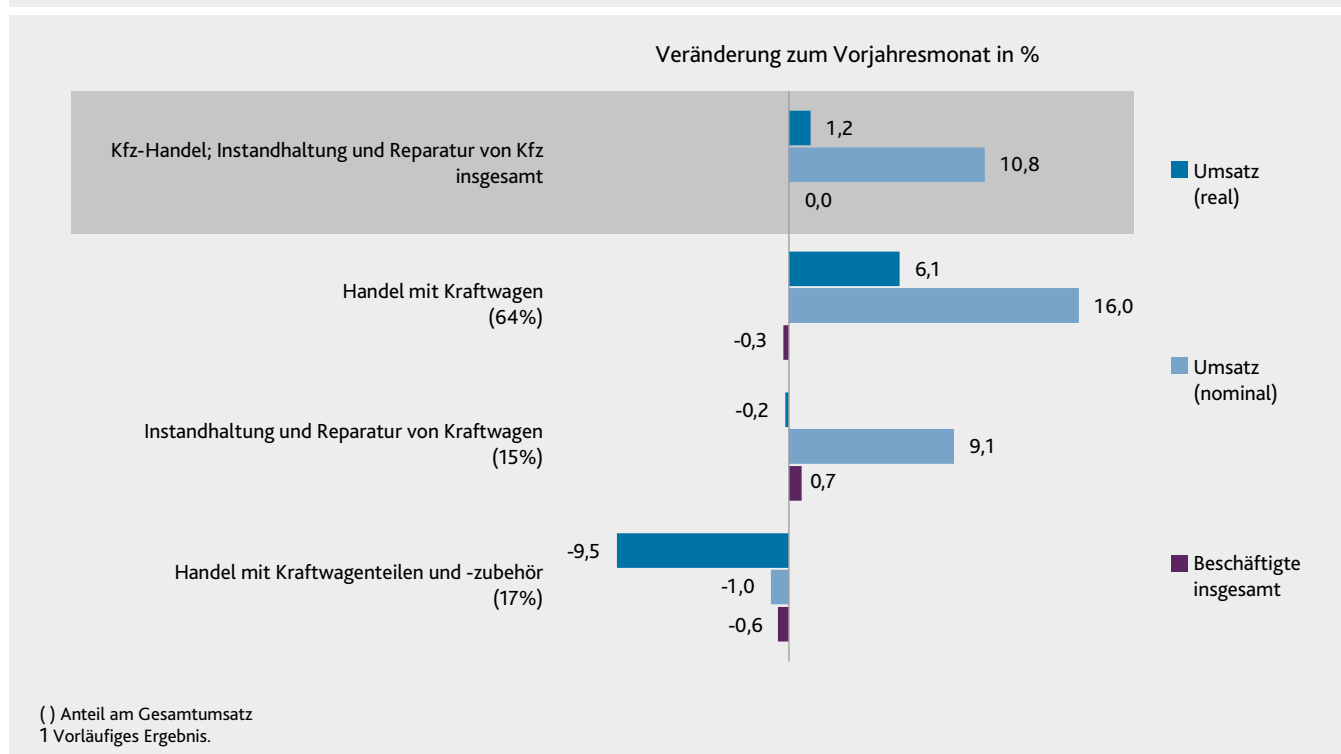
Der Warenwert der Importe aus Asien betrug 9,4 Milliarden Euro und legte gegenüber 2021 um 18 Prozent zu (China: +22 Prozent). Einen Anstieg von 21 Prozent verbuchten die Importeure aus Amerika (USA: +22 Prozent).

Ausfuhren 2022¹ nach Güterabteilungen





Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im November 2022



Der Außenhandel mit Russland und der Ukraine war 2022 geprägt von dem Krieg zwischen den beiden Ländern. Die Maßnahmen, die als Reaktion darauf gegen Russland ergriffen wurden, führten zu einem Rückgang der Exporte um 49 Prozent auf 420 Millionen Euro. Der Warenwert der Einfuhren betrug 222 Millionen Euro (-44 Prozent). In die Ukraine wurden Waren im Wert von 212 Millionen Euro exportiert (+9,3 Prozent). Die Einfuhren stiegen um 24 Prozent auf 47,5 Millionen Euro.

Der Warenwert der Exporte betrug im Dezember 2022 rund 4,4 Milliarden Euro und lag nur 0,8 Prozent über den Ergebnissen im Dezember 2021. Das Gewicht der Exporte war 21 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Die Exporte in EU-Länder stiegen um 1,6 Prozent. Während die Ausfuhren in die Euro-Länder in etwa auf dem Niveau des Vorjahresmonats verharrten (-0,2 Prozent), gingen 7,7 Prozent mehr Exporte in die Nicht-Euroländer. Die Exporte nach Amerika wuchsen um 5,4 Prozent; dagegen reduzierte sich der Warenwert der nach Asien ausgeführten Güter um 5,9 Prozent.

Die Importe gingen gegenüber Dezember 2021 um 8,6 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro zurück. Das Gewicht der Einfuhren reduzierte sich um 28 Prozent. Aus den EU-Mitgliedsstaaten kamen 8,6 Prozent weniger Importe. Der Wert der aus den Euroländern eingeführten Waren sank um 14 Prozent; dagegen verzeichneten die Länder, die nicht

der Euro-Zone angehören, ein Plus von 15 Prozent. Rückläufige Importe zeigten sich auch aus dem übrigen Europa sowie aus Asien (-23 bzw. -10 Prozent). Aus Amerika kamen 14 Prozent mehr Waren.

Kfz-Handel im November 2022 im Plus

Der rheinland-pfälzische Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) erzielte im November 2022 mehr Umsatz als im Vorjahresmonat. Nach vorläufigen Berechnungen erwirtschaftete der Kfz-Handel real, also ohne Berücksichtigung der Preiseinflüsse, 1,2 Prozent mehr Umsätze als im November 2021. Aufgrund deutlicher Preissteigerungen lagen die nominalen Zuwächse merklich höher (+11 Pro-



zent). Der Beschäftigtenstand lag auf dem Niveau des Vorjahresmonats.

In der umsatzstärksten Sparte, dem Handel mit Kraftwagen, stiegen die realen Umsätze um 6,1 Prozent. Dagegen verzeichnete der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör Umsatzeinbußen in Höhe von 9,5 Prozent, bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen waren es 0,2 Prozent.

In den ersten elf Monaten 2022 lagen die realen Umsätze 2,7 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (nominal: +5,4 Prozent). Hauptsächlich ist dies auf die Umsatzeinbußen im Kraftwagenhandel zurückzuführen (real: -4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stagnierte

auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes.

Umsatzplus im Einzelhandel 2022

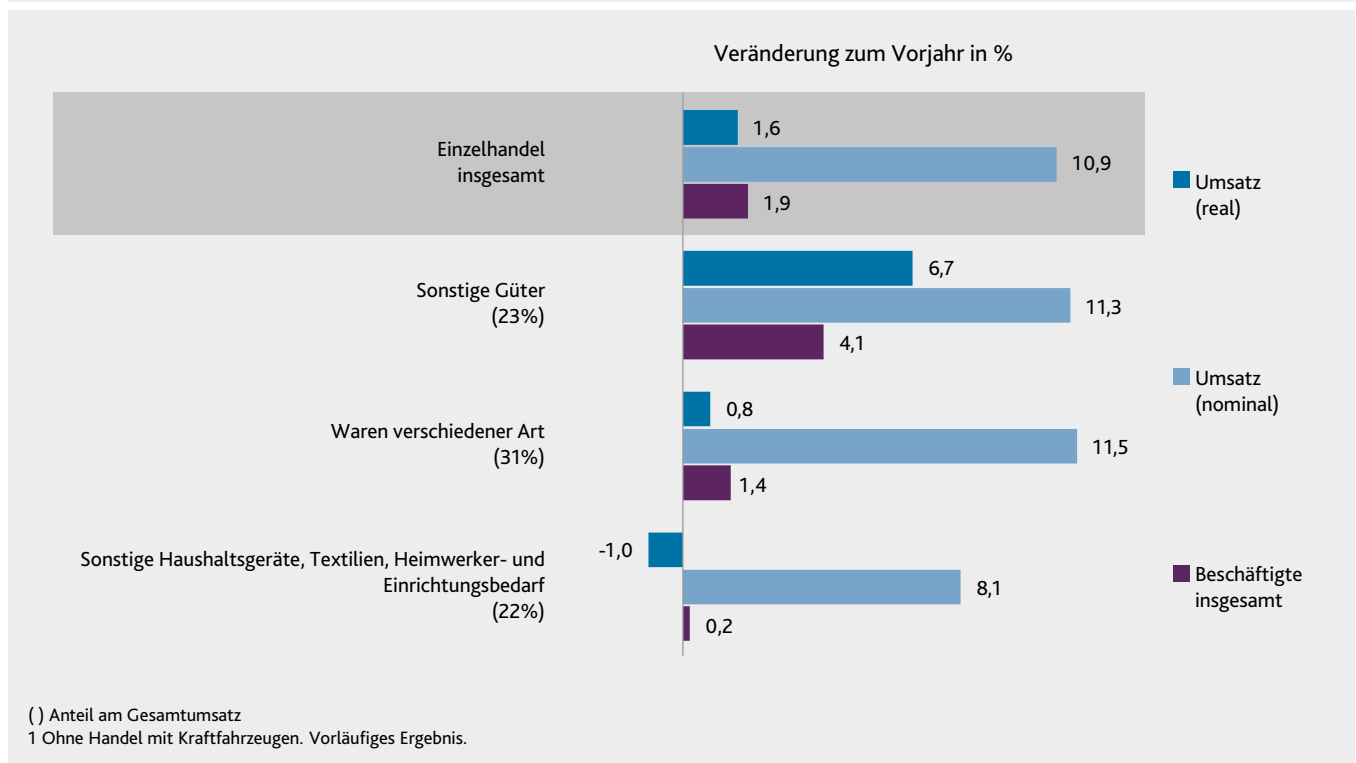
Die realen Einzelhandelsumsätze lagen 2022 höher als im Vorjahr. Nach vorläufigen Berechnungen legten die Umsätze real, also ohne den Einfluss von Preisveränderungen, gegenüber 2021 um 1,6 Prozent zu (Deutschland: -0,6 Prozent). Nominal, d. h. bewertet in jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse aufgrund der im Jahresverlauf deutlich gestiegenen Preise merklich um elf Prozent (Deutschland: +7,8 Prozent).

Die realen Umsätze im Handel mit Lebensmitteln lagen 2022 auf dem Niveau des Vorjahres. Nominal wurde elf Prozent mehr erwirtschaftet.

Im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel stiegen die realen Umsätze um 2,9 Prozent (nominal: +11 Prozent).

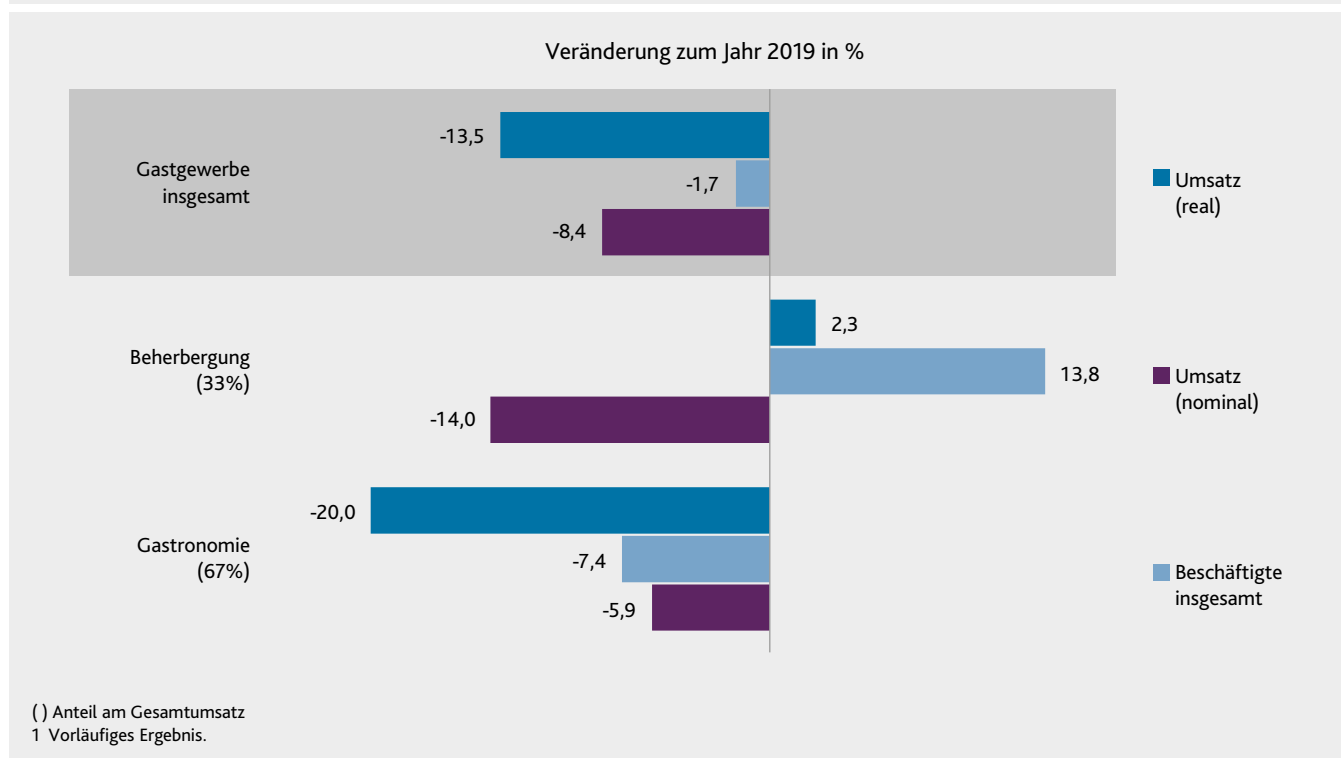
Der Handel mit sonstigen Gütern, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, erzielte 6,7 Prozent mehr reale Erlöse. Die umsatzstärkste Sparte, der Handel mit Waren verschiedener Art mit dem Handelsschwerpunkt im Lebensmittelbereich, setzte 0,8 Prozent mehr um. Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren verbuchte einen realen Umsatzanstieg von 9,4 Prozent, der Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik von 6,2 Prozent. Im Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungs-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Jahr 2022





Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Jahr 2022



bedarf gingen die Erlöse hingegen um ein Prozent zurück.

Im Dezember 2022 lagen die realen Einzelhandelsumsätze um 3,8 Prozent niedriger als im Dezember 2021 (nominal: +7,8 Prozent). Der Handel mit Lebensmitteln und der Handel mit Nicht-Lebensmitteln erzielten ebenfalls weniger reale Erlöse (-4 bzw. -3,7 Prozent). Aufgrund der deutlichen Preissteigerungen nahmen die nominalen Umsätze im Lebensmittelbereich um zwölf Prozent und im Handel mit Nicht-Lebensmitteln um 4,6 Prozent zu. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber Dezember 2021 um 2,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent zu (Deutschland: +0,8 Prozent).

Deutliche Beschäftigungs- und Umsatzzuwächse im Gastgewerbe im Jahr 2022

Mit dem Wegfall nahezu aller coronabedingten Einschränkungen verbuchte das rheinland-pfälzische Gastgewerbe 2022 deutlich mehr Umsätze. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die realen, also preisbereinigten Erlöse gegenüber 2021 um 40 Prozent zu. Nominal, d. h. gemessen in jeweiligen Preisen, lag das Plus aufgrund des deutlich gestiegenen Preisniveaus sogar bei 49 Prozent.

Mit den Umsatzzuwächsen geht eine Annäherung an das Vor-Corona-Niveau einher: Im Vergleich zu 2019 lagen die realen Umsätze 2022 nur

noch um 14 Prozent niedriger. Nominal waren es 1,7 Prozent weniger.

In allen Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes wurde ein Umsatzplus verzeichnet. Das Beherbergungsgewerbe erwirtschaftete real 60 Prozent mehr Umsätze als im Vorjahr (nominal: +72 Prozent). Einen Zuwachs von 32 Prozent verbuchte die Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen (nominal: +41 Prozent). In den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben lagen die Erlöse real um 31 Prozent höher (nominal: +39 Prozent); bei den Caterern und Erbringern sonstiger Verpflegungsdienstleistungen waren es 33 Prozent (nominal: +43 Prozent).



Im Dezember 2022 lagen die realen Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe um 20 Prozent über denen von Dezember 2021 (nominal: +31 Prozent). Das Beherbergungsgewerbe erwirtschaftete real 49 Prozent, die Gastronomie elf Prozent mehr Umsätze. Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau 2019 erzielte das Gastgewerbe knapp ein Viertel weniger reale Umsätze (-24 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten lag im Dezember 2022 um 14 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Beschäftigten stieg 2022 gegenüber 2021 um 14 Prozent.

Tourismus 2022: Deutlich mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahr

Nach den Einschnitten in den Jahren 2020 und 2021 infolge der Coronapandemie verzeichneten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe 2022 deutliche Zuwächse. Nach ersten vorläufigen Berechnungen stieg die Zahl der Besucherinnen und Besucher um 62 Prozent auf 7,9 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 48 Prozent auf 21 Millionen. Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019 waren die Zahl der Gäste noch um 13 Prozent und die der Übernachtungen um 8,6 Prozent niedriger.

Im Dezember 2022 besuchten 413 000 Gäste Rheinland-Pfalz. Gegenüber dem Vorjahresmonat waren das 64 Prozent mehr. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf gut eine Million (+40 Prozent).

Frauen- und Männeranteil in Hochschulräten nähern sich der Parität

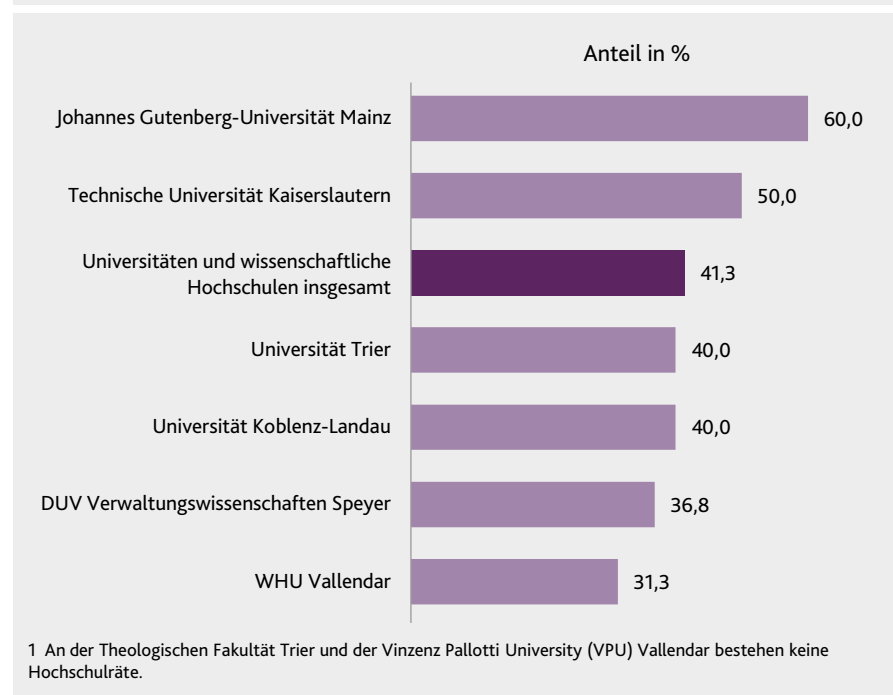
An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Jahr 2022 insgesamt 89 Frauen Mitglied in einem Hochschulrat. Der Frauenanteil lag in den Hochschulräten damit bei 43 Prozent. Im Jahr 2012 waren es nach Angaben des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) rund 24 Prozent.

Hochschulräte übernehmen in der Regel hochschulstrategische und beratende Aufgaben. Mit einem jeweiligen Frauen- und Männeranteil von 50 Prozent hatten die Technische Universität Kaiserslautern, die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz und die Hochschulen Mainz und Koblenz sowie

die Hochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg ein besonders ausgeglichenes Geschlechterverhältnis im Hochschulrat. An der Technischen Hochschule Bingen, der Hochschule Kaiserslautern, der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (jeweils 60 Prozent) sowie der Hochschule der Polizei in Büchenbeuren (56 Prozent) stellten die Frauen die Mehrheit innerhalb der Hochschulräte. Demgegenüber fiel der Frauenanteil an der Hochschule Worms (20 Prozent) und der Hochschule für Finanzen in Edenkoben (27 Prozent) am geringsten aus.

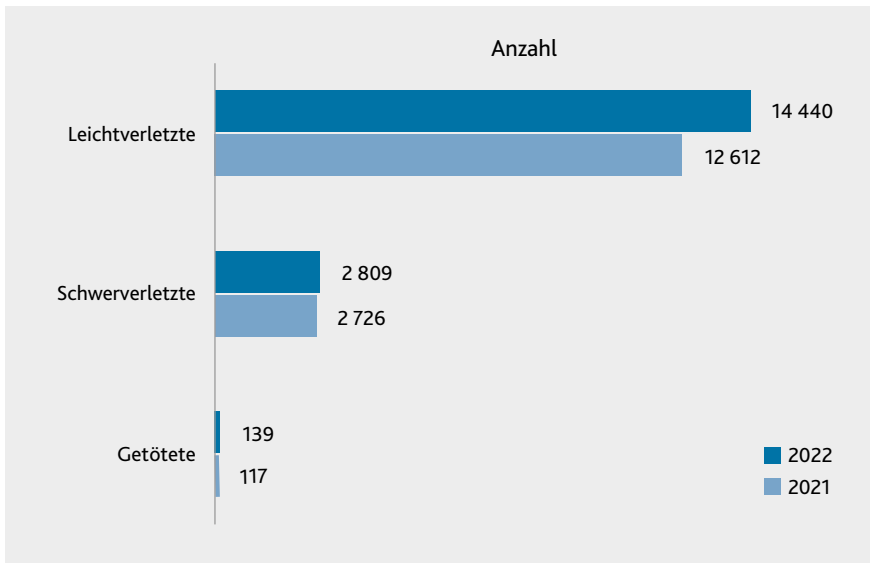
Zwischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Verwaltungshochschulen konnten nur noch geringe Unterschiede bezüglich des durchschnittlichen Frauenanteils in den Hochschulrä-

Frauen in Hochschulräten an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen¹ 2022





Verunglückte im Straßenverkehr 2021 und 2022



ten festgestellt werden. An Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften lag der Frauenanteil in den Hochschulräten bzw. Kuratorien mit 44 Prozent am höchsten, dicht gefolgt von den Verwaltungshochschulen (43 Prozent) und Universitäten bzw. wissenschaftlichen Hochschulen (41 Prozent).

Zahl der Verkehrstoten steigt nach den Corona-Jahren wieder an

Im Jahr 2022 verloren in Rheinland-Pfalz 139 Personen bei Verkehrs-

unfällen ihr Leben. Das waren 22 Menschen bzw. knapp 19 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Getöteten bei Verkehrsunfällen lag damit über den Werten von 2021 (117) und 2020 (128), jedoch noch unter denen der Vor-Corona-Jahre 2019 (153) und 2018 (166).

Die Polizei registrierte im Jahr 2022 insgesamt 134 198 Verkehrsunfälle, davon 13 668 Unfälle mit Personenschaden und 120 530 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag um fast 8 500 bzw. rund sieben Pro-

zent über dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg um 1 469 bzw. zwölf Prozent. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 2 809, die der Leichtverletzten bei 14 440.

Im langfristigen Vergleich der letzten rund 40 Jahre zeigt sich, dass sich die Unfallzahlen, mit Ausnahme der coronabedingten Effekte in den Jahren 2020 bis 2022, mit gestiegenem Verkehrsaufkommen erhöht haben. Im gleichen Zeitraum hat sich die Anzahl der Verkehrstoten hingegen deutlich reduziert, von mehr als 800 zu Beginn der 1980er-Jahre auf weniger als 150 in den vergangenen Jahren. Dies dürfte vor allem durch den technischen Fortschritt in der Entwicklung von aktiven und passiven Sicherheitssystemen sowie gezielte regulatorische Maßnahmen erreicht worden sein. Der niedrige Stand in den Jahren 2020 bis 2022 scheint hingegen eine Folge der geringeren Unfallzahlen aufgrund von coronabedingt reduziertem Verkehrsaufkommen zu sein.



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Februar 2023

Die Inflationsrate blieb im Februar 2023 auf einem hohen Niveau und lag bei +8,4 Prozent. Im Januar hatte die Teuerungsrate +8,6 Prozent betragen.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung hatten weiterhin die gestiegenen Energiepreise. Energie verteuerte sich binnen Jahresfrist um 18,5 Prozent. Besonders starke Preiserhöhungen gab es bei Gas: Im Februar mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher für Gas (einschließlich Betriebskosten) 55 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahresmonat. Strom und Fernwärme wurden ebenfalls spürbar teurer (+29 bzw. +10 Prozent). Die Preise für Mineralölprodukte stiegen hingegen nur geringfügig (+0,6 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Teuerungsrate im Februar 2023 bei +7,4 Prozent gelegen.

Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich mit +20 Prozent stärker als die Energiepreise. In fast allen Güterklassen des Nahrungsmittelbereichs stieg das Preisniveau mit zweistel-

liger Rate. Die einzige Ausnahme war Obst (+4,6 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag bei +5,8 Prozent.

Unter den zwölf Abteilungen stieg das Preisniveau am stärksten bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+19 Prozent). Preisrückgänge gab es bei Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Post und Telekommunikation“ (–0,6 Prozent).

Der Verbraucherpreisindex lag im Februar 2023 um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Dazu trugen insbesondere die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken bei (+2,5 Prozent). In zwei der zwölf Abteilungen sank das Preisniveau geringfügig: Die Preise in den Bereichen „Post und Telekommunikation“ sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ waren jeweils um 0,2 Prozent niedriger als im Januar.

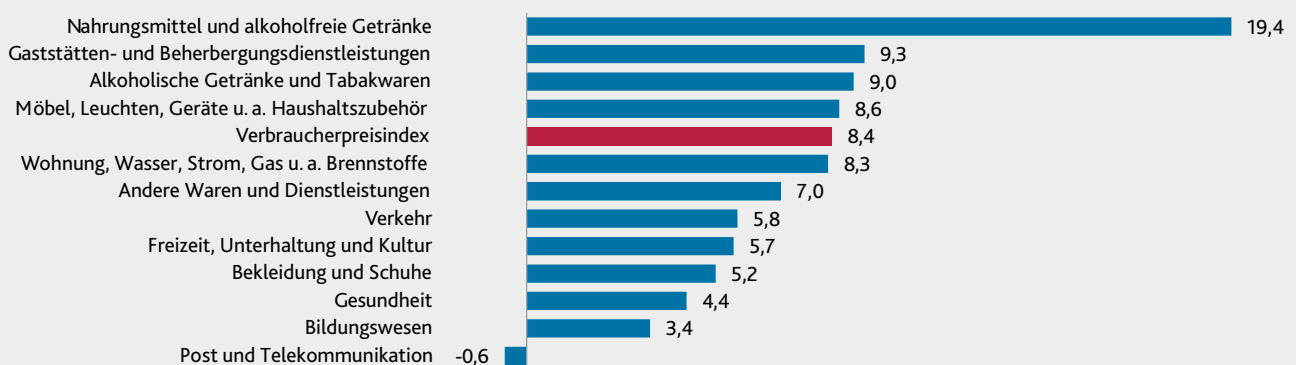
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

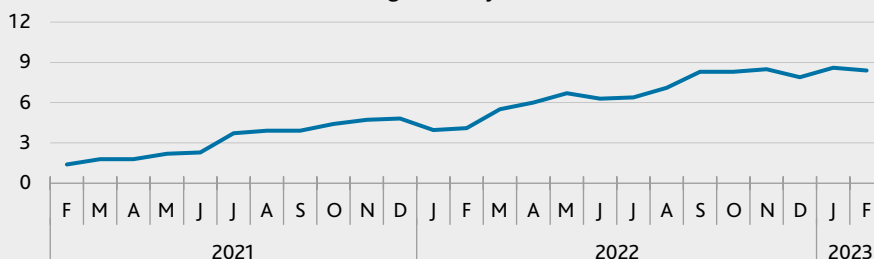
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2023

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Februar 2023

Verbraucherpreisindex: +8,4%
Ausgewählte Preisentwicklungen:



Weizenmehl: +50,3%

Äpfel: –3,0%

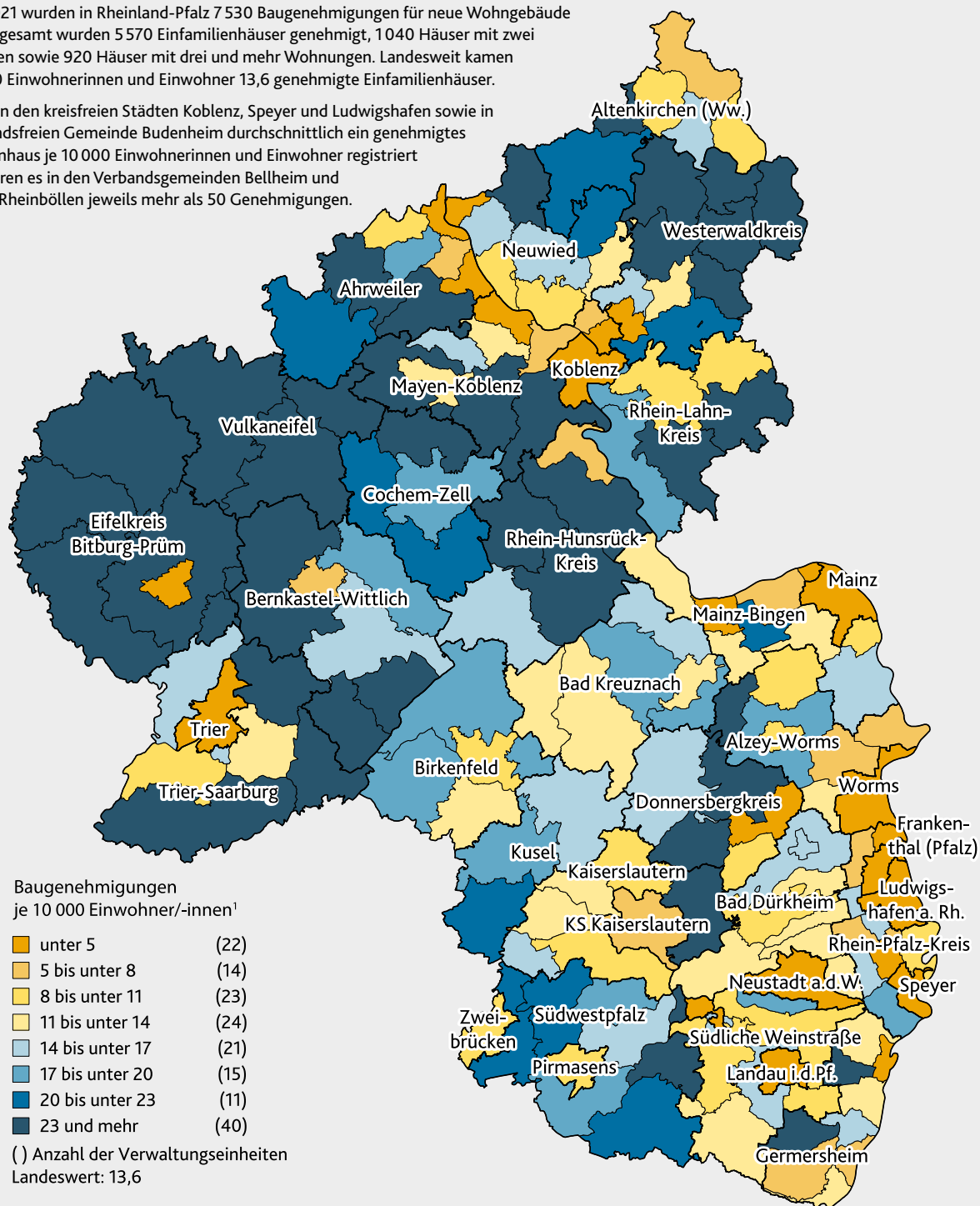


Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser 2021

5 570 neue Einfamilienhäuser genehmigt

Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 7 530 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude erteilt. Insgesamt wurden 5 570 Einfamilienhäuser genehmigt, 1 040 Häuser mit zwei Wohnungen sowie 920 Häuser mit drei und mehr Wohnungen. Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 13,6 genehmigte Einfamilienhäuser.

Während in den kreisfreien Städten Koblenz, Speyer und Ludwigshafen sowie in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim durchschnittlich ein genehmigtes Einfamilienhaus je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert wurde, waren es in den Verbandsgemeinden Bellheim und Simmern-Rheinböllen jeweils mehr als 50 Genehmigungen.



¹ Bevölkerung Stand 31.12.2021.



Schulden privater Haushalte bei Energieunternehmen steigen

Überschuldungsintensität nimmt ab



Von Sebastian Fückel

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, befinden sich bei Energieunternehmen im Zahlungsrückstand. Diese Entwicklung setzte bereits vor dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein und dürfte sich durch die aktuelle Entwicklung der Energiepreise und der Inflationsrate noch weiter verschärft haben. Insgesamt ist die Überschuldungsintensität, d. h.

das Verhältnis der Gesamtschuldenhöhe zur Höhe des monatlichen Einkommens der beratenen Personen, seit 2015 jedoch rückläufig. Im Jahr 2021 hätten die Ratsuchenden im Durchschnitt 30 Monatseinkommen aufwenden müssen, um sämtliche Schulden zu begleichen; 2015 waren es dagegen noch 38. Auch von der Coronapandemie dürfte ein eigenständiger Einfluss auf die finanzielle Lage der privaten Haushalte ausgegangen sein.

Energiekosten belasten Bürgerinnen und Bürger zunehmend

Energiekrise
sorgt für Preis-
steigerungen

Mit dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben sich in Deutschland und Rheinland-Pfalz die Kosten für Energie stark erhöht. So lagen die Preise für Energieerzeugnisse in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt 2022 um 31 Prozent über dem Vorjahresniveau. Vor allem für Mineralölprodukte mussten Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Geld ausgeben (+37 Prozent): Heizöl (einschließlich Betriebskosten) verteuerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 74 Prozent und Kraftstoffe um 26 Prozent. Der Preisanstieg für Gas (einschließlich Betriebskosten) belief sich auf 36 Prozent.

Für viele Haushalte dürften die gestiegenen Energiepreise zunehmend zur Herausforderung werden. Denn trotz der Maßnahmen

der Bundesregierung zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen dreier Entlastungspakete – etwa der Auszahlung von Energiepreispauschalen – verharret die Teuerung auf hohem Niveau. Hinzu kommt, dass die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren durch weitere Ereignisse und Entwicklungen unter Druck geraten sind. So haben unter anderem die Zunahme der Kurzarbeit und der vorübergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Coronapandemie den finanziellen Spielraum vieler Bürgerinnen und Bürger seit 2020 zum Teil stark eingeschränkt.

Maßnahmen
zur Entlastung

Durchschnittlich knapp 2000 Euro Schulden bei Energieunternehmen

Dies zeigt sich auch daran, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die in Rheinland-



Zahl der
Personen mit
Schulden bei
Energieunter-
nehmen steigt

Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, bei Energieunternehmen im Zahlungsrückstand sind. Nahmen 2015 erst 5 313 Personen mit Schulden bei Energieunternehmen die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch, waren es 2021 bereits 5 607. Die Schulden der betroffenen Personen bei den Energieunternehmen beliefen sich 2021 im Durchschnitt auf 1 934 Euro. Das waren 109 Euro mehr als 2020 (+6 Prozent) und 550 Euro mehr als 2015 (+40 Prozent). Die durchschnittliche Energieschuldenshöhe der beratenen Personen ist im betrachteten Zeitraum kontinuierlich gestiegen.¹

Zahlungsrück-
stand im Durch-
schnitt mehr als
zwei Monats-
einkommen

In der Mehrzahl der Fälle überstieg die Höhe der Forderungen der Energieunternehmen sowohl das persönliche als auch das Haushaltsnettoeinkommen, mit dem die Schuldnerinnen und Schuldner monatlich wirtschaften konnten. Bezogen auf das persönliche Einkommen hätten die Schuldnerinnen und Schuldner 2021 im Durchschnitt mehr als zwei Monatseinkommen aufwenden müssen, um die Forderungen zu bedienen (2,1 Monatseinkommen). Mit Blick auf das Haushaltsnettoeinkommen betrugen die Schulden bei Energieunternehmen im Durchschnitt das 1,8-fache.

Neben den Schulden bei Energieunternehmen bestanden gegenüber den Schuldnerinnen und Schuldnern zumeist auch Forderungen anderer Gläubiger. Die durchschnittliche Gesamtverschuldung der Personen, die 2021 Schulden bei Energieunternehmen hatten und in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, lag bei knapp 36 100 Euro. Die durchschnittliche Gesamtschuldenshöhe ist zwischen 2015 und

2021 somit weniger stark gestiegen als die Schuldenhöhe gegenüber Energieunternehmen. Die Gesamtverschuldung schwankte seit 2015 zwischen 33 000 Euro im Jahr 2018 und 37 000 Euro im Jahr 2016.

Insgesamt machten die Forderungen der Energieunternehmen 2021 im Durchschnitt knapp zwölf Prozent der Gesamtforderungshöhe gegenüber den Schuldnerinnen und Schuldnern aus. Dieser Anteil nahm seit 2015 allerdings nur leicht zu; er stieg um einen Prozentpunkt.

Der Anteil der Personen, der außer den Forderungen der Energieunternehmen keine weiteren Schulden zu bedienen hatte, fiel 2021 – bezogen auf alle Personen mit Schulden bei Energieunternehmen – mit knapp einem Prozent eher gering aus. Daran hat sich seit 2015 nur wenig geändert. Dagegen ist der Anteil der Personen mit Schulden bei Energieunternehmen an allen beratenen Personen seit 2015 vergleichsweise stark gestiegen – von 24 auf 35 Prozent.

Schulden bei
Energieunter-
nehmen machen
zwölf Prozent
der Gesamtfor-
derungshöhe aus

Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark betroffen

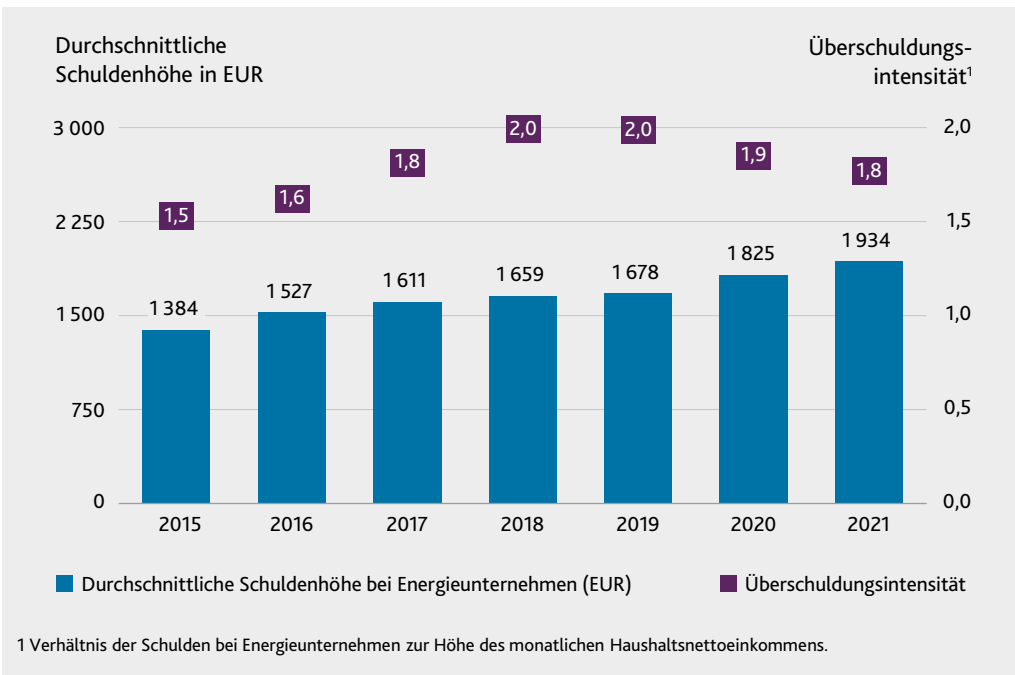
Die Höhe der Forderungen der Energieunternehmen belastet die Haushaltsnettoeinkommen einzelner Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark. Im Jahr 2021 hätten beispielsweise Seniorinnen und Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren durchschnittlich das 2,8-fache ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens aufwenden müssen, um ihre sämtlichen Schulden bei Energieunternehmen zu begleichen, jüngere erwachsene Personen unter 25 Jahren dagegen nur das 1,3-fache. In den mittleren Altersgruppen schwankte die Einkommensbelastung durch die Energieschulden zwi-

Überschuldungs-
intensität von
Seniorinnen
und Senioren
besonders hoch

¹ Bei der Interpretation der Zahlen sollte beachtet werden, dass Aussagen im Vergleich über die Zeit mit Einschränkungen verbunden sind (siehe Infokasten auf S. 159).



G1 Beratene Personen mit Schulden bei Energieunternehmen 2015–2021 nach Höhe der Forderungen und Überschuldungsintensität¹



schen dem 1,5-fachen (35- bis 45-Jährige) und dem 1,9-fachen ihres Haushaltsnettoeinkommens (45- bis 55-Jährige und 55- bis 65-Jährige).

Personen mit geringer Qualifikation oft stärker betroffen

Zu den Gruppen mit höherer Schuldenbelastung zählten 2021 unter anderem Personen mit geringerer Qualifikation, d. h. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ohne (Fach-)Hochschulabschluss (Energieschuldenlast: 1,9 Monatseinkommen), sowie Personen, die arbeitslos gemeldet (1,8 Monatseinkommen) oder anderweitig nicht erwerbstätig waren (2,7 Monatseinkommen). Nur geringe Unterschiede gab es demgegenüber zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Wichtigste Ursache für die Überschuldung der beratenen Personen, die auch Forderungen gegenüber Energieunternehmen zu bedienen hatten, war 2021 Arbeitslosigkeit.

Von den Personen mit Energieschulden nannten 39 Prozent diesen Grund als Auslöser; 27 Prozent gaben ihn sogar als Hauptauslöser an. Zu den weiteren Ursachen zählten 2021 eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (29 Prozent), Erkrankungen, Sucht oder Unfälle (27 Prozent), die Trennung, Scheidung oder der Tod des Partners oder der Partnerin (24 Prozent) sowie der längerfristige Bezug eines Niedrigeinkommens (23 Prozent).

Seit 2015 haben vor allem eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (+19 Prozentpunkte) und der längerfristige Bezug von Niedrigeinkommen (+10 Prozentpunkte) häufiger zur Überschuldung der beratenen Personen beigetragen. Arbeitslosigkeit (–3,6 Prozentpunkte) und die Trennung, Scheidung oder der Tod des Partners oder der Partnerin (–3,1 Prozentpunkte) wurden zuletzt dagegen etwas seltener genannt.

Arbeitslosigkeit ist wichtigste Ursache der Überschuldung



Gesamtzahl der beratenen Personen geht zurück

Auch wenn sich die Zahl der beratenen Personen mit Schulden bei Energieunternehmen in den vergangenen Jahren leicht

erhöhte, stellt sich insgesamt eine positive Entwicklung ein. Denn während 2015 noch knapp 21900 Personen eine Schuldnerberatungsstelle in Rheinland-Pfalz aufsuchten, waren es 2021 nur noch knapp 16 200.

16 200 Personen suchen 2021 eine Schuldnerberatungsstelle auf

Statistik zur Überschuldung privater Personen

Mit der Statistik zur Überschuldung privater Personen können Aussagen zur Situation von Personen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden oder sogar von absoluter Überschuldung betroffen sind (Verbraucherinsolvenz), getroffen werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, Lösungsvorschläge zu entwickeln, um Überschuldungssituationen zu verhindern oder Auswege aus schwierigen finanziellen Situationen zu finden.

Gesetzliche Grundlage der Statistik ist das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Überschuldungstatistikgesetz. Die Statistik wird jährlich als freiwillige Erhebung bei den Schuldnerberatungsstellen durchgeführt. Es werden nur Daten von Personen von den Schuldnerberatungsstellen übermittelt und somit in den Ergebnissen dargestellt, die ihre Zustimmung zur Teilnahme an der Überschuldungstatistik gegeben haben.

Infolge der Coronapandemie ist die Teilnahmequote der Schuldnerberatungsstellen an der Erhebung in Rheinland-Pfalz zuletzt leicht gesunken. Im Jahr 2021 nahmen 41 Beratungsstellen teil. Das entspricht ungefähr der Hälfte aller Beratungsstellen im Land. Vor Beginn der Pandemie beteiligten sich etwa 50 Beratungsstellen regelmäßig an der Erhebung. Rheinland-Pfalz wies damit eine der höchsten Teilnahmequoten im Vergleich aller Bundesländer auf. Da

jedoch nicht alle Beratungsstellen an der Erhebung teilnehmen und die Beteiligung regional sehr unterschiedlich ausfällt, ist die Repräsentativität der Ergebnisse eingeschränkt.

Für die Auswertung der Ergebnisse findet eine Hochrechnung in zweistufiger Abfolge statt. Dabei wird das Verfahren der freien Hochrechnung angewendet. Der Hochrechnungsfaktor ergibt sich einerseits aus dem Anteil der pro Beratungsstelle gemeldeten Beratungsfälle und andererseits aus dem Anteil der pro Bundesland meldenden Beratungsstellen.

Da einerseits viele Personen die Dienste von Schuldnerberatungsstellen nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie überschuldet sind, und andererseits nicht alle Beratungsfälle zwangsläufig überschuldet sein müssen, kann die Statistik keinen Beitrag zu Aussagen über die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte leisten. Außerdem gibt es neben den in der Überschuldungstatistik erfassten Schuldnerberatungsstellen auch andere Einrichtungen oder Dienstleister, die Beratungen durchführen sowie Bescheinigungen für das Scheitern außergerichtlicher Einigungsversuche ausstellen und danach das Insolvenzverfahren begleiten können. Hierzu zählen beispielsweise Sozialämter sowie Rechtsanwälte oder Steuer- und Wirtschaftsberater.



Dieser Trend dürfte zum einen auf die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sein, die Rheinland-Pfalz bis zum Ausbruch der Coronapandemie erlebte. So gab es für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zwischen 2015 und 2019 zum einen kontinuierliche Lohnsteigerungen, während zum anderen die Inflation niedrig blieb. Zudem konnten immer mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden, während die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen zwischen 2015 und 2019 kontinuierlich abnahm. Entsprechend verringerte sich auch die Zahl der Personen, die bei einer Schuldnerberatungsstelle in diesem Zeitraum beraten wurden. Sie ging um fast 4 000 bzw. um 22 Prozent auf 17 900 zurück. Mit dem Ausbruch der Coronapandemie stieg sie 2020 wieder leicht auf 18 200 (+1,9 Prozent), ehe sie 2021 auf 16 200 fiel (–11 Prozent).

Lockdowns
erschweren
Beratungen

Allerdings sollte bei der Interpretation beachtet werden, dass sich zahlreiche Menschen im Zuge der Coronapandemie – vor allem während der Lockdownphasen – aus dem öffentlichen Leben zurückzogen und einige Schuldnerberatungsstellen ihren Publikumsverkehr vorübergehend einstellen mussten. Die Zahl der beratungswilligen Personen dürfte 2020 und 2021 daher vermutlich höher gelegen haben. Werden vor diesem Hintergrund nur die Meldungen derjenigen Beratungsstellen miteinander verglichen, die über den gesamten Zeitraum an der Erhebung teilnahmen, so zeigt sich, dass die Zahl der beratenen Personen zwischen 2015 und 2021 deutlich schwächer sinkt als bei einem Vergleich der Beratungsstellen unabhängig von ihrer Teilnahmehäufigkeit (–7,2 gegenüber –35 Prozent).

Überschuldungsintensität nimmt ab

Einem positiven Trend folgt insgesamt betrachtet auch die Entwicklung der Gesamtverschuldung der beratenen Personen. Im Jahr 2015 belief sich die durchschnittliche Schuldenhöhe der Personen, die in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, auf 39 561 Euro. Sechs Jahre später waren es nur noch 35 980 Euro (–10 Prozent). Der Rückgang vollzog sich vor allem zwischen 2015 und 2017. Seit 2018 bewegt sich die durchschnittliche Schuldenhöhe der beratenen Personen mit geringen Schwankungen auf einem vergleichsweise stabilen Niveau.

Durchschnittliche Schuldenhöhe beläuft sich 2021 auf 35 980 Euro

Wie schwer die Schuldenlast auf den Hilfesuchenden liegt und wie gut es ihnen gelingen kann, sich aus der finanziellen Not zu befreien, hängt nicht zuletzt von ihrem Einkommen ab. Hier stellt sich im Zeitraum der Jahre 2015 bis 2021 ebenfalls eine positive Tendenz ein. So nahm das durchschnittliche persönliche Einkommen, mit dem die beratenen Personen monatlich wirtschaften konnten, von 1 038 Euro auf 1 190 Euro zu (+13 Prozent).

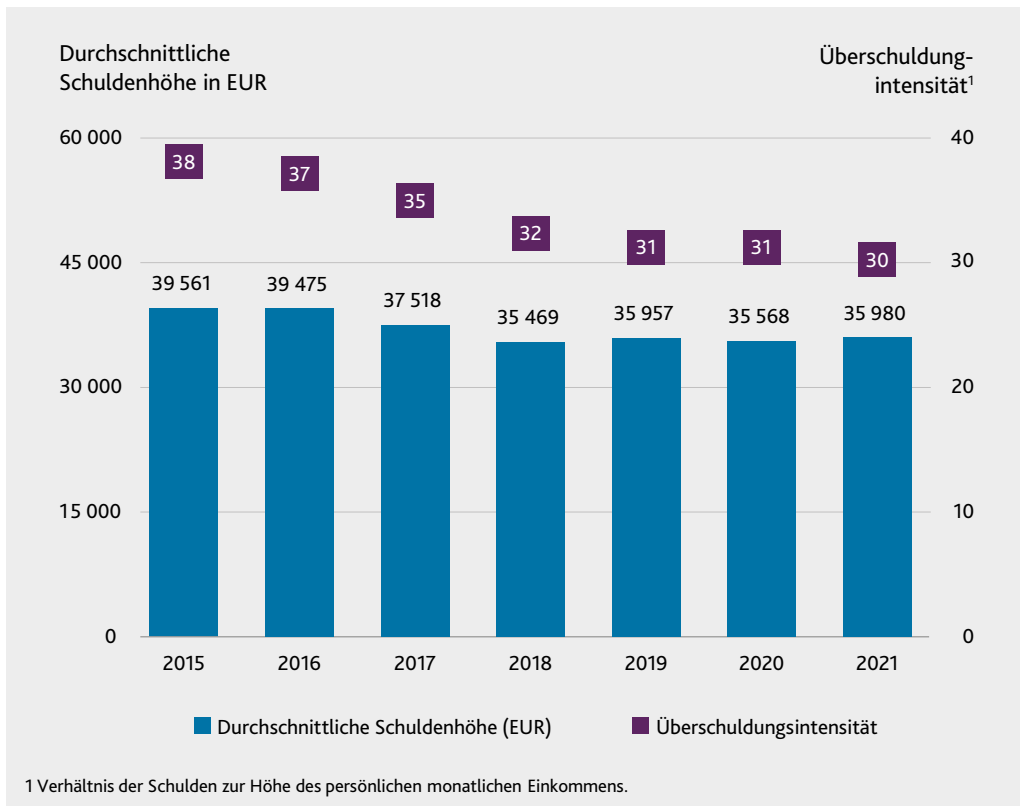
Zu einer aussagekräftigen Einordnung der finanziellen Lage der beratenen Personen kommt man jedoch nur, wenn beide Größen – die Schulden auf der einen Seite und das Einkommen und das Vermögen² auf der anderen Seite – zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Denn auch hohe Schulden müssen nicht zwingend ein Problem darstellen, wenn sie durch ein noch höheres Einkommen oder die Möglichkeit der Liquidation von Vermögen kurzfristig bedient werden können.

Überschuldungsintensität setzt Schulden ins Verhältnis zum Einkommen

² Informationen zum Vermögen der Beratenen werden in der Statistik der Überschuldung privater Personen nicht erhoben, sodass Aussagen zur Intensität der Schuldenlast nur auf Grundlage des Verhältnisses der Schulden zum Einkommen der Hilfesuchenden erfolgen können.



G2 Beratene Personen 2015–2021 nach Höhe der Forderungen und Überschuldungsintensität¹



Das Verhältnis der Gesamtschuldenhöhe zum persönlichen monatlichen Einkommen wird auch als Überschuldungsintensität bezeichnet. Sie gibt an, wie viele Monatseinkommen von den beratenen Personen vollständig aufgewendet werden müssten, um sämtliche Forderungen ihrer Gläubiger zu bedienen.

Da sich die durchschnittliche Gesamtschuldenhöhe der beratenen Personen zwischen 2015 und 2021 reduzierte, während ihr durchschnittliches persönliches Einkommen zunahm, sank die Überschuldungsintensität im betrachteten Zeitraum. Lag der Quotient 2015 bei 38, so betrug er 2021 nur noch 30. Das heißt, 2021 hätten die beratenen Personen im Durchschnitt acht persönliche Monatseinkommen weniger aufwenden

müssen, um ihre sämtlichen Schulden zu bedienen, als 2015.

Der Rückgang der Überschuldungsintensität vollzog sich vor allem zwischen 2015 und 2018, also deutlich vor dem Ausbruch der Coronapandemie und der damit einhergehenden Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Seither nahm sie nur noch leicht ab, nämlich um gut zwei Monatseinkommen.

Schuldnerinnen und Schuldner haben im Durchschnitt 13 Gläubiger

Die Mehrzahl der beratenen Personen befand sich 2021 nicht nur bei einem Gläubiger im Zahlungsrückstand. Insgesamt hatten nur 7,8 Prozent der Ratsuchenden genau einen Gläubiger. Im Jahr 2015 lag der Anteilswert

92 Prozent der beratenen Personen haben mehr als einen Gläubiger

Im Durchschnitt werden 30 Monatseinkommen benötigt, um Schulden zu begleichen



noch annähernd doppelt so hoch, nämlich bei 14 Prozent.

Eine detailliertere Auswertung zeigt, dass die durchschnittliche Zahl der Gläubiger je Schuldnerin und Schuldner im Zeitverlauf kontinuierlich gestiegen ist. Belief sich die durchschnittliche Gläubigerzahl 2015 erst auf zehn, waren es 2021 im Mittel bereits 13.

Knapp die Hälfte aller Schuldnerinnen und Schuldner musste 2021 zehn oder mehr Gläubiger bedienen (49 Prozent), gut ein Fünftel sogar zwanzig oder mehr (21 Prozent). Im Jahr 2015 hatten erst 40 Prozent der beratenen Personen bei zehn oder mehr Gläubigern Schulden und nur 13 Prozent bei zwanzig oder mehr.

Fast zwei Drittel der beratenen Personen ist bei öffentlichen Stellen im Zahlungsrückstand

Besonders häufig waren die Schuldnerinnen und Schuldner 2021 bei öffentlichen Stellen im Zahlungsrückstand. Fast zwei Drittel aller beratenen Personen (63 Prozent) hatten wenigstens einen öffentlichen Gläubiger, darunter waren etwa zehn Prozent bei ihrem Finanzamt verschuldet. Zu den öffentlichen Gläubigern zählen insbesondere Kommunen (z. B. Stadtverwaltungen oder Landkreise), Landesbehörden (z. B. Finanzämter oder Landesoberkassen), Bundesbehörden (z. B. Jobcenter oder Krankenkassen) sowie Rundfunkanstalten. Im Vergleich zu 2015 hat der Anteil der beratenen Personen, die bei öffentlichen Stellen verschuldet waren, um gut acht Prozentpunkte zugenommen.

An zweiter Stelle folgten 2021 Kreditinstitute, bei denen 57 Prozent der beratenen Personen Schulden angehäuften hatten. Vor allem Ratenkredite (42 Prozent) sowie Dispositions- und Rahmenkredite (32 Prozent) belasteten die Ratsuchenden. Seltener suchten die Schuldnerinnen und Schuldner die Beratungsstellen infolge eines Hypothe-

karkredites auf (5,8 Prozent). Im Gegensatz zu den öffentlichen Gläubigern hat sich der Anteil der beratenen Personen mit Schulden bei Kreditinstituten seit 2015 kaum verändert (+0,6 Prozentpunkte). Dies dürfte nicht zuletzt auf die vergleichsweise günstige Zinsentwicklung vieler Kredittypen zurückzuführen sein, die es Privatpersonen in dem betrachteten Zeitraum tendenziell erleichtert haben dürfte, aufgenommene Kredite in angemessener Frist zu bedienen.

Unter den Gläubigern, bei denen 2021 mehr als die Hälfte aller beratenen Personen Schulden hatten, finden sich darüber hinaus Telekommunikationsunternehmen (55 Prozent). Im Vergleich zu 2015 wurden sie von den Ratsuchenden 2021 deutlich häufiger genannt (+13 Prozentpunkte). In dieser Entwicklung dürfte unter anderem die zunehmende Verbreitung von Smartphones und sonstigen (mobilen) Endgeräten zum Ausdruck kommen, deren Nutzung an einen Vertrag mit einem Telekommunikationsanbieter geknüpft ist.

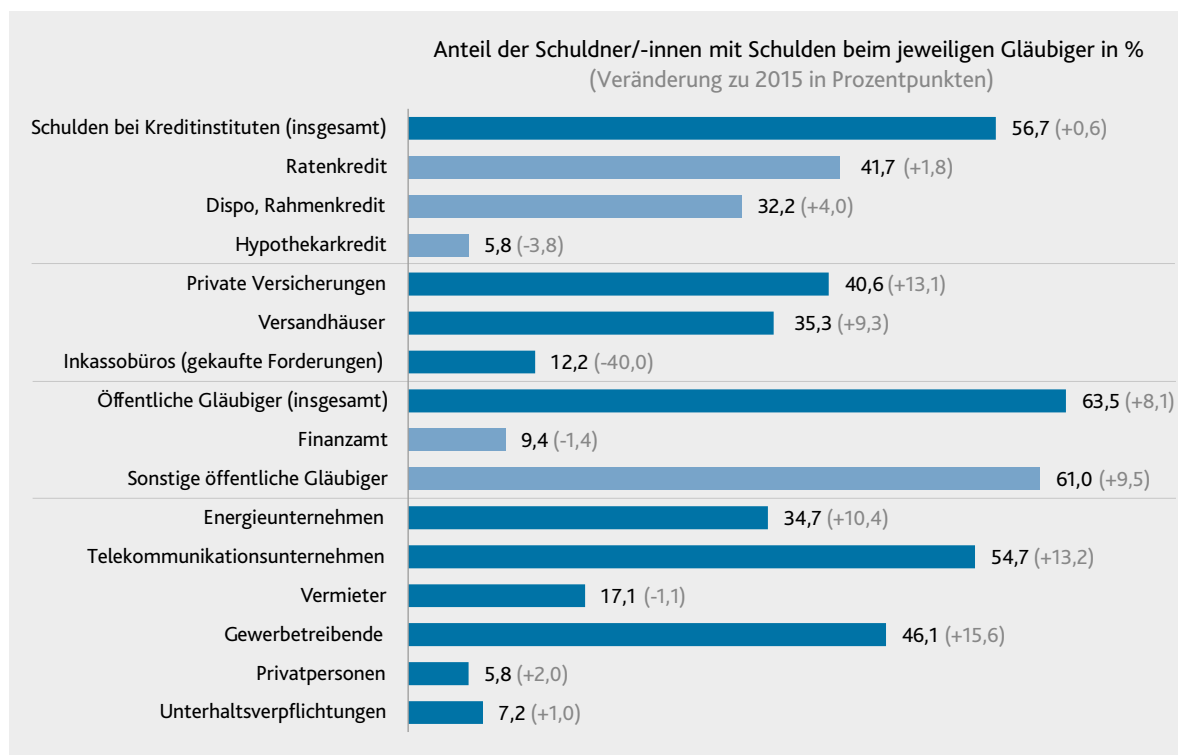
Mindestens ein Drittel der beratenen Personen hatte 2021 Schulden bei Gewerbetreibenden (46 Prozent), bei privaten Versicherungen (41 Prozent), bei Versandhäusern oder bei Energieunternehmen (jeweils 35 Prozent). Deutlich seltener traten unter anderem Vermieterinnen und Vermieter (17 Prozent), Inkassobüros (zwölf Prozent), Empfängerinnen und Empfänger von Unterhaltszahlungen (7,2 Prozent) und sonstige Privatpersonen (5,8 Prozent) als Gläubiger auf.

Seit 2015 waren vor allem Gewerbetreibende (+16 Prozentpunkte), private Versicherungen (+13 Prozentpunkte), Energieunternehmen (+10 Prozentpunkte) und Versandhäuser (+9,3 Prozentpunkte) häufiger Gläubiger. Seltener wurden dagegen Inkassobüros (-40 Prozentpunkte) und

Auch Gewerbetreibende, Versandhäuser und Energieunternehmen sind oft Gläubiger



G3 Beratene Personen 2021 nach ausgewählten Gläubigern



Vermieterinnen und Vermieter (-1,1 Prozentpunkte) genannt, obwohl die Anspannung auf dem rheinland-pfälzischen Wohnungsmarkt in den vergangenen Jahren deutlich zunahm.

Schulden bei Kreditinstituten belasten Ratsuchende am stärksten

Kreditinstitute fordern im Durchschnitt 33 400 Euro von Schuldnerinnen und Schuldnern

Gemessen an der durchschnittlichen Forderungshöhe wurden die Schuldnerinnen und Schuldner 2021 am stärksten durch Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten belastet. Im Durchschnitt hatten die Schuldnerinnen und Schuldner rund 33 400 Euro an Forderungen zu bedienen. Das waren gut 4 700 Euro bzw. 14 Prozent weniger als 2015.

Die durchschnittliche Forderungshöhe der Kreditinstitute variierte 2021 stark nach

dem jeweiligen Kredittyp. Hypothekarkredite belasteten die beratenen Personen im Durchschnitt mit 90 200 Euro (Veränderung zu 2015: -11 Prozent), Ratenkredite mit 25 800 Euro (+2,7 Prozent) und Dispositions- und Rahmenkredite mit 9 100 Euro (+30 Prozent). Der zeitliche Vergleich verdeutlicht, dass vor allem Kreditformen, die üblicherweise für kurzfristige Konsumentenscheidungen aufgenommen werden, die Schuldenbelastung der ratsuchenden Personen erhöhte, während von Kreditformen, die auf langfristige Ausgabeentscheidungen hindeuten und tendenziell längere Rückzahlungsfristen ermöglichen, eine zunehmend geringere Schuldenlast ausging.

Eine große Heterogenität hinsichtlich der durchschnittlichen Forderungshöhe ergab sich 2021 auch bei den öffentlichen Gläubigern. Insgesamt belief sich die durchschnitt-



Schulden bei den Finanzämtern beliefen sich im Durchschnitt auf 15 700 Euro

liche Schuldenhöhe bei den öffentlichen Stellen auf gut 6 500 Euro. Das waren knapp 200 Euro bzw. 2,9 Prozent weniger als 2015. Vergleichsweise hohe Forderungen hatten in der Gruppe der öffentlichen Gläubiger die Finanzämter. Bei ihnen waren die beratenen Personen 2021 im Durchschnitt mit 15 700 Euro im Minus. Im Jahr 2015 fielen die Schulden bei den Finanzämtern allerdings noch deutlich höher aus. Damals beliefen sich die Forderungen im Durchschnitt auf 20 400 Euro. Die durchschnittlichen Schulden bei den Finanzverwaltungen haben sich zwischen 2015 und 2021 somit um rund 4 700 Euro bzw. 30 Prozent reduziert.

Obwohl infolgedessen nur vergleichsweise wenige Personen in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, ergaben sich 2021 relativ hohe Forderungen aufgrund von Unterhaltsverpflichtungen (9 500 Euro) und Verpflichtungen gegenüber sonstigen Privatpersonen (9 300 Euro). Von allen sonstigen Gläubigergruppen überstieg die durchschnittliche Forderungssumme nur bei den Inkassobüros (6 400 Euro) den Wert von 5 000 Euro.

Forderungssummen von privaten Versicherungen, Telekommunikations- und Energieunternehmen steigen deutlich

Seit 2015 sind vor allem die Forderungssummen der privaten Versicherungen (+46 Prozent), der Telekommunikationsunternehmen (+33 Prozent) und der Energieunternehmen (+28 Prozent) stark gestiegen. Mehr als halbiert – nämlich um 52 Prozent – haben sich demgegenüber die durchschnittlichen Forderungssummen der Inkassobüros. Auch die Forderungssummen, die an die Schuldnerinnen und Schuldner durch Privatpersonen und infolge unerlaubter Handlungen herangetragen wurden, nahmen zwischen 2015 und 2021 ab. Die durchschnittlichen Forderungssummen der Privatpersonen sanken um 28 Prozent und die durchschnittlichen

Forderungssummen infolge unerlaubter Handlungen um 20 Prozent.

Arbeitslosigkeit ist häufigste Ursache für Überschuldung

Die Ursachen, die dazu führen, dass Menschen in finanzielle Not geraten, sind vielfältig. Sie reichen von persönlichen Schicksalsschlägen (etwa einer schwerwiegenden Erkrankung), über unzureichende finanzielle Kenntnisse (unter anderem mit Blick auf Anlage- und Investitionsentscheidungen) bis hin zu strukturellen Einflüssen, die außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der Einzelnen liegen (z. B. Inflation und Massenarbeitslosigkeit). Selten ist die finanzielle Not der beratenen Personen auf nur eine einzige Ursache zurückzuführen, vielmehr können mehrere Einflussfaktoren zugleich auftreten. Während die Einflussfaktoren sich in einigen Fällen wechselseitig bedingen, können in anderen Fällen einzelne Auslöser weitere Faktoren nach sich ziehen, die die finanzielle Not der Ratsuchenden verstärken. So könnte eine schwerwiegende Erkrankung zunächst unmittelbar hohe Behandlungskosten verursachen, die das Einkommen und das Vermögen der oder des Betroffenen belasten. Des Weiteren könnte die Erkrankung zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, wodurch sich das verfügbare Einkommen und der finanzielle Handlungsspielraum der erkrankten Person weiter verringert.

Im Jahr 2021 war Arbeitslosigkeit – wie in allen Berichtsjahren seit 2015 – der am häufigsten genannte Grund für die Überschuldung der bei den Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen. Mehr als ein Drittel gab den fehlenden Arbeitsplatz als Auslöser an (35 Prozent). Bei einem knappen Viertel der Fälle war Arbeitslosigkeit sogar der Hauptauslöser für die finanzielle Not (24 Prozent).

Überschuldung privater Haushalte hat meist mehrere Ursachen

Arbeitslosigkeit ist häufigste Ursache



Obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz im betrachteten Zeitraum zunächst stark reduzierte und erst mit dem Ausbruch der Coronapandemie wieder stieg, spiegelt sich dieser Verlauf in der Entwicklung der Anteilswerte der einzelnen Berichtsjahre nur schwach wider. Zwischen 2015 und 2017 sank der Anteil der Personen, bei denen Arbeitslosigkeit ein Auslöser für ihre Überschuldung war, von 36 auf 32 Prozent. Anschließend – d. h. bereits vor dem Ausbruch der Coronapandemie – nahm er wieder leicht zu.

Pandemie
sorgt für ge-
sundheitliche
Belastungen

Etwas deutlicher tritt der Einfluss der Coronapandemie in dem am zweithäufigsten genannten Ursachenbündel hervor: Erkrankungen, Sucht und Unfälle. Rund 28 Prozent der beratenen Personen gaben 2021 diese gesundheitlichen Faktoren als einen Auslöser ihrer Überschuldungssituation an. In 18 Prozent der Fälle war der Gesundheitszustand der Hauptauslöser. Im Jahr 2015 nannten dagegen erst knapp 22 Prozent Erkrankungen, Sucht und Unfälle als Grund, ebenso wie in den Jahren 2016 bis 2018. Erst mit dem Ausbruch der Coronapandemie nahm der Anteilswert stark zu. Ein ursächlicher Zusammenhang erscheint sehr plausibel.

Verlust des
Partners oder
der Partnerin
dritthäufigster
Grund

An dritter Stelle folgte 2021 die Trennung, die Scheidung oder der Tod des Partners oder der Partnerin. Rund ein Viertel der beratenen Personen gab diesen Grund an. An der Höhe des Anteilswertes hat sich seit 2015 wenig geändert. So nimmt zwar die Zahl der Sterbefälle im Zuge des demografischen Wandels auf der einen Seite seit vielen Jahren zu, sodass hinterbliebene (Ehe-)Partnerinnen und (Ehe-)Partner unter Umständen häufiger in finanzielle Not geraten könnten. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Ehescheidungen in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren ab. Zudem

ist vor allem in den jüngeren Altersgruppen zu erwarten, dass die beiden Partner einer Beziehung zunehmend voneinander finanziell unabhängig sind, da oftmals beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Von der häufigeren Erwerbsbeteiligung dürften nicht zuletzt Frauen stark profitiert haben. In der Summe könnten die gegenläufigen Effekte – d. h. die Zunahme der Zahl der Sterbefälle auf der einen Seite und die sinkenden Scheidungszahlen sowie die zunehmende finanzielle Unabhängigkeit der Partnerinnen und Partner in Paarbeziehungen auf der anderen Seite – zur Stabilität des Anteilswertes im Zeitverlauf beigetragen haben. Werden nur die Hauptauslöser der Überschuldung betrachtet, so lag der Anteil der Ursachengruppe „Verlust des Partners oder der Partnerin“ 2021 bei 15 Prozent und damit um 1,9 Prozentpunkte niedriger als 2015.

Zwei Gründe für die Überschuldung privater Personen haben seit 2015 stark an Bedeutung gewonnen. Dabei handelt es sich zum einen um eine unwirtschaftliche Haushaltsführung, die 2021 bei 24 Prozent der beratenen Personen festgestellt wurde (+16 Prozentpunkte), und zum anderen um die längerfristige Abhängigkeit von einem niedrigen Einkommen, die 2021 in 21 Prozent der Fälle auftrat (+11 Prozentpunkte). Der Bedeutungszuwachs dieser beiden Faktoren stellt sich auch dann ein, wenn nur nach dem Hauptauslöser der Überschuldung gefragt wird. So nahm der Anteilswert der Personen, die ihren Haushalt unwirtschaftlich führten und hauptsächlich deshalb in finanzielle Not gerieten, von 3,4 Prozent im Jahr 2015 auf elf Prozent im Jahr 2021 zu. Mit Blick auf den längerfristigen Bezug eines Niedrigeinkommens stieg der Anteilswert im gleichen Zeitraum von 2,5 auf 8,9 Prozent.

Unwirtschaft-
liche Haushalts-
führung und
Niedrigeinkom-
men gewinnen
stark an Be-
deutung



Eine unwirtschaftliche Haushaltsführung liegt meist im unmittelbaren Verantwortungsbereich der verschuldeten Personen. Oftmals resultiert sie aus schwächer ausgeprägten organisatorischen und planerischen Fähigkeiten sowie aus geringerem Wissen über finanzielle Zusammenhänge. Die Zunahme des Anteilswertes dürfte somit weniger auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung oder Sondereffekte im Zuge der Coronapandemie zurückzuführen sein als vielmehr auf einen wachsenden finanzwirtschaftlichen Kompetenz- und Wissensmangel in Teilen der Gesellschaft.

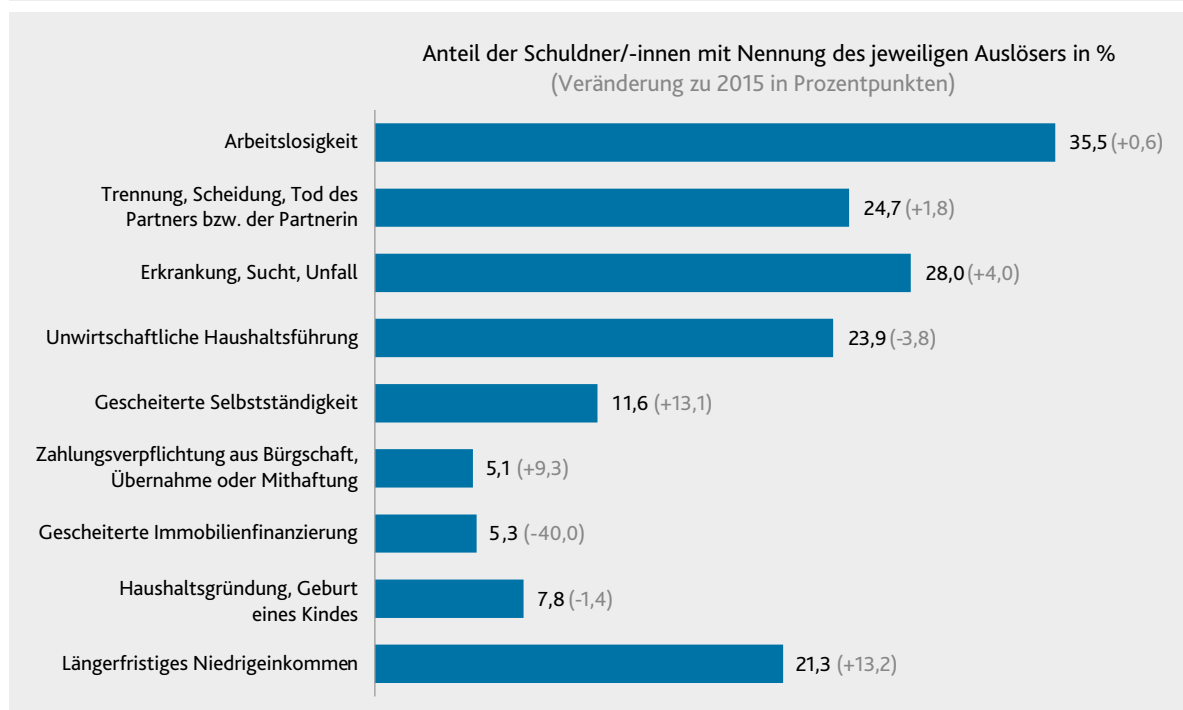
Dies gilt sehr wahrscheinlich nicht für die Entwicklung des zweiten Einflussfaktors, der im Zeitverlauf stark an Bedeutung gewonnen hat. Denn der längerfristige Bezug eines Niedrigeinkommens könnte unter anderem Folge der Ausweitung des Bezugs von Kurzarbeitergeld während der Coronapandemie sein.

Zu den weiteren Gründen, die 2021 als Auslöser für die Überschuldung privater Personen genannt wurden, zählen unter anderem das Scheitern einer Selbstständigkeit (zwölf Prozent), die Gründung eines Haushalts bzw. die Geburt eines Kindes (7,8 Prozent), eine gescheiterte Immobilienfinanzierung (5,3 Prozent) sowie Zahlungsverpflichtungen infolge von Bürgschaften, Übernahmen oder Mithaftungen (5,1 Prozent). Als nennenswerter Hauptauslöser der Überschuldung trat von diesen Gründen 2021 nur das Scheitern einer Selbstständigkeit auf (8,8 Prozent). Alle anderen Einflussfaktoren wurden in jeweils weniger als fünf Prozent der Fälle als Hauptauslöser für die Überschuldung der Ratsuchenden festgestellt.

Etwas häufiger wurde zwischen 2015 und 2021 die Haushaltsgründung bzw. die Geburt eines Kindes genannt (+2,5 Prozentpunkte). Dies könnte unter anderem eine Folge der

Weitere Gründe: gescheiterte Selbstständigkeit, Haushaltsgründung, gescheiterte Immobilienfinanzierung

G4 Beratene Personen 2021 nach Auslöser der Überschuldung





Geburt von Kindern sorgte zuletzt häufiger für Überschuldung privater Haushalte

starken Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2015 und 2016 infolge des syrischen Bürgerkrieges sein. Damals migrierten viele ausländische Frauen aus Ländern mit traditionell hohen Geburtenraten nach Rheinland-Pfalz. Sie sind ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Geburtenzahl, die in Rheinland-Pfalz seit 2016 zu beobachten ist. In der Mehrzahl verfügten die zugewanderten Frauen und ihre Familien nur über geringe finanzielle Mittel und dürften zudem zunächst Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt gehabt haben. Die Zunahme des Anteilswertes könnte somit auf einen Sondereffekt zurückzuführen sein.

Leicht gesunken ist demgegenüber der Anteil der Personen, der aufgrund einer gescheiterten Immobilienfinanzierung verschuldet war (–2,9 Prozentpunkte). Dies könnte unter anderem Folge der günstigen Zinskonditionen im Zeitraum der Jahre 2015 bis 2021 sein, obwohl die Anspannung auf dem rheinland-pfälzischen Wohnungsmarkt in dieser Zeit insgesamt zunahm.

Männer sind häufiger von Überschuldung betroffen als Frauen

Frauenanteil unter den beratenen Personen sinkt

Unter den knapp 16 200 Personen, die 2021 in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, befanden sich 8 200 Männer und 8 000 Frauen. Im Jahr 2015 fiel das Geschlechterverhältnis noch umgekehrt aus. Damals standen knapp 10 600 Männern 11 300 Frauen gegenüber. Die Zahl der ratsuchenden Frauen verringerte sich zwischen 2015 und 2021 somit stärker als die Zahl der ratsuchenden Männer (–42 bzw. –29 Prozent). Auch die Überschuldungsintensität ist bei den Frauen im betrachteten Zeitraum stärker gefallen. Mussten Frauen 2015 im Durchschnitt

noch 38 Monatseinkommen aufwenden, um ihre sämtlichen Schulden zu begleichen, waren es 2021 nur noch 27. Bei den Männern verringerte sich die Überschuldungsintensität hingegen nur von 39 auf 33 Monatseinkommen.

Im Unterschied zu den Frauen war die Überschuldung von Männern 2021 häufiger auf Arbeitslosigkeit (38 bzw. 33 Prozent) und gesundheitliche Faktoren (32 bzw. 23 Prozent) zurückzuführen. Frauen nannten hingegen häufiger die Trennung, die Scheidung oder den Tod des Partners oder der Partnerin (30 bzw. 20 Prozent) und den längerfristigen Bezug eines Niedrigeinkommens (23 bzw. 19 Prozent). Etwa gleich häufig trat bei Frauen und Männern eine unwirtschaftliche Haushaltsführung als Auslöser der Überschuldung auf (23 bzw. 25 Prozent).

Männer sind häufiger infolge von Arbeitslosigkeit und gesundheitlicher Gründe überschuldet

Die Hälfte der beratenen Personen ist zwischen 25 und 45 Jahren alt

Die Altersverteilung der beratenen Personen erweist sich in den Berichtsjahren 2015 bis 2021 als sehr stabil. Etwa die Hälfte der Ratsuchenden war 2021 zwischen 25 und 45 Jahren alt, wobei jeweils ein Viertel auf die 25- bis 34-Jährigen und die 35- bis 44-Jährigen entfiel. Gut 22 Prozent zählten zwischen 45 und 55 Jahren, sodass sich etwa drei Viertel der beratenen Personen in der Lebensphase befanden, die typischerweise zum einen durch die Familiengründung bzw. die Erziehung von Kindern und zum anderen durch Erwerbsarbeit geprägt ist. Die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen fiel mit knapp 16 Prozent aller Ratsuchenden bereits etwas kleiner aus. Nur halb so groß war die Gruppe der Seniorinnen und Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren (7,6 Prozent). Am kleinsten war die Gruppe der unter 25-Jährigen (4,1 Prozent).

Beratene Personen befinden sich meist in der Kernerewerbsphase des Lebens



Überschuldungsintensität steigt mit höherem Alter

Folgt die Verteilung der Ratsuchenden mit Blick auf das Alter also einem umgekehrt u-förmigen Verlauf, so gilt dies nicht für die Verteilung der Überschuldungsintensität zwischen den Altersgruppen. Sie steigt vielmehr mit der Zunahme des Lebensalters kontinuierlich an. So hätten die unter 25-Jährigen 2021 im Durchschnitt „nur“ etwa 14 Monatseinkommen aufwenden müssen, um ihre sämtlichen Schulden zu begleichen. Bei den 25- bis 34-Jährigen waren es 18 und bei den 35- bis 44-Jährigen 24 Monatseinkommen. In der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen erreichte der Quotient aus Gesamtschuldenhöhe und persönlichem monatlichen Einkommen bereits einen Wert von 37 und in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen einen Wert von 43. Die 65-Jährigen und Älteren hätten schließlich im Durchschnitt 50 Monatseinkommen – also mehr als vier Jahreseinkommen – vollständig aufwenden müssen, um sämtliche Forderungen an sie zu bedienen.

Arbeitslosigkeit ist unter den jüngeren Altersgruppen als Auslöser der Überschuldung weiter verbreitet als in den höheren Altersgruppen, ebenso wie eine unwirtschaftliche Haushaltsführung. Umgekehrt wurden gesundheitliche Gründe und der Verlust des Partners oder der Partnerin desto häufiger genannt, je älter die beratenen Personen waren. Nur geringe Unterschiede traten zwischen den Altersgruppen bei der Nennung des längerfristigen Bezugs eines Niedrigeinkommens als Auslöser auf.

Mehrzahl der Ratsuchenden ist ledig und lebt allein

Werden die Ratsuchenden anhand ihres Familienstandes sowie anhand ihrer Haushalts-

und Lebensformen gegenübergestellt, so konzentrieren sich die finanziellen Notlagen vor allem auf Ledige und auf Alleinlebende. Knapp 39 Prozent der beratenen Personen waren 2021 ledig. Zur Gruppe der Geschiedenen und der Verheirateten, aber getrennt Lebenden zählten rund 31 Prozent. Etwas mehr als ein Viertel war verheiratet oder lebte in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (26 Prozent) und nur 3,8 Prozent waren verwitwet.

Ogleich sie die größte Gruppe unter den Beratenen bildeten, stellte sich die Lage der Ledigen hinsichtlich der Überschuldungsintensität am günstigsten dar. Sie mussten im Durchschnitt nur 21 Monatseinkommen aufwenden, um ihre sämtlichen Schulden zu begleichen. Bei den Geschiedenen waren es demgegenüber 34 und bei den Verheirateten und den Personen in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft 32 Monatseinkommen. Verwitwete Ratsuchende hatten 2021 mit der höchsten Schuldenlast zu kämpfen. Ihre Überschuldungsintensität lag bei durchschnittlich 59 Monatseinkommen – also fast fünf vollen Jahreseinkommen.

Mit Blick auf die Haushaltsgröße ist festzustellen, dass die Mehrzahl der beratenen Personen in kleinen Haushalten lebte. Fast 44 Prozent der beratenen Personen waren alleinlebend. Mit einer weiteren Person teilten sich 23 Prozent den Haushalt. In 15 Prozent der Fälle zählte der Haushalt drei und in zehn Prozent der Fälle vier Mitglieder. Fünf und mehr Haushaltsmitglieder gaben 7,3 Prozent der Ratsuchenden an.

Die kleineren Haushalte hatten zugleich die höchste Schuldenlast zu tragen: Bei den Einpersonenhaushalten betrug die Überschuldungsintensität im Durchschnitt 33 und bei

Ledige suchen 2021 besonders häufig eine Schuldnerberatungsstelle auf

Kleinere Haushalte sind häufiger von Überschuldung betroffen



den Zweipersonenhaushalten 34 Monateinkommen. Mit zunehmender Mitgliederzahl sank die Überschuldungsintensität. Bei den Dreipersonenhaushalten betrug sie 27, bei den Vierpersonenhaushalten 25 und bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen 23 Monateinkommen.

Überschuldete
Personen leben
zumeist ohne
Kinder im
Haushalt

Die Auswertungen zeigen weiter, dass knapp die Hälfte der beratenen Personen 2021 kein unterhaltspflichtiges Kind zu versorgen hatte. Gut ein Fünftel (21 Prozent) hatte genau ein unterhaltspflichtiges Kind, 17 Prozent zwei und knapp zwölf Prozent drei oder mehr unterhaltspflichtige Kinder. Ähnlich wie bei der Haushaltsgröße galt auch für die Zahl der unterhaltspflichtigen Kinder: je geringer die Zahl, desto geringer die Überschuldungsintensität. Hatten die beratenen Personen kein unterhaltspflichtiges Kind zu versorgen, betrug die Schuldenlast im Mittel 34 Monateinkommen, bei drei oder mehr unterhaltspflichtigen Kindern hingegen nur 25 Monateinkommen.

Alleinerziehende
sind über-
repräsentiert

Dies spricht dafür, dass Kinder im Haushalt für sich genommen noch kein Grund für die finanzielle Notlage der beratenen Personen gewesen sind. Dafür spricht auch, dass die Überschuldungsintensität von Paaren, die ohne Kinder im Haushalt lebten, 2021 bei 37 Monateinkommen lag, während Paare mit Kindern im Haushalt im Durchschnitt nur 26 Monateinkommen zur Begleichung ihrer Schulden aufwenden mussten. Als vergleichsweise ungünstig stellte sich jedoch die Lage von Alleinerziehenden dar. Sie waren mit einem Anteil von knapp 18 Prozent an allen beratenen Personen überrepräsentiert. Die Überschuldungsintensität fiel bei ihnen mit durchschnittlich 25 Monateinkommen jedoch unterdurchschnittlich aus.

Überschuldungsintensität ausländischer Ratsuchender sinkt

Auch Ausländerinnen und Ausländer waren – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – unter den beratenen Personen leicht überrepräsentiert. Knapp 15 Prozent der Ratsuchenden verfügte 2021 nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2015 hatte der Anteil erst bei 13 Prozent gelegen.

Zahl der ratsuchenden Ausländerinnen und Ausländer leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt

Die Schuldenlast der Ausländerinnen und Ausländer war in allen Berichtsjahren seit 2015 geringer als die Überschuldungsintensität der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Während Ausländerinnen und Ausländer 2021 im Durchschnitt nur durch Forderungen in Höhe von 27 persönlichen Monateinkommen belastet wurden, waren es bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Durchschnitt 31 Monateinkommen. Seit 2015 ist die Überschuldungsintensität unter den Deutschen etwas stärker gesunken. Damals nahm der Quotient aus der Gesamtschuldenhöhe und der Höhe des persönlichen monatlichen Einkommens bei den Ausländerinnen und Ausländern einen Wert von 31 an; bei den Deutschen lag er dagegen bei 39.

Mit Blick auf die Auslöser der Überschuldung ging bei Ausländerinnen und Ausländern von Arbeitslosigkeit (39 gegenüber 35 Prozent) und dem längerfristigen Bezug eines Niedrigeinkommens (27 gegenüber 20 Prozent) ein größerer Einfluss aus als bei den deutschen Ratsuchenden. Umgekehrt wurden von den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit häufiger als bei Ausländerinnen und Ausländern der Verlust des Partners oder der Partnerin (25 bzw. 23 Prozent), gesundheitliche Faktoren (29 bzw. 23 Prozent) und eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (24 bzw. 23 Prozent) genannt.

Überschuldung von Ausländerinnen und Ausländern häufig wegen Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen



Beratene Personen haben meist einen geringen sozioökonomischen Status

Akademikerinnen und Akademiker suchen nur selten eine Schuldnerberatungsstelle auf

Der sozioökonomische Status der Personen, die 2021 in Rheinland-Pfalz eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, war in der Tendenz eher gering. So verfügten nur 1,4 Prozent der beratenen Personen über einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss. Etwas mehr als die Hälfte der beratenen Personen konnte eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen (51 Prozent). Rund 46 Prozent hatten hingegen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Überschuldungsintensität war bei den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder einem (Fach-)Hochschulabschluss allerdings etwas höher als bei den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (durchschnittlich 34 gegenüber 26 Monatseinkommen).

Arbeitslose sind 2021 unter den beratenen Personen deutlich überrepräsentiert

Mit Blick auf den Erwerbsstatus fanden sich 2021 unter den beratenen Personen überdurchschnittlich viele Arbeitslose. Gut 40 Prozent der Ratsuchenden hatten kein regelmäßiges Erwerbseinkommen. Weitere 40 Prozent waren entweder selbstständig oder gingen einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis nach. Die übrigen 20 Prozent zählten zur Gruppe der Nichterwerbspersonen. Die Überschuldungsintensität fiel in der Gruppe der Arbeitslosen mit durchschnittlich 25 Monatseinkommen am geringsten aus. Bei den abhängig Beschäftigten lag sie bei 30 Monatseinkommen und bei den Nichterwerbspersonen bei 42 Monatseinkommen.

Der hohe Anteil Arbeitsloser dürfte auch der Grund dafür sein, weshalb nur etwas mehr als ein Drittel der ratsuchenden Personen (35 Prozent) ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der eigenen Erwerbstätigkeit

bestritten. Die Mehrzahl der beratenen Personen war 2021 von öffentlichen Leistungen abhängig (48 Prozent); darunter etwa zehn Prozent, die eine Rente oder Pension bezogen. Etwa jede siebte beratene Person (14 Prozent) lebte überwiegend von dem Einkommen anderer Haushaltsmitglieder.

Fast die Hälfte der Ratsuchenden bestreitet den Lebensunterhalt überwiegend aus öffentlichen Leistungen

Das Nettoäquivalenzeinkommen lag bei knapp der Hälfte der beratenen Personen (49 Prozent) zwischen 750 und 1250 Euro. Etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) hatte unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse der Haushalte weniger als 750 Euro zur Verfügung. Ein weiteres gutes Fünftel (21 Prozent) wirtschaftete mit einem Nettoäquivalenzeinkommen in Höhe von 1250 bis 1750 Euro und 8,2 Prozent konnten monatlich auf mehr als 1750 Euro zurückgreifen.

Knapp die Hälfte der Beratungsverfahren konnte 2021 abgeschlossen werden

Von den knapp 16 200 gemeldeten Beratungsverfahren konnte 2021 etwa die Hälfte abgeschlossen werden (7 800 bzw. 48 Prozent). Im Durchschnitt vergingen zwischen dem Beginn und dem Abschluss der Beratungen 21,6 Monate. Rund 42 Prozent der Fälle fanden innerhalb von nur einem Jahr zum Abschluss. In 29 Prozent der Fälle benötigten die Beratungen zwischen einem und zwei Jahren. Die übrigen 29 Prozent dauerten drei und mehr Jahre an.

Zwischen Beginn und Abschluss der Beratungen liegen im Durchschnitt 21,6 Monate

Werden die abgeschlossenen Beratungsverfahren in den Berichtsjahren 2015 bis 2021 miteinander verglichen, so deutet sich ein starker Einfluss der Coronapandemie auf die Beratungsdauer an. Denn 2020 belief sich die durchschnittliche Beratungszeit zwischen dem Beginn und dem Abschluss der Fälle auf 24,3 Monate. Sie lag damit um



etwa drei Monate über dem Mittel der drei vorangegangenen Jahre. In den Jahren 2015 und 2016 betrug sie sogar nur 19,3 bzw. 18 Monate.

Es bleibt abzuwarten, ob die Verschärfung der aktuellen Energiepreiskrise und die Entwicklung der Inflation dazu führen, dass Ratsuchende wieder verstärkt eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen werden. Zu vermuten ist jedenfalls, dass sich der Abschluss der

derzeit noch laufenden Beratungsverfahren durch die aktuellen Entwicklungen eher noch weiter hinauszögern als beschleunigen wird. Im Durchschnitt dauerten die im Jahr 2021 noch offenen Beratungsverfahren bereits 39,7 Monate an.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Statistisches Jahrbuch 2022



Von Simone Emmerichs

Bereits seit 1947 bildet das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz mit seinem Veröffentlichungsprogramm die Strukturen und Entwicklungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in Zahlen ab. Das Amt ist damit wichtiger Informationsdienstleister für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien sowie für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Das Statistische Jahrbuch stellt seit vielen Jahrzehnten einen zentralen Baustein des Veröffentlichungsprogramms dar. Im Dezember 2022 wurde die aktuelle Ausgabe des Jahrbuchs herausgegeben. Auf insgesamt 622 Seiten finden sich detaillierte Informationen zu allen wichtigen Lebensbereichen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

Veröffentlichung mit Tradition

Erste Ausgabe
1958 als Statis-
tisches Jahr-
buch

Das Statistische Jahrbuch ist aus der Publikation „Jahresergebnisse der Statistik“ entstanden, die von 1948 bis 1957 erschienen ist und die im Laufe des jeweiligen Berichtsjahres vom Statistischen Landesamt gewonnenen Daten darstellte. Im Jahr 1958 erschien erstmals das „Statistische Jahrbuch für Rheinland-Pfalz“. Die Veröffentlichung wurde thematisch erweitert und die Ergebnisse des Berichtsjahres in zusammenhängenden Zeitreihen dargestellt. Das Jahrbuch erschien zunächst alle zwei Jahre und ab 1995 jährlich. Von 1995 bis 2005 trug das Produkt die Bezeichnung „Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz“, 2006 wurde es erneut in „Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz“

umbenannt. Seitdem ist es als Printversion und im PDF-Format im Internet erhältlich. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Inhalt und Layout der Veröffentlichung immer wieder an die geänderten Ansprüche und den Zeitgeist angepasst. In seiner heutigen Form erscheint das Jahrbuch seit 2014.

Im Dezember 2022 wurde die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs veröffentlicht. Auf insgesamt 622 Seiten finden sich Informationen zu allen wichtigen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger, damit liefert es ein Gesamtbild des Landes in Zahlen. Die Publikation enthält die Ergebnisse von mehr als 300 Statistiken und Rechenwerken und deckt die gesamte Bandbreite der amtlichen Statistik ab.

Jahrbuch 2022

Ausgewählte Jahrbücher und Vorgängerversionen seit 1948



1948



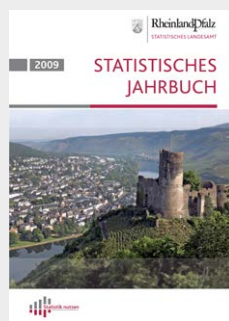
1997



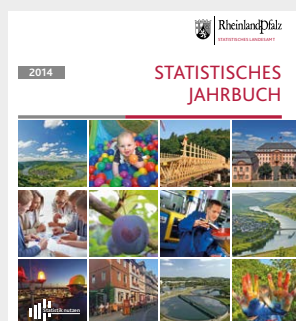
2002



2006



2009



2014

Bandbreite der amtlichen Statistik

Gesamtbild
des Landes in
Zahlen

Im Statistischen Jahrbuch werden die Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik dargestellt. Die 27 Kapitel sind drei Themenbereichen zugeordnet:

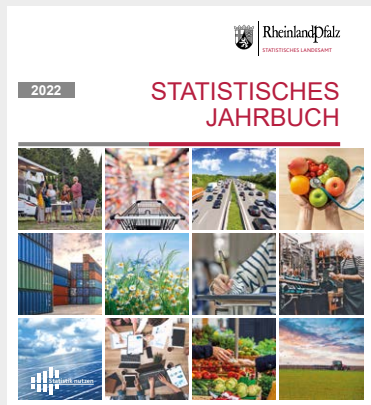
- Im Teilbereich „Gesellschaft und Staat“ finden sich Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung, zur Bildung sowie zu den Themenbereichen Gesundheit, Soziales und öffentliche Finanzen.
- Der Bereich „Gesamtwirtschaft und Umwelt“ stellt Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung, Erwerbstätigkeit sowie Umwelt und Energie bereit.
- Das Themengebiet „Wirtschaftsbereiche“ enthält unter anderem Daten zur Branchenentwicklung und -struktur, zu den rheinland-pfälzischen Unternehmen und zum Verkehr.

Die aktuellen Strukturen und Entwicklungen werden nicht nur in insgesamt 363 Datentabellen dargestellt, sondern durch vielfältige Grafiken und Karten ergänzt. Einheitliche Vergleichszeiträume, Indikatoren und Kennzahlen erleichtern die Interpretation der Ergebnisse.

Jedes Kapitel ist – soweit möglich – gleich strukturiert: Auf der Startseite finden sich wichtige Kernaussagen und interessante Entwicklungen zum Thema. Es folgt eine Kennzahlentabelle, die in der Regel Ergebnisse ab Beginn der 1990er-Jahre enthält. Anhand von Tabellen und Grafiken werden die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz, für die Bundesländer sowie der Durchschnitt für Deutschland dargestellt. Die Betrachtung der rheinland-pfälzischen Daten in tiefer fachlicher Gliederung ermöglicht einen

Einheitliche
Struktur der
Kapitel

Statistisches Jahrbuch 2022



Ergebnisse von mehr als **300 Statistiken** und Rechenwerken.



27 Kapitel zu den Themenbereichen Gesellschaft und Staat, Gesamtwirtschaft und Umwelt sowie Wirtschaftsbereiche.



363 Tabellen, **162** Grafiken und **66** Karten auf insgesamt **622** Seiten.

detaillierten Einblick in die Thematik. Den Abschluss eines Kapitels bildet – so fern verfügbar – die regionale Darstellung auf Ebene der 36 kreisfreien Städte und Landkreise anhand von Datentabellen und Karten.

Ausführliche
Metadaten

Abgerundet wird jedes Kapitel durch einen umfassenden Abschnitt mit Metadaten. Hier finden sich Informationen zu den Datenquellen, ein kapitelbezogenes Glossar sowie schematische Übersichten, die Rechenwerke, Konzepte, Klassifikationen und Zusammenhänge erläutern.

In den folgenden Abschnitten werden die Inhalte der 27 Kapitel des Jahrbuchs anhand ausgewählter Aussagen dargestellt.

Gesellschaft und Staat

Rheinland-Pfalz hat sieben Nachbarländer, die längste Grenze hat das Land mit Nordrhein-Westfalen (312 km). Der Rhein fließt

mit einer Länge von 289 km durch Rheinland-Pfalz. Mit 817 Metern ist der Erbeskopf die höchste Erhebung im Land. Der Laacher See ist mit 21 Quadratkilometern das größte Naturschutzgebiet. Rheinland-Pfalz ist das waldreichste Bundesland: Fast 41 Prozent der Bodenfläche sind bewaldet. Als Siedlungsfläche werden 8,7 Prozent beansprucht, für Verkehr 6,2 Prozent.

Geografie und
Klima
























Ende 2021 lebten 4,1 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum Vorjahr gab es ein leichtes Bevölkerungswachstum (+0,2 Prozent) bei einem Zuwanderungsüberschuss von 20 700 Personen. Zwölf Prozent der Bevölkerung hatten 2021 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das Durchschnittsalter lag mit 46 Jahren um neun Jahre höher als 1990. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchen (83,2 Jahre) ist mehr als vier Jahre höher als die eines neugeborenen Jungen (78,8 Jahre).

Bevölkerung



Inhalte des Statistischen Jahrbuchs

Gesellschaft und Staat		Gesamtwirtschaft und Umwelt		Wirtschaftsbereiche	
1 Geografie und Klima		11 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		17 Landwirtschaft	
2 Bevölkerung		12 Erwerbstätigkeit		18 Verarbeitendes Gewerbe	
3 Familien und Lebensformen		13 Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten		19 Energie	
4 Bildung		14 Preise		20 Baugewerbe	
5 Gesundheit		15 Außenhandel		21 Bautätigkeit	
6 Soziales		16 Umwelt		22 Handwerk	
7 Finanzen				23 Binnenhandel und Gastgewerbe	
8 Steuern				24 Tourismus	
9 Wahlen				25 Sonstige Dienstleistungen	
10 Justiz				26 Unternehmen	
				27 Verkehr	

Laut Bevölkerungsvorausberechnung (Projektion) steigt die Bevölkerungszahl bis 2040 auf 4,17 Millionen und geht bis 2070 auf 4,06 Millionen zurück.

Familien und Lebensformen



Die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung lebte 2021 in Familien mit Kindern. Bei zwei Drittel der minderjährigen Kinder sind beide Elternteile bzw. der alleinerziehende Elternteil erwerbstätig. Unter den 1,93 Millionen Privathaushalten waren 36 Prozent Einpersonenhaushalte. Knapp ein Fünftel der Haushalte hatte ein Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1500 Euro. Im Jahr 2021 gab es 7 400 Ehescheidungen, das waren 4,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen lag 2022 bei 30,6 Prozent. In Kindertageseinrichtungen arbeiteten fast 44 000 Personen.

Rund 411 900 Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2021/22 eine allgemeinbildende Schule. Vier von zehn Kindern wechselten 2021 nach der Grundschule auf ein Gymnasium, drei von zehn auf eine Realschule plus. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien sank um 554. Im Jahr 2021 wurden etwas weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Jahr zuvor (–0,5 Prozent). Im Handwerk erreichte die Zahl der Auszubildenden einen neuen Tiefstand (19 200). Die Studienanfängerquote stieg 2020 auf 47 Prozent. Die Bildungsausgaben je Schülerin bzw. Schüler an öffentlichen Schulen lagen 2020 bei 7 900 Euro.

Bildung

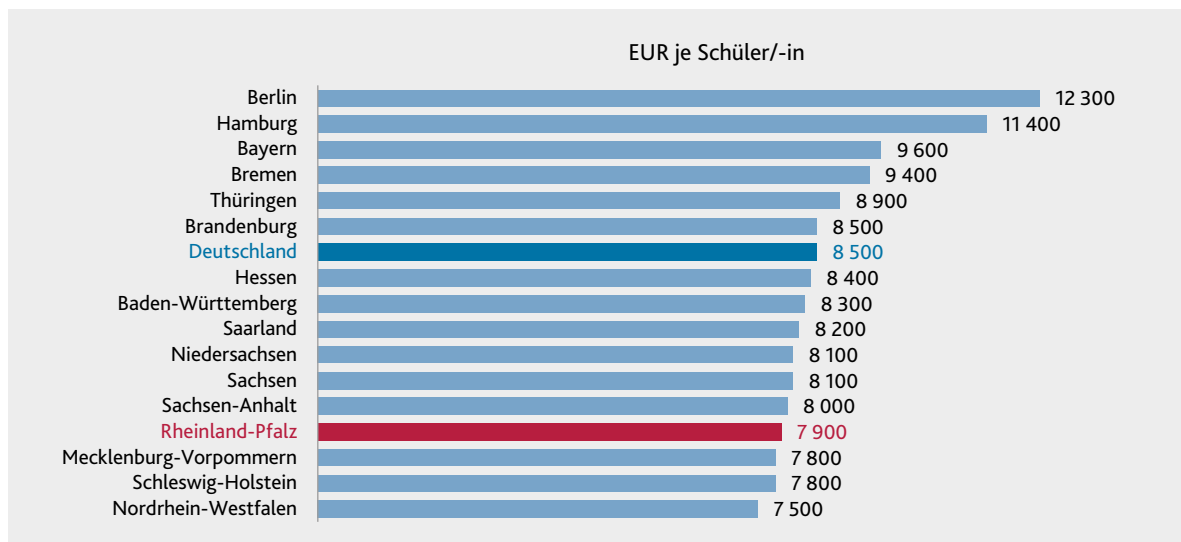


Im Jahr 2020 wurden rund 801 300 Patientinnen und Patienten vollstationär in den 89 rheinland-pfälzischen Krankenhäusern behandelt. Die durchschnittliche Behandlungsdauer lag bei sieben Tagen. In allge-

Gesundheit



G1 Ausgaben für öffentliche Schulen 2020 nach Bundesländern



meinen Krankenhäusern betrug die durchschnittliche Bettenauslastung 63 Prozent, in psychiatrischen Krankenhäusern 78 Prozent. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 7 200 frei praktizierende Ärztinnen und Ärzte sowie 1 900 frei praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte. Ende 2021 besaßen 328 100 Menschen einen gültigen Schwerbehindertenausweis. Mehr als jeder zweite Erwachsene hatte 2021 Übergewicht. Vier von fünf Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer waren Nichtraucher.

Soziales



ALG II und Sozialgeld sind die häufigste Form von Grundsicherungsleistungen: Ende 2021 gab es 196 800 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 6,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten 50 000 Hilfebedürftige (+2,6 Prozent). Die Mindestsicherungsquote lag Ende 2021 bei 6,5 Prozent (2020: 6,8 Prozent). Wohngeld erhielten 24 500 Haushalte, das war ein Rückgang um 7,6 Prozent. Es gab 9 000 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung im Jahr 2021 (–1,8 Prozent) – knapp

ein Drittel davon mit Feststellung akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung.

Die Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte stiegen 2021 auf 32,2 Milliarden Euro. Größte Einnahmequelle waren mit 22,6 Milliarden Euro die Steuereinnahmen. Bei den Gesamtausgaben wurde mit 29,3 Milliarden Euro ein neues Allzeithoch erreicht. Die höchsten Ausgaben entfielen auf die Bereiche „Schulen“ und „Soziale Sicherung“. Der Finanzierungssaldo betrug 2,9 Milliarden Euro. Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte sank um 6,7 Prozent auf 40,9 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner betrug die Verschuldung 9 985 Euro (Durchschnitt der Bundesländer: 9 294 Euro).

Finanzen



Die Steuereinnahmen sind 2021 deutlich gestiegen (Land: +16 Prozent; Kommunen: +28 Prozent) – die kommunalen Einnahmen erreichten durch hohe Gewerbesteuererlöse den bislang höchsten Wert. Wichtigste Steuerarten sind die Umsatz- und die Lohnsteuer. Im Jahr 2017 gab es rund 50 100 Körperschaftsteuerpflicht-

Steuern



tige juristische Personen – knapp ein Drittel davon aufgrund von Verlusten ohne positive festgesetzte Steuer. Für mehr als die Hälfte der 172 000 gewerbesteuerpflichtigen Betriebe 2017 war der Gewerbesteuermessbetrag null.

Wahlen



Die Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2021 bei 77 Prozent. Bei der Europawahl und den Kommunalwahlen 2019 waren es lediglich 65 bzw. 62 Prozent, bei der Landtagswahl 2021 nur 64 Prozent. Der Briefwahlanteil ist deutlich gestiegen: Bei der Europawahl 2019 nutzten 44 Prozent der Wählerinnen und Wähler diese Möglichkeit, bei der Landtagswahl 2021 waren es 67 Prozent und bei der Bundestagswahl 2021 waren es 61 Prozent. Der Frauenanteil im rheinland-pfälzischen Landtag erreichte mit 29 Prozent den niedrigsten Wert seit 20 Jahren.

G2 Frauenanteil bei der Sitzverteilung im Landtag 2021



29%

GRÜNE	40%
FDP	33%
SPD	36%
CDU	23%
AfD	13%
Freie Wähler	17%

Justiz



Im Jahr 2021 wurden rund 5 300 angezeigte Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert, das waren 5,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Aufklärungsquote angezeigter Straftaten betrug knapp 67 Prozent. Gerichtsinstanzen erledigten 56 400 Zivilprozesssachen, 29 700 Familiensachen sowie 50 600 Straf- und Bußgeldverfahren. Rechtskräftig verurteilt wurden 30 700 Personen (–6,1 Prozent), davon rund 82 Prozent Männer. Ende März befanden sich

2 311 Strafgefangene im Justizvollzug, der Männeranteil lag hier bei 93 Prozent.

Gesamtwirtschaft und Umwelt

Im Jahr 2021 wurde ein Rekordwachstum erzielt: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg nach vorläufigen Berechnungen (1. Fortschreibung) um 9,6 Prozent. Diese Entwicklung resultierte aber hauptsächlich aus der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus. Kräftige Wachstumsimpulse kamen aus den Dienstleistungsbereichen, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe gab es ein hohes Wachstum. Die Wertschöpfung im Baugewerbe stagnierte, die Landwirtschaft verzeichnete ein leichtes Minus. Der Wert der wirtschaftlichen Leistung in jeweiligen Preisen lag bei 162 Milliarden Euro, der Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt betrug 4,5 Prozent. Erwerbstätige am Arbeitsort erwirtschafteten 2021 im Durchschnitt 80 300 Euro. Für Konsum- und Sparzwecke stand 2020 ein durchschnittliches Einkommen von 23 600 Euro zur Verfügung.

Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen

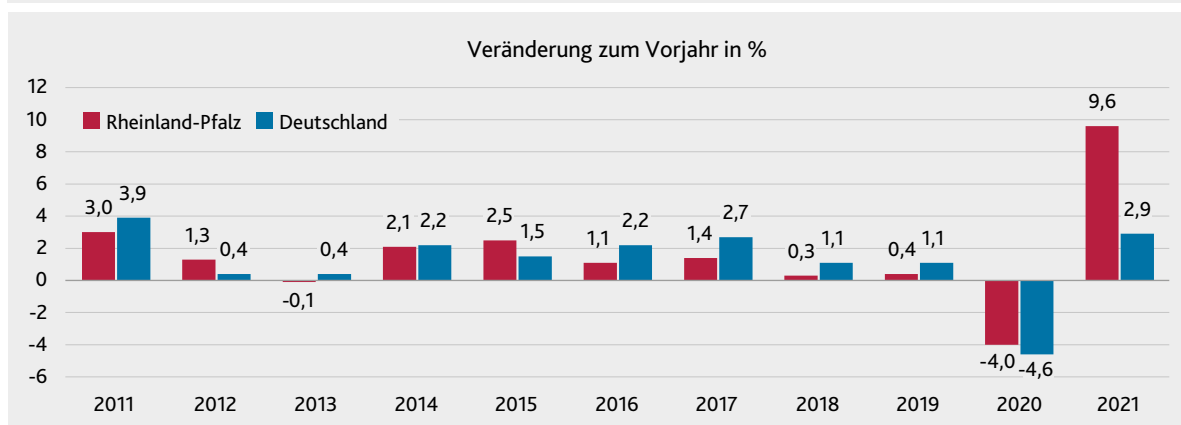


Die Zahl der Erwerbstätigen stagnierte 2021 bei 2,02 Millionen. Das Arbeitsvolumen lag mit 1 319 Stunden pro Kopf unter dem Bundesdurchschnitt (1 349 Stunden). Rund 30 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitete in Teilzeit. Die Arbeitslosenquote lag 2021 mit fünf Prozent niedriger als in Deutschland (5,7 Prozent). Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 75 Jahren stieg zwischen 2011 und 2021 um 4,8 Prozentpunkte. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife erhöhte sich zwischen 2016 und 2021 um 7,6 Prozentpunkte.

Erwerbstätigkeit



G3 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2011–2021



Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten



Die Reallöhne sanken 2021 um 0,4 Prozent. Für Vollzeitbeschäftigte lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei 3 977 Euro. Die monatlichen Sonderzahlungen betrugen durchschnittlich 351 Euro. Im Produzierenden Gewerbe (4 542 Euro) waren die Monatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) höher als in den Dienstleistungsbereichen (4 181 Euro). Der Gender Pay Gap – der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern – lag 2021 bei 15 Prozent (Deutschland: 18 Prozent).

Preise



Die Teuerungsrate lag 2021 mit +3,1 Prozent deutlich höher als im Jahr zuvor (+0,6 Prozent). Die stärksten Preissteigerungen gab es in den Abteilungen „Verkehr“ (+8,4 Prozent), „Andere Waren- und Dienstleistungen“ (+3,2 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,9 Prozent). Im Bereich „Post und Telekommunikation“ blieben die Preise im Jahresdurchschnitt konstant. Die Preise für baureifes Land waren 2020 um 5,4 Prozent höher als im Vorjahr. Rund 3 600 landwirtschaftliche Grundstücke wurden 2020 veräußert, der durchschnittliche Kaufwert je Hektar betrug 15 800 Euro.

Die Exporte stiegen 2021 um elf Prozent auf 54 Milliarden Euro. Wichtigste Abnehmer-

länder waren Frankreich, USA, Italien und die Niederlande. Die Ausfuhren nach China gingen zurück (–12 Prozent), während die Einfuhren deutlich stiegen (+32 Prozent). Die Importe erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent auf 42 Milliarden Euro. Die meisten Importe kamen aus China, Frankreich, Niederlande und Italien. Vorleistungsgüter sind bevorzugte Handelsware, 43 Prozent aller Exporte und 47 Prozent aller Importe zählten zu dieser Gütergruppe

Außenhandel



Im Jahr 2020 fielen rund eine halbe Tonne Haushaltsabfälle je Einwohnerin bzw. Einwohner an. Die Entsorgungsanlagen nahmen fast 18 Millionen Tonnen Abfälle an – mehr als die Hälfte waren Bau- und Abbruchabfälle. Die öffentliche Wasserversorgung erfolgt vorwiegend durch Grundwasser. Die Trinkwasser- und Abwasserentgelte stiegen in den letzten zehn Jahren. Die Wasserkosten für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 80 Kubikmetern beliefen sich 2019 auf durchschnittlich 227 Euro. Der tägliche Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser betrug 2019 rund 126 Liter. Rund 20 Prozent der Investitionen im Produzierenden Gewerbe dienten 2020 dem Umweltschutz.

Umwelt



Wirtschaftsbereiche

Landwirtschaft



Wein und Gemüse hatten mit 29 bzw. 18 Prozent 2020 die höchsten Anteile am Produktionswert der Landwirtschaft. Auf Weinbau ausgerichtet waren 41 Prozent der Betriebe, wobei nur neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Rebflächen waren. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg seit 2010 von 34 auf 44 Hektar. Die Zahl der Rinder und Schweine sank in den letzten zehn Jahren um 17 bzw. 49 Prozent. Die regionale Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist in der Karte K1 dargestellt. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche betrug 2020 elf Prozent (Deutschland: 9,6 Prozent). Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte ist saisonal beschäftigt.

Verarbeitendes Gewerbe



Die Industrie erwirtschaftete 2021 rund 105 Milliarden Euro Umsatz. Das Umsatzplus im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden betrug 17 Prozent (Deutschland: +12 Prozent). Im Ausland wurden 54 Prozent der Umsätze erzielt (Deutschland: 48 Prozent). Umsatzstärkste Industriebranche ist die Chemische Industrie, an zweiter Stelle steht der Fahrzeugbau. Rund 292 000 Menschen arbeiteten 2021 in der Industrie, das waren 0,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Energie



Fünf Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs entfielen 2020 auf Rheinland-Pfalz. Der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Deckung des Primärenergieverbrauchs stieg auf 15 Prozent. Auf „Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ entfielen 44 Prozent des Endenergieverbrauchs, auf die Industrie 32 Prozent und den Verkehr 24 Prozent. Die Chemische Industrie ist der größte Energieverbraucher im Verarbeitenden Gewerbe. Die Kohlendioxid-Emissionen aus der Stromerzeugung gehen langfristig zurück.

Im Jahr 2021 stiegen die Umsätze im Ausbaugewerbe deutlich, während das Bauhauptgewerbe stagnierte. Mehr als die Hälfte der Erlöse im Bauhauptgewerbe stammten 2020 aus dem Bau von Gebäuden sowie dem Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken. Die Beschäftigungsentwicklung war 2020 uneinheitlich, es gab einen höheren Personalstand im Bauhauptgewerbe, aber weniger Beschäftigte im Ausbaugewerbe. Das Investitionsvolumen entwickelte sich 2020 im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe positiv (+3,4 Prozent bzw. +6,2 Prozent).

Baugewerbe



Ende 2021 belief sich der Wohngebäude- und Wohnungsbestand auf 1,2 Millionen Wohngebäude und 2,1 Millionen Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Mit 52,6 Quadratmetern lag die Wohnfläche pro Kopf sechs Quadratmeter über dem Bundesdurchschnitt. Von den rund 12 100 Baugenehmigungen im Wohnbau betrafen 63 Prozent Neubauten und 27 Prozent Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. In neun von zehn Fällen sind private Haushalte Bauherren. Fast zwei Drittel der 2021 fertiggestellten Wohngebäude waren Einfamilienhäuser (Neubauten und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Bautätigkeit



Rund 28 000 bzw. 17 Prozent aller Unternehmen zählten 2019 zum Handwerk. Die Handwerksunternehmen erwirtschafteten insgesamt 30,8 Milliarden Euro Umsatz und hatten 253 100 Beschäftigte. Von den Unternehmen gehörten 80 Prozent zum zulassungspflichtigen Handwerk. Mehr als die Hälfte der Unternehmen waren im Baugewerbe tätig. Im Vergleich zu 2010 ging die Zahl der Unternehmen um acht Prozent zurück, während sich der Umsatz um rund 30 Prozent erhöhte. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge war 2021 erneut rückläufig. Häufigster Beruf

Handwerk



K1 Regionale Schwerpunkte der landwirtschaftlichen Erzeugung

Gemüse



Wein



Rinder

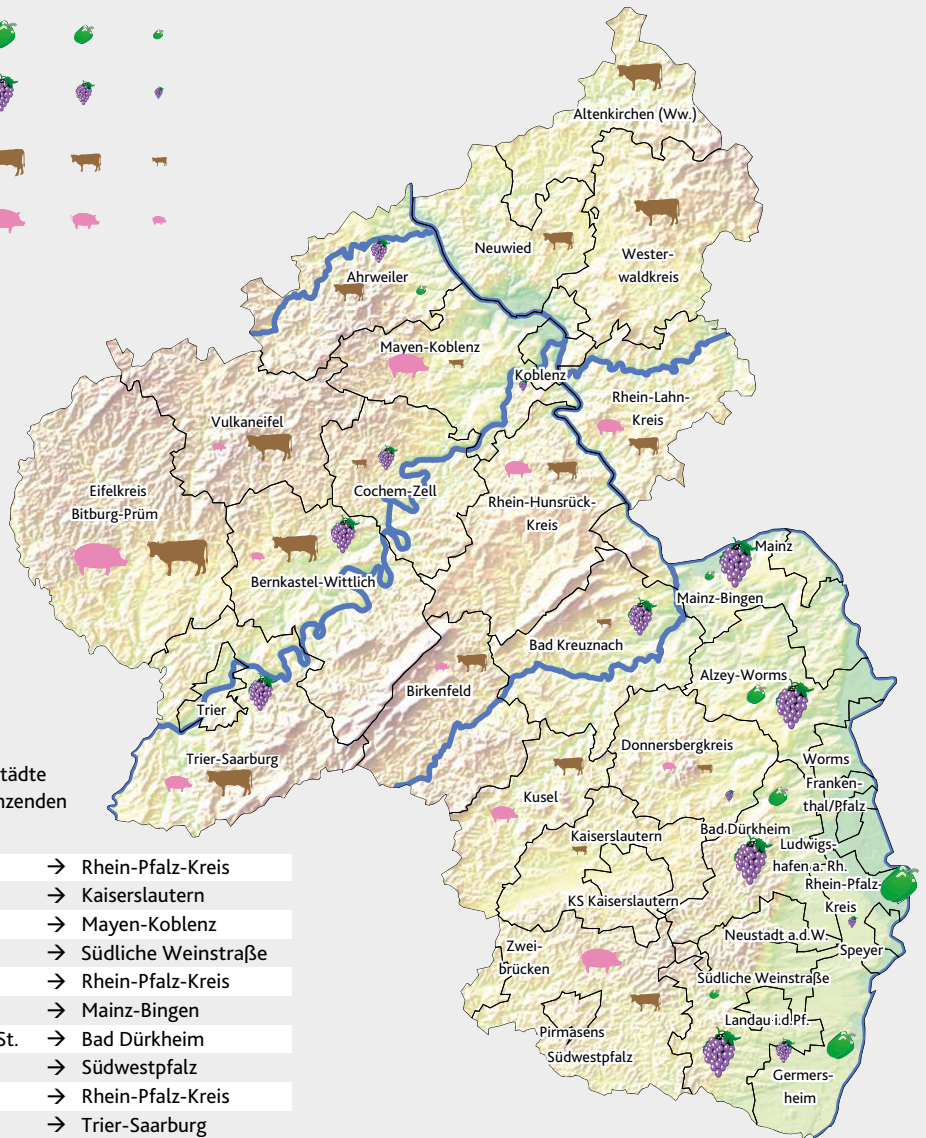


Schweine



Zuordnung der kreisfreien Städte
zu dem überwiegend angrenzenden
Landkreis

Frankenthal (Pfalz), St.	→ Rhein-Pfalz-Kreis
Kaiserslautern, St.	→ Kaiserslautern
Koblenz, St.	→ Mayen-Koblenz
Landau i. d. Pfalz, St.	→ Südliche Weinstraße
Ludwigshafen a. Rh., St.	→ Rhein-Pfalz-Kreis
Mainz, St.	→ Mainz-Bingen
Neustadt a. d. Weinstr., St.	→ Bad Dürkheim
Pirmasens, St.	→ Südwestpfalz
Speyer, St.	→ Rhein-Pfalz-Kreis
Trier, St.	→ Trier-Saarburg
Worms, St.	→ Alzey-Worms
Zweibrücken, St.	→ Südwestpfalz



im zulassungsfreien Handwerk war der der Gebäudereinigerin bzw. des Gebäudereinigers.

Binnenhandel



Nach einem realen Umsatzzanstieg im Coronajahr 2020 gingen die Erlöse im Einzelhandel 2021 etwas zurück (−0,7 Prozent). Im Kraftfahrzeughandel (einschließlich Reparatur und Instandhaltung) kam es trotz positivem realem Umsatzzanstieg (+1,2 Prozent) zu

einem Beschäftigungsabbau (−2,2 Prozent).

Das Gastgewerbe musste auch im zweiten Coronajahr einen kräftigen realen Umsatzzrückgang und ein Beschäftigungsminus hinnehmen (−6,1 bzw. −7,2 Prozent) hinnehmen. Im Großhandel blieb der reale Umsatz 2021 nahezu unverändert. Der Anteil der tätigen Inhaberinnen und Inhaber an den gesamten

... und Gastgewerbe

Beschäftigten war im Gastgewerbe und im Kraftfahrzeughandel (einschließlich Reparatur und Instandhaltung) am höchsten.

Tourismus



Auch 2021, im zweiten Coronajahr, kam es im Tourismus zu deutlichen Rückgängen. Die Gäste- und Übernachtungszahlen sanken um elf bzw. 7,9 Prozent. Dabei waren die Rückgänge bei den Übernachtungen der ausländischen Gäste (–19 Prozent) mehr als dreimal so hoch wie bei den Gästen aus dem Inland. Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau 2019 betrug das Minus 46 bzw. 38 Prozent. Nach moderaten Einbußen im ersten Jahr der Pandemie mussten die Camping- und Reisemobilplätze 2021 die größten Rückgänge hinnehmen (–29 Prozent).

Sonstige Dienstleistungen



Handel, Kfz-Handel und Gastgewerbe erwirtschafteten 2020 insgesamt zwölf Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung; auf die sonstigen Dienstleistungsbereiche entfielen 54 Prozent. Umsatzstärkster Dienstleistungsbereich war mit einem Anteil von 17 Prozent der Großhandel. Fast 13 Prozent der Unternehmen waren 2020

im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ tätig. Der Großteil der Dienstleistungsbereiche ist mit weniger als zehn Beschäftigten kleinbetrieblich strukturiert.

Rund 154 300 Unternehmen hatten 2020 ihren Sitz in Rheinland-Pfalz (–5,6 Prozent). Die Zahl der abhängig Beschäftigten ging um knapp ein Prozent auf 1,45 Millionen zurück. Rund ein Viertel der Beschäftigten arbeitete im Verarbeitenden Gewerbe. Im Jahr 2021 wurden 33 600 Gewerbeanmeldungen und 27 700 Gewerbeabmeldungen registriert. Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren ging aufgrund der temporären Aussetzung der Insolvenzantragspflicht deutlich zurück: Nur 508 Unternehmen meldeten Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (2020: 622 Unternehmen).

Unternehmen

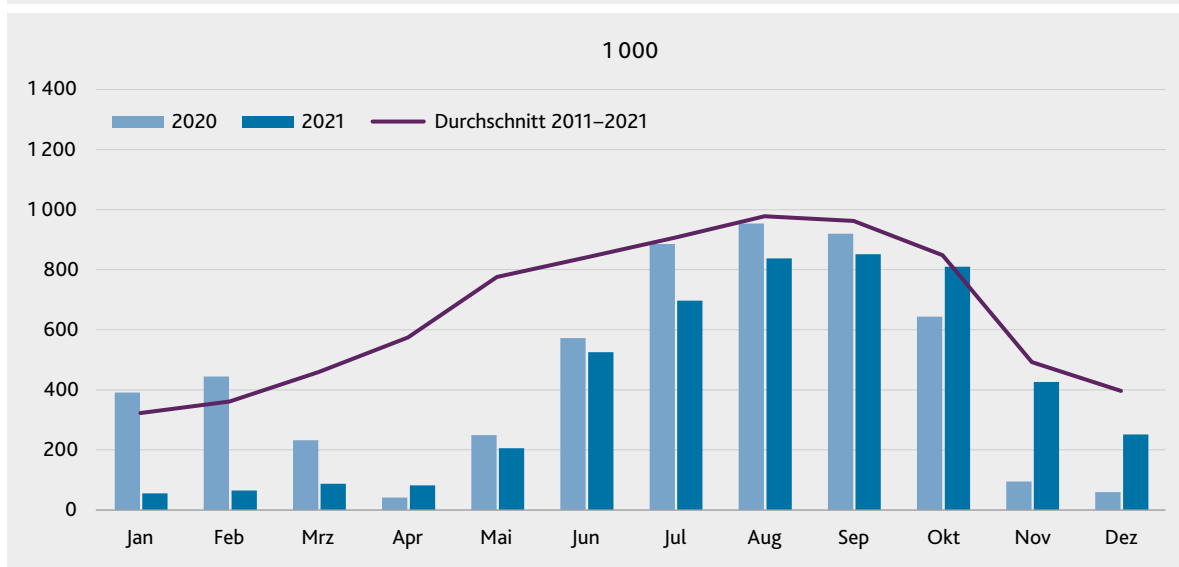


Nach dem deutlichen Rückgang der Straßenverkehrsunfälle im ersten Coronajahr 2020 (–15 Prozent), kam es 2021 wieder zu einem leichten Anstieg (+2 Prozent). Insgesamt 15 455 Menschen verunglückten 2021 bei

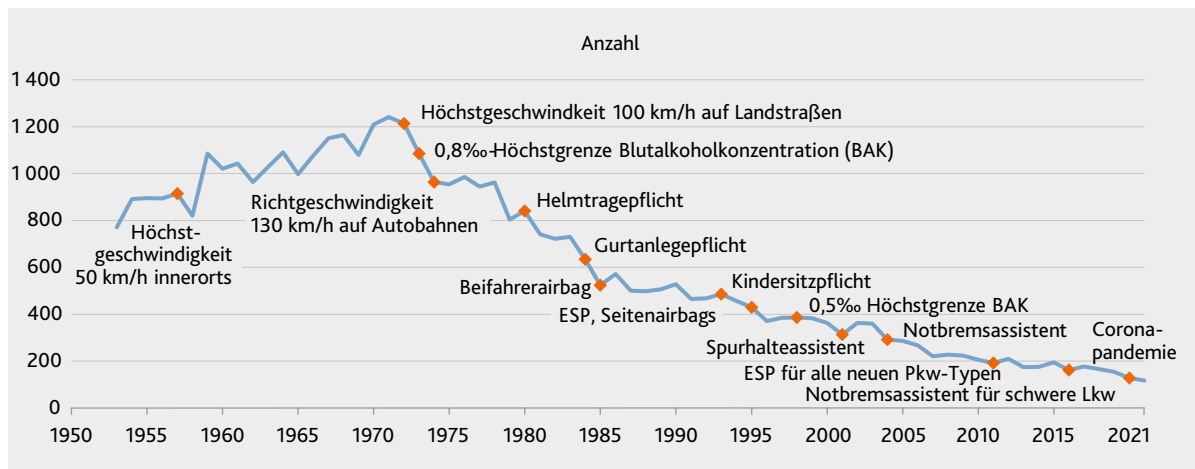
Verkehr



G4 Gästeankünfte 2020 und 2021 nach Monaten



G5 Getötete im Straßenverkehr 1953–2021



Straßenverkehrsunfällen (–6,1 Prozent), 117 Menschen verloren ihr Leben (–16 Prozent). Bedeutendster rheinland-pfälzischer Binnenhafen ist Ludwigshafen mit einem Güterumschlag von 7,2 Millionen Tonnen im Jahr 2021. Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen ging 2021 das zweite Jahr in Folge zurück (–9,4 Prozent). Rund die Hälfte der Neuzulassungen haben alternative Antriebe (+21 Prozentpunkte), 35 Prozent davon sind reine Elektrofahrzeuge. Zu Beginn des Jahres 2022 betrug der Kraftfahrzeugbestand 2,6 Millionen Pkw – darunter fast fünf Prozent mit alternativen Antrieben.

Ausblick

Nutzerorientierung und Medienwandel

Das Veröffentlichungsprogramm wurde in den letzten Jahrzehnten immer wieder an die veränderten Nutzeransprüche und die technischen Möglichkeiten angepasst. Heute wird häufig auf den Druck von Publikationen verzichtet und Informationen online veröffentlicht. Damit stehen die Inhalte den Nutzerinnen und Nutzern jederzeit und interessenorientiert zur Verfügung. Auch in Zukunft werden die Verbreitungswege fortwährend angepasst, um unserer Aufgabe als moderner und zuverlässiger Informationsdienstleister

auf bestmögliche Weise gerecht zu werden und den Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung, Politik und Wissenschaft unsere Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“.

Bestellung und Download

Das Statistische Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2022 ist in gedruckter Form (kartoniert, gebunden) zum Preis von 18 Euro einschließlich Versand erhältlich. Die PDF-Datei steht – als Gesamtdatei sowie kapitelweise – zum kostenfreien Download bereit.



Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz Vertrieb
56128 Bad Ems



02603 71-2450



vertrieb@statistik.rlp.de



www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistisches-jahrbuch



Veröffentlichungsprogramm

Zusätzlich zum Statistischen Jahrbuch bietet das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ein breites Veröffentlichungsprogramm, das unser Internetangebot ergänzt und zum Download bereitsteht:

- **Statistische Monatshefte** bieten neben informativen Kurzmeldungen ausführliche Berichte und Analysen
- **Broschüre Rheinland-Pfalz heute** mit zentralen Zahlen zu vielen Lebensbereichen der Menschen in Rheinland-Pfalz
- **Faltblätter** zu folgenden Themen: Frauen in Rheinland-Pfalz, Mikrozensus, Tourismus, Verbraucherpreisindex, Landwirtschaft und Weinbau
- **Konjunktur aktuell** (online) enthält zentrale Konjunkturindikatoren und das vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt
- **Statistische Analysen** vertiefen ausgewählte Themen wie Wirtschaft, Bildung, Bevölkerungsentwicklung oder Wahlen
- **Regionalveröffentlichung „Kreisfreie Städte und Landkreise“ und Kommunaldatenprofil** ermöglicht regionale Vergleiche für ausgewählte Merkmale



Industrieinvestitionen 2021



Von Petra Wohnus

Nach dem Rückgang der Bruttonanlageinvestitionen 2020 im Zuge der Coronapandemie meldeten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 2021 wieder ein größeres Investitionsvolumen. Dennoch lagen die Investitionen in Höhe von 3,2 Milliarden Euro noch um 6,4 Prozent unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019. In den einzelnen Branchen führte die Coronapandemie zu unterschiedlichen Entwicklungen. Entgegen den Verläufen in den meisten Wirtschaftszweigen sank das Investitionsvolumen in der umsatzstarken Chemischen Industrie erst im zweiten Coronajahr 2021.

Investitionen – bedeutend für die Wohlstandssicherung

Modernisierung des Kapitalstocks ist wichtiger Faktor

Die Bedeutung von Investitionen in Sachanlagen und Immobilien für die Wirtschaft und Gesellschaft sind allgemein anerkannt. Öffentliche und private Investitionen tragen zur Modernisierung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks¹ bei und sind in Zeiten mit ständig wachsendem internationalem Wettbewerbsdruck und sich verändernden Rahmenbedingungen eine bedeutende Stellgröße.

Auf einzelbetrieblicher Ebene sind sie in ähnlicher Weise ein Einflussfaktor für den unternehmerischen Erfolg. Sich ständig wandelnde Anforderungen im betrieblichen Umfeld, sowie der Erhalt der Konkurrenzfähigkeit, erfordern eine hohe Investitionsbereit-

schaft in das unternehmerische Sachkapitel. Nur auf diesem Weg können Unternehmen einen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand leisten. Die in diesem Zusammenhang wichtige Unterscheidung der Investitionen in sogenannte Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen kann mit dem vorliegenden Datenmaterial nicht aufgezeigt werden. Während erstgenannte dem Erhalt des Anlagevermögens dienen und damit gewährleisten, dass unter sonst gleichen Bedingungen das Outputniveau beibehalten werden kann, sorgen die Erweiterungsinvestitionen für eine Zunahme der Sachanlagen. Die erweiterten Kapazitäten schaffen die Grundlage für einen Ausbau der Produktion und ermöglichen somit ein quantitatives Wirtschaftswachstum.

Investitionen sind nötig zum Unternehmenserhalt

Im Fokus dieses Beitrags stehen die Bruttonanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe. Diese bilden die Summe aus

1 Unter dem Kapitalstock wird das vorhandene Sachkapital für Produktionszwecke, wie Maschinen, technische Anlagen, Fabrikgebäude usw., verstanden.

kapazitätserhaltenden sowie Erweiterungsinvestitionen. Damit spielen sie neben den öffentlichen Investitionen eine bedeutende Rolle, wenn es um den Erhalt, Aufbau und die Erneuerung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks geht.

Der Beitrag basiert auf der Investitions-erhebung im Verarbeitenden Gewerbe. Auskunftspflichtig sind hier Unternehmen (Rechtliche Einheiten)² und Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. Wegen des hohen Deckungsgrades der genannten Wirtschaftszweige mit der Industrie werden im Folgenden die Begriffe „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Industrie“ synonym verwendet.

Langfristige Entwicklung zeigt Zunahme

Höchststand
im Jahr 2018

In der langfristigen Betrachtung von 1995 bis 2021 stieg das Volumen der Bruttoanlageinvestitionen um rund 21 Prozent auf ein Gesamtvolumen von 3,2 Milliarden Euro. Diese Zunahme wird allerdings von den Einflüssen der Coronapandemie konterkariert, im Zuge derer die allgemeine Investitionstätigkeit nachgelassen hat. Im Vergleich zu den Ergebnissen 2019 vor Beginn der Pandemie erhöhten sich die Investitionen seit 1995 um 29 Prozent. Der Höchststand wurde 2018 erreicht: Das Investitionsvolumen lag mit 3,6 Milliarden Euro rund 35 Prozent höher als 1995.

Die langfristige Entwicklung zeigt den für die Investitionen typischen schwankenden Verlauf: Nach Jahren mit einem höhe-

ren Investitionsvolumen folgen Jahre mit einem geringeren Niveau. Noch deutlicher wird diese Volatilität bei einem Vergleich mit dem größtenteils „stetig“ verlaufenden Bruttoinlandsprodukt.

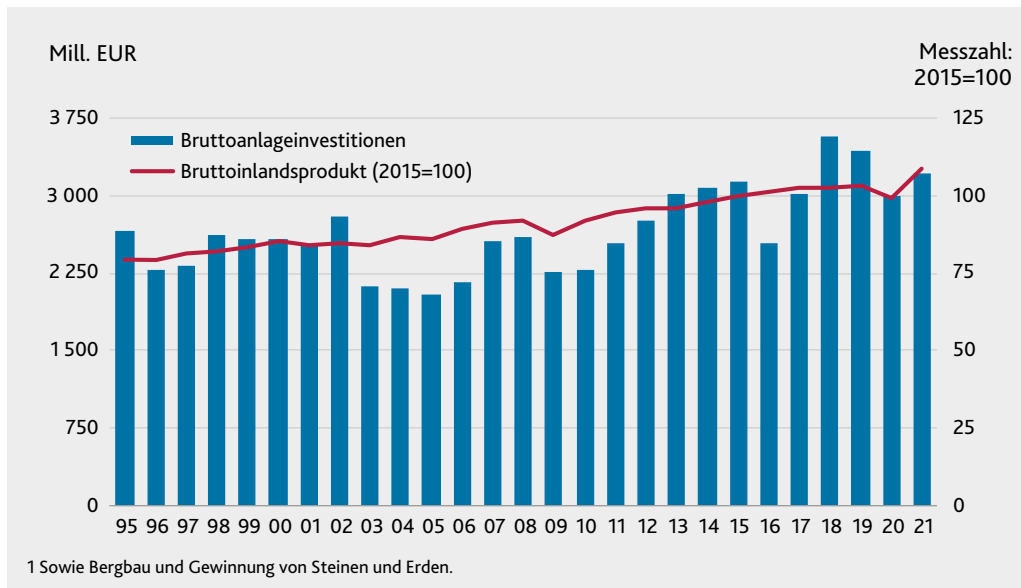
Verursacht wird das Auf und Ab der Investitionsmittel häufig durch konjunkturelle Veränderungen. Deutlich zu erkennen ist der Einfluss von wirtschaftlichen Krisen. Diese führten in der Zeitreihe immer wieder zu Eintrübungen. So zeigten sich z. B. deutliche Einschnitte im Nachgang zur „Dotcom-

Wirtschaft-
liche Krisen
dämpfen
Investitions-
bereitschaft

Info

Investitionen werden in dieser Statistik definiert als Wert der nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen im jeweiligen Geschäftsjahr. Sie umfassen somit Ersatz- und Neuinvestitionen (einschließlich aktivierbarer Großreparaturen und aktivierter geringwertiger Wirtschaftsgüter sowie selbst erstellter und im Bau befindlicher Anlagen). Bei den Rechtlichen Einheiten werden folgende Merkmale erhoben: Investitionen nach Arten, gemietete und gepachtete Sachanlagen, die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Sachanlagen sowie die immateriellen Vermögensgegenstände (Konzessionen, Patente, erworbene Software). Bei den hier betrachteten Betrieben umfasst die Erhebung die Investitionen nach Arten sowie die gemieteten und gepachteten Sachanlagen. Die Auswertung erfolgt nach einzelnen Branchen und Größenklassen. Die Ergebnisse werden auch zur Bestimmung der Bruttoanlageinvestitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung benötigt. Zudem dienen sie zur Erfüllung der Datenanforderungen an die EU.

2. Unter einer Rechtlichen Einheit wird in der deutschen amtlichen Statistik die kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und bilanziert.

G1 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 1995–2021

Blase“ zu Beginn des neuen Jahrtausends. Ein weiterer gravierender krisenbedingter Rückgang ist infolge der Finanzmarktkrise 2008/09 festzustellen. Die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe reduzierten in diesen Jahren ihre Investitionsmittel um deutliche 13 Prozent; die wirtschaftliche Abkühlung gemessen am Bruttoinlandsprodukt lag bei fünf Prozent.

Pandemiebeginn führt 2020 zu einem deutlichen Rückgang

Eine weitere spürbare Abnahme des Investitionsvolumens gab es nach dem Auftreten des Covid-19-Erregers. Im Vergleich zu 2019 wurden im Folgejahr knapp 13 Prozent weniger Investitionen getätigt. Im Jahr 2021 stiegen die investierten Mittel der Industrieunternehmen zwar wieder an; lagen aber immer noch um 6,4 Prozent unter dem Vorkrisenwert im Jahr 2019. Das Bruttoinlandsprodukt nahm dagegen von 2019 bis 2021 um fünf Prozent zu. Der zurückhaltende Anstieg der Industrieinvestitionen trotz des deutlichen Wirtschaftswachstums zeigt die multifaktorielle Abhängigkeit der Investitionen von mehreren Einflussgrößen.

Neben der gegenwärtigen Wirtschaftslage spielen auch die Finanzierungskosten sowie die zukünftige Wirtschaftsentwicklung eine Rolle.

Großteil der Investitionen fließt in Maschinen und Anlagen

In Bezug auf den Einsatz der Investitionsmittel werden zwei Arten von Investitionen unterschieden: Die erste Kategorie umfasst Maschinen und maschinelle Anlagen einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung. Zur zweiten zählen Investitionen in Grundstücke und Gebäude (Immobilieninvestitionen). Mit einem Volumen von knapp 2,9 Milliarden Euro wurde 2021 der größte Teil der Finanzmittel in Maschinen und maschinelle Anlagen investiert. Dies entspricht einem Anteil von rund 89 Prozent. Im Durchschnitt des Zeitraumes 1995 bis 2021 lag der Anteil der Maschinen und maschinellen Anlagen bei 88 Prozent der Finanzmittel. Die Spannweite reicht dabei von 82 Prozent

Durchschnittlicher Investitionsanteil in Maschinen und Anlagen liegt bei 88 Prozent

im Jahr 2015 bis zum Höchstwert von 91 Prozent im Jahr 2003. Das Investitionsvolumen in Grundstücke und Gebäude umfasste von 1995 bis 2021 durchschnittlich zwölf Prozent an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Die Anteile der Immobilieninvestitionen bewegen sich in einer Bandbreite von 8,9 bis 18 Prozent.

Höhere Investitionsrückgänge bei Maschinen und Anlagen

Die Eintrübungen zwischen 2019 und 2020 aufgrund der Coronapandemie setzten den Investitionen in Maschinen und Anlagen deutlicher zu als die Abnahmen beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden. Im Vergleich zu 2019 wurden 2020 rund 398 Millionen weniger in Maschinen und Anlagen investiert (–13 Prozent); bei den Immobilieninvestitionen beliefen sich die Rückgänge auf 35 Millionen (–8,4 Prozent). In ähnlicher Größenordnung verliefen die Rückgänge im Zuge der Finanzmarktkrise 2008/09: Das Investitionsvolumen in Maschinen und

Anlagen ging um 14 Prozent zurück und das in Grundstücke und Bauten um 7,6 Prozent. Damit weisen die Immobilieninvestitionen während dieser beiden Krisen eine geringere Konjunktursensibilität auf als die Sachkapitalinvestitionen.

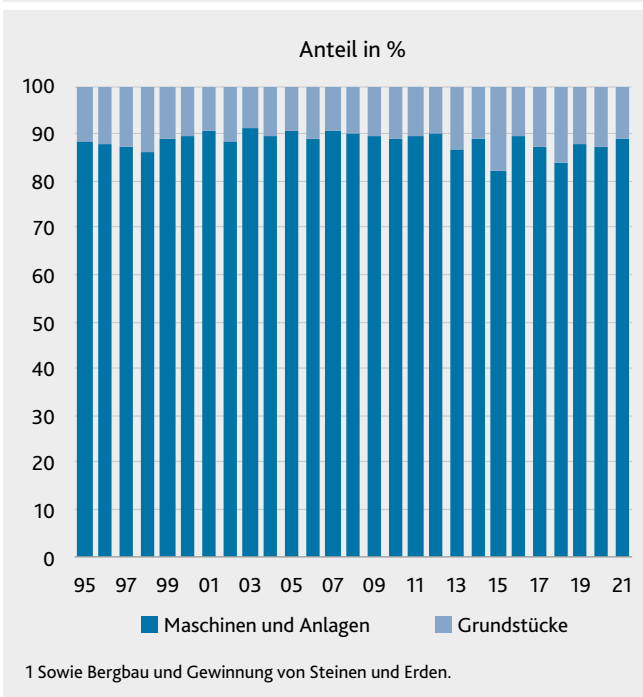
Investitionsquote mit abnehmender Tendenz

Werden die Investitionen ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt, ergibt sich die sogenannte Investitionsquote. Sie gibt den Prozentteil des Umsatzes an, der im weiteren Sinne wieder in den betrieblichen Prozess zurückfließt und lässt damit Rückschlüsse auf das betriebliche Investitionsverhalten zu.

Im Jahr 2021 entsprach das Investitionsvolumen in Höhe von 3,2 Milliarden Euro rund 3,1 Prozent des erzielten Umsatzes. In einem 15-Jahres-Vergleich führte die Ausweitung der Investitionsmittel um knapp 50 Prozent zu einer Zunahme der Investitionsquote um 0,2 Prozentpunkte. Insgesamt bewegt sich die Quote in einem Korridor von 2,8 bis 3,5 Prozent. Erwartungsgemäß unterliegt diese Größe ebenfalls Schwankungen und der Entwicklungsverlauf ähnelt dem der Investitionen. Den Höhepunkt in den letzten 15 Jahren erreichte die Investitionsquote 2019 mit einem Wert von 3,5 Prozent. Im Laufe der Coronapandemie kam es zu einem Rückgang auf 3,3 Prozent im Jahr 2020. Trotz der Zunahme der Investitionsmittel fällt die Investitionsquote 2021 mit 3,1 Prozent geringer aus, da die Umsätze mit +17 Prozent deutlich stärker angewachsen sind. Während der Finanzmarktkrise nahm die Investitionsquote von 2008 auf 2009 sogar zu. Der Grund lag in einem stärkeren Rückgang des Umsatzes gegenüber dem Investitionsvolumen.

Höchste Investitionsquote im Jahr 2019

G2 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 1995–2021



Investitionsquote in Deutschland höher

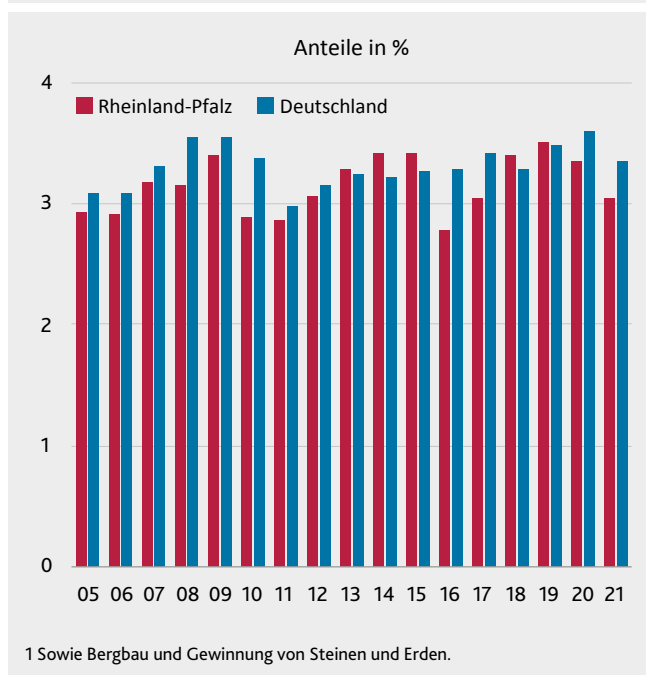
Bundesweit investierten die Industriebetriebe 2021 knapp 62 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2006 lag der Zuwachs bei 27 Prozent und fiel damit deutlich geringer aus als die Zuwächse in Rheinland-Pfalz. Die Investitionsquote betrug 2021 in Deutschland 3,4 Prozent. In der langfristigen Betrachtung seit 2006 lag die gesamtdeutsche Investitionsquote mit Ausnahme von drei Zeitpunkten (2014, 2015 und 2018) immer höher als die Quote in Rheinland-Pfalz. Das rheinland-pfälzische Investitionsverhalten fällt somit im gesamtdeutschen Vergleich zurückhaltender aus. Unterschiede zeigten sich auch bei der Entwicklung während der Coronapandemie. Bundesweit reduzierten sich die betrieblichen Investitionen 2020 zu 2019 um knapp 14 Prozent und damit um rund einen Prozentpunkt mehr als in der rheinland-pfälzischen Industrie. Allerdings fiel der bundesweite Umsatzrückgang geringer aus, sodass es hier zu einem Anstieg der Investitionsquote auf einen Wert von 3,6 Prozent im Coronajahr 2020 kam. Aufgrund der gleichen Größenkonstellationen wie in Rheinland-Pfalz – stärkerer Anstieg der Umsätze und niedrigere Zunahme der Investitionen – reduzierte sich die Investitionsquote 2021.

Investitionsintensität nimmt zu

Investitionsintensität 2021 bei 11 000 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten

Eine weitere Größe, die Aufschlüsse auf das Investitionsverhalten im Verarbeitenden Gewerbe gibt, ist die sogenannte Investitionsintensität. Die Bezugsgröße bilden hier die Beschäftigten. Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 11 000 Euro je Industriebeschäftigte bzw. -beschäftigten in das betriebliche Sachanlagevermögen sowie Grundstücke investiert. Im langfristigen Vergleich der letzten 15 Jahre ist die Investitionsintensität je Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter mit

G3 Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2005–2021



+39 Prozent deutlich angestiegen. Allerdings wirkt sich hier das niedrige Ausgangsniveau 2006 aus. Ausgehend vom Jahr 2007, mit einem deutlich höheren Investitionsvolumen je Beschäftigte bzw. Beschäftigten von 9 000 Euro, halbiert sich die Zuwachsrate im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2021 in etwa (+21 Prozent). Die aufwärts gerichtete Tendenz wird in den Jahren der Finanzmarktkrise, dem Jahr 2016 sowie der Coronakrise durchbrochen. Der Höchstwert vor Einsetzen der Covid-19-Pandemie liegt in 2018, dem Jahr mit dem größten Investitionsvolumen. Hier lag die Investitionsintensität bei rund 12 000 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten.

Höchstwert im Jahr 2018

In Deutschland lag die Investitionsintensität 2021 bei knapp 10 000 Euro je Industriebeschäftigte bzw. -beschäftigten und damit um rund 1 000 Euro niedriger als der rheinland-pfälzische Vergleichswert. Im langfristigen Vergleich übertrifft die Zunahme der Investitionsintensität in Rheinland-Pfalz

Investitionsintensität in Deutschland niedriger

den Deutschlandwert: Von 2006 bis 2021 nahm das Investitionsvolumen in Bezug auf die Beschäftigtenzahl um 21 Prozent zu. In dem um ein Jahr verkürzten Zeitraum steht der 21-prozentigen Zunahme in Rheinland-Pfalz ein Plus von 7,9 Prozent in Deutschland gegenüber. Eine detaillierte Betrachtung der letzten 15 Jahre zeigt, dass die Investitionsintensität in Deutschland nur von 2006 bis 2008 sowie 2011 und 2016 höher ausfällt. In den anderen Jahren lag die Investitionssumme je Beschäftigte bzw. Beschäftigten in Rheinland-Pfalz höher. Zudem fallen in diesen Jahren die Abweichungen zwischen der rheinland-pfälzischen und deutschen Investitionssumme größtenteils höher aus als in den anderen Jahren.

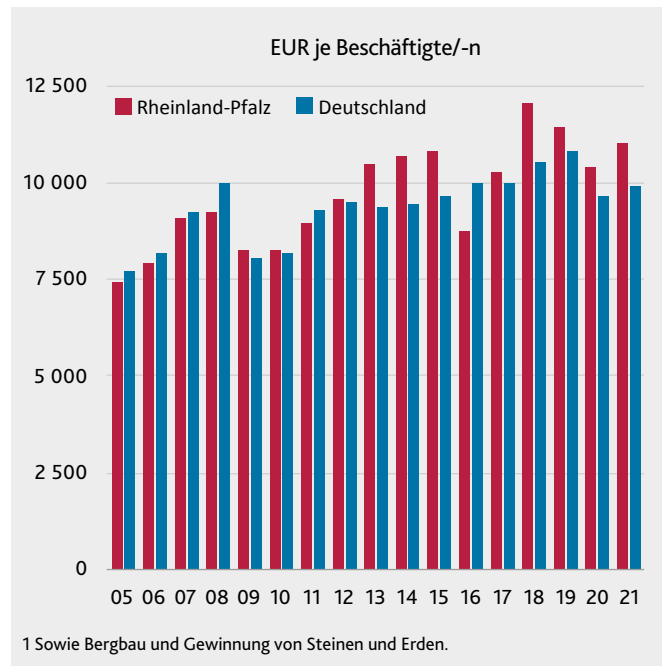
Chemische Industrie mit höchstem Investitionsanteil

Ein Viertel des Investitionsvolumens entfällt auf Chemische Industrie

Nahezu ein Viertel des Investitionsvolumens wurde 2021 von der umsatzstarken Chemischen Industrie aufgebracht. Insgesamt investierten die Hersteller chemischer Erzeugnisse 775 Millionen Euro in Maschinen, Anlagen und Immobilien. Die anderen Wirtschaftszweige folgen in dem Ranking der Investitionsausgaben mit deutlichem Abstand. Den zweiten Platz belegen mit einem knapp zehnprominenten Anteil die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren. Acht Prozent der Investitionsausgaben wurden von den Betrieben im Maschinenbau erbracht.

Ein Strukturvergleich der rheinland-pfälzischen Investitionsausgaben 2021 mit denen im gesamten Bundesgebiet zeigt die unterschiedlichen Investitionsschwerpunkte: Während in Rheinland-Pfalz der Großteil der Mittel in der Chemischen Industrie investiert wurde, war es bundesweit der

G4 Investitionsintensität im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2005–2021

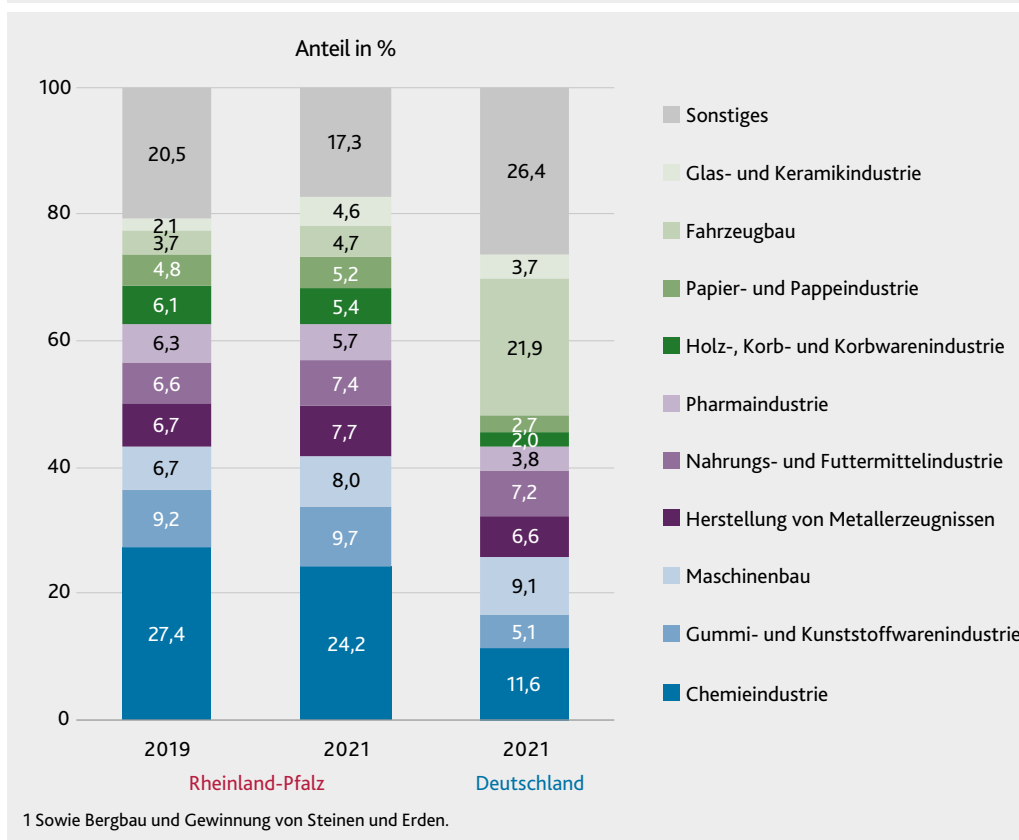


Fahrzeugbau (Anteil: 22 Prozent). Deutschlandweit folgt die Chemische Industrie mit einem Anteil von zwölf Prozent erst an zweiter Stelle, vor dem Maschinenbau mit einem neunprozentigen Investitionsanteil.

Ebenfalls aussagekräftig in Bezug auf das branchenspezifische Investitionsverhalten ist die Investitionsquote in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Infolge der Relativierung der Investitionsausgaben am Umsatz zeichnet sich ein anderes Bild im Hinblick auf die Investitionsbereitschaft. Danach führen die Hersteller von Holz- und Korbwaren das Ranking an. Die Investitionsquote lag hier 2021 bei 7,8 Prozent. Über der Fünf-Prozent-Marke bzw. nahe daran befand sich die Investitionsquote in der Gummi- und Kunststoffwarenherstellung und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln. Die Chemische Industrie mit dem höchsten Investitionsvolumen liegt bei dieser Betrachtung mit einer Investitionsquote von 2,5 Prozent

Höchste Investitionsquote bei Herstellern von Holz- und Korbwaren

G5 Investitionen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2019 und 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



unter dem Durchschnittswert der rheinland-pfälzischen Industrie von 3,1 Prozent. Eine besonders niedrige Investitionsbereitschaft weisen die Kraftfahrzeugindustrie sowie die Reparatur und Installation von Maschinen auf (1,1 bzw. 1,4 Prozent).

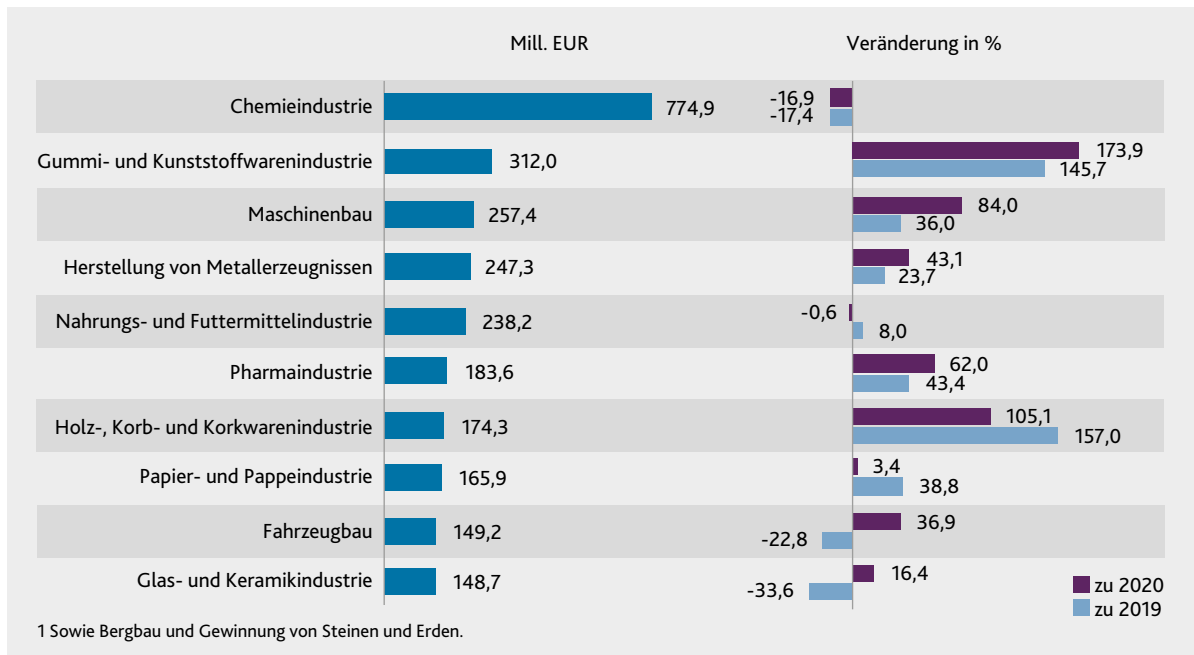
Coronapandemie trifft Wirtschaftszweige unterschiedlich

Drei Wirtschaftszweige 2020 mit mehr Investitionsausgaben

Die rückläufigen Entwicklungen im Zuge der Coronapandemie schlugen sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich nieder. Entgegen der nachlassenden Investitionsausgaben in den meisten Wirtschaftszweigen im Jahr 2020 stockten die Hersteller von Holz- und Korbwaren, die Papier- und Pappehersteller sowie die Nahrungs- und Futtermittelindustrie ihre Inves-

titionsmittel auf. Die Papier- und Pappeindustrie verbuchte ein Plus von 34 Prozent, die Holz- und Korbwarenhersteller von 25 Prozent und die Nahrungs- und Futtermittelindustrie von 8,6 Prozent. Die umsatzstarke Chemische Industrie konnte im ersten Coronajahr 2020 das hohe Investitionsniveau nahezu halten und meldete ein nur um 5,6 Millionen niedrigeres Investitionsvolumen als 2019 (-0,6 Prozent). In den übrigen ausgewählten Wirtschaftszweigen nahmen die Investitionsausgaben von 2019 auf 2020 im zweistelligen Bereich ab. Mit einem Rücklauf von rund 58 Prozent war die Abnahme der Ausgaben für Investitionszwecke bei den Herstellern von elektrischer Ausrüstung besonders hoch. Die Rückgänge bei den Herstellern von Kraftfahrzeugen und

Hohes Investitionsniveau auch 2020 in der Chemieindustrie

G6 Investitionen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2021 nach bedeutendsten Wirtschaftszweigen

Kraftfahrzeugteilen sowie in der Glas- und Keramikindustrie folgten und überschritten die 40-Prozent-Marke (–44 bzw. –43 Prozent). Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Pharmaindustrie lagen mit Abnahmen in Höhe von zehn bzw. zwölf Prozent unter dem Landesdurchschnitt von 13 Prozent.

Deutliche Zunahmen im zweiten Coronajahr

Im darauffolgenden Jahr 2021 erhöhten die meisten Branchen ihre Investitionsmittel. Landesweit konnte eine Ausweitung der Ausgaben um 7,1 Prozent beobachtet werden. Die größte Zunahme erfolgte bei den Herstellern von Holz- und Korbwaren (+95 Prozent); also einer Branche, die bereits im ersten Coronajahr die Investitionsmittel aufstockte. Um knapp 52 Prozent verstärkten die Betriebe im Maschinenbau ihre Investitionsausgaben und überschritten damit das Vor-Corona-Niveau im Jahr 2019. Die Chemische Industrie, in der unmittelbar nach Einsetzen der Pandemie das Investitionsvolumen nur geringfügig

reduziert wurde, verbuchte 2021 mit –17 Prozent den größten Rückgang. Infolge dieser Entwicklungen lagen die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Wirtschaftszweig um 17 Prozent unter dem Volumen 2019.

Eine direkte Gegenüberstellung der Investitionsmittel 2021 mit denen vor Auftreten des Covid-19-Erregers zeigt, dass das Investitionsniveau 2021 noch niedriger liegt als 2019 vor dem Pandemieausbruch. Die Investitionssumme von 3,2 Milliarden Euro unterschreitet das Vor-Corona-Niveau um 6,4 Prozent. Bei der Betrachtung der 14 umsatzstärksten Wirtschaftszweige zeigt sich eine paritätische Aufteilung: In sieben Branchen fiel die Investitionssumme 2021 im Vergleich zu 2019 geringer aus; in der anderen Hälfte höher. Nahezu um den Faktor 2,5 erhöhten die Betriebe in der Holz- und Korbwarenherstellung ihre Investitionsmittel und führen damit das Ranking an. Mit deutlichem Abstand folgen die Hersteller

Im Jahr 2021 Vor-Corona-Niveau nicht erreicht

von Papier und Pappe (+32 Prozent). Den größten Rückgang im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau 2019 weisen die Hersteller elektrischer Ausrüstung auf (–52 Prozent). Hier konnte die Zunahmen 2021 die Rückgänge im ersten Pandemiejahr nicht kompensieren. Deutlich weniger Mittel flossen auch in der Glas- und Keramikindustrie (–34 Prozent) sowie in der Metallerzeugung und Metallbearbeitung und der Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen (–32 bzw. –31 Prozent).

Investitionsquote in Landkreisen 2021 höher als in kreisfreien Städten

Zwei Milliarden Euro Investitionsmittel in Landkreisen

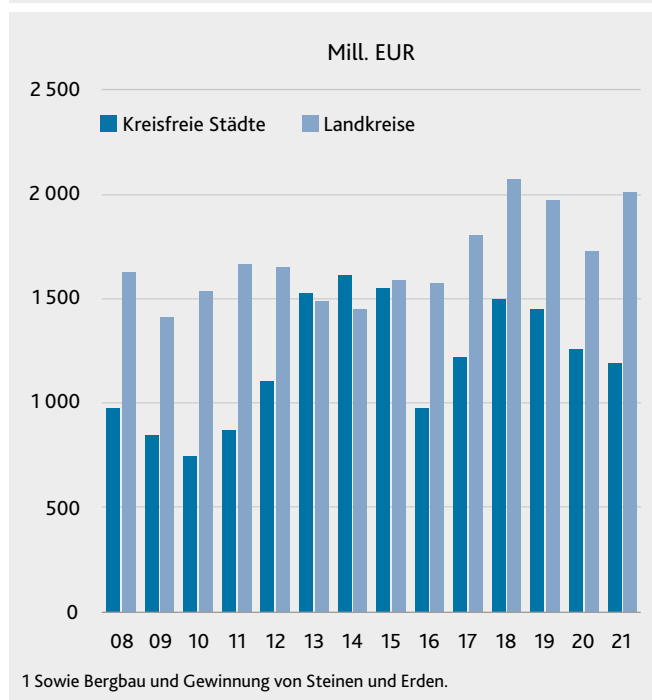
Die Investitionssumme in den rheinland-pfälzischen Landkreisen lag 2021 bei gut zwei Milliarden Euro. Gemessen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen waren das 63 Prozent. Mit einem Aufkommen von 57,6 Milliarden Euro wurde der Großteil der

Umsätze ebenfalls in den Industriebetrieben der Landkreise erwirtschaftet (Anteil: 55 Prozent). Die Investitionsquote lag 2021 in den Landkreisen bei 3,5 Prozent und in den kreisfreien Städten um einen Prozentpunkt niedriger bei 2,5 Prozent.

Ein Vergleich mit den Werten des Vor-Corona-Jahres 2019 zeigt abweichende Strukturen: Der Großteil der Umsätze und der Bruttoanlageinvestitionen wurde auch hier in den Betrieben der Landkreise generiert; allerdings waren die jeweiligen Anteile in den kreisfreien Städten und den Landkreisen ähnlich hoch. In der Folge fällt die Investitionsquote in beiden räumlichen Kategorien mit 3,5 Prozent gleich hoch aus und entspricht damit dem landesweiten Durchschnitt. Im direkten Vergleich der Investitionsquoten vor Eintreten der Pandemie 2019 und zwei Jahre später hat die Investitionsbereitschaft in den kreisfreien Städten nachgelassen.

Nachlassende Investitionsbereitschaft in den Städten

G7 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2008–2021 nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Auch 2022 neue Herausforderungen

Die bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu beobachtende zunehmende Lockerung der Beschränkungen im Umgang mit dem Coronavirus setzte sich 2022 fort. Abweichend hiervon ergriffen die chinesische sowie weitere asiatische Regierungen auch 2022 immer wieder drastische Ausgangsbeschränkungen. Aufgrund der ausgeprägten Einbindung des asiatischen Wirtschaftsraums in die internationale Arbeitsteilung führten diese immer wiederkehrenden Lockdowns zu Unterbrechungen in den Lieferketten, in deren Folge es immer wieder zu Produktionsausfällen und -verzögerungen in der heimischen Industrie kam. Negative Einflüsse gingen auch aus den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der

Ukraine und Russland hervor. Neben den schweren humanitären Folgen der russischen Invasion in die Ukraine waren die kriegerischen Handlungen auch mit Folgen für die Weltwirtschaft verbunden. Abrupt auftretende Engpässe im Lebensmittel- sowie Energiebereich führten zu Preissteigerungen, die deutlich über der anvisierten Zwei-Prozent-Marke der Europäischen Zentralbank liegen. Im Zuge dieser Entwicklungen blieb die erhoffte Erholung im Produktionsbereich aus. Im Laufe des Jahres 2022 verzeichnete der Produktionsindex lediglich in den ersten drei Monaten eine Aufwärtsbewegung. Mit Ausnahme einer einmaligen Zunahme im

September waren die Werte des Produktionsindex im weiteren Verlauf rückläufig.

Damit hat sich die Ausgangslage für die Industriebetriebe 2022 nicht, wie erhofft, zu einem Besseren gewendet. In welchem Ausmaß sich diese Einflüsse tatsächlich auf das Investitionsverhalten niederschlagen, bleibt abzuwarten und kann mit dem Vorliegen der Jahresergebnisse für 2022 abgeschätzt werden.

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin,
ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 144
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 807	69 144
	27 027		



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 ^{1,2}	4 103 ^{1,2}	4 105	4 106	4 107	4 152	4 155	4 158	4 159
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	477 ^{1,2}	493 ^{1,2}	494	496	499	553	557	560	563

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 576	1 544	2 565	2 160	1 674	2 725	2 499	2 623	1 443
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 136	3 221	3 595	3 314	3 283	3 459	3 438	3 366	3 175
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	10,3	9,8	9,4	9,8	9,7	9,9	9,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 098	4 214	3 913	3 954	4 293	4 429	4 503	4 058	4 989
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	11,2	11,7	12,3	12,6	12,8	11,9	14,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	10	11	12	6	6	15	9	5
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,1	3,6	1,8	1,7	4,4	2,7	1,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-318	-640	-1 010	-970	-1 065	-692	-1 814
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-0,9	-1,9	-2,9	-2,8	-3,0	-2,0	-5,1

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	13 944	13 311	14 372	13 942	17 160	16 404	16 206
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	6 504	6 833	7 145	7 898	9 493	9 231	8 921
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	11 371	11 482	12 159	11 171	13 239	12 982	12 917
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	4 345	4 376	4 020	5 661	6 215	5 887	5 398
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	2 573	1 829	2 213	2 771	3 921	3 422	3 289
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 203	13 300	15 830	14 120	13 815	14 453	16 447	15 562	15 699

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 435	1 429	1 447	1 445	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480
* Frauen	1 000	667	667	677	674	677	689	689	689	691

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	178	183	190	195	193	200	208
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	431	429	434	439	442	444	448
* darunter Frauen	1 000	342	343	349	347	350	354	356	357	360
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	11	13	15	15	12	14	16
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	436	436	436	443	439	440	440
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	320	316	319	326	325	323	326
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	225	223	228	230	233	237	236	238	239
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	451	450	450	457	460	459	458

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2020	2021		2022				2023	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	98 458	104 619	103 157	102 312	102 452	109 973	110 611
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	44 066	46 100	45 351	47 878	47 248	50 104	50 047
Männer	Anzahl	66 055	61 853	54 392	58 519	57 806	54 434	55 204	59 869	60 564
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	55 862	48 647	40 222	44 775	43 984	38 533	39 833	44 649	44 731
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 051	63 490	58 236	59 844	59 173	63 779	62 619	65 324	65 880
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,0	4,4	4,6	4,6	4,6	4,6	4,9	4,9
* Frauen	%	4,9	4,7	4,2	4,4	4,3	4,5	4,5	4,7	4,7
* Männer	%	5,5	5,2	4,5	4,9	4,8	4,6	4,6	5,0	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	3,3	3,5	3,6	3,7	3,7	4,0	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	2,5	2,7	2,6	3,4	3,2	3,4	3,5
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	4,5	4,8	4,7	4,5	4,5	4,8	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,1	5,4	5,3	5,0	5,0	5,3	5,3
* Ausländer/-innen ⁹	%	13,1	12,1	10,5	11,2	11,1	12,6	12,5	13,5	13,5
Deutsche	%	4,2	4,0	3,5	3,8	3,7	3,4	3,4	3,7	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	104 908	66 290	32 962	39 312	37 218
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	30 971	37 337	42 054	42 085	43 624	44 937	43 451	42 804	43 736

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹²		Einheit	2020	2021			2022				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
*	Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	221 882	213 558	211 143	209 717	230 552	229 420	229 522	...
*	darunter Frauen	Anzahl	113 854	110 346	106 439	105 265	104 570	119 459	118 815	118 604	...
	davon										
*	erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	153 669	149 423	142 999	141 216	140 109	152 617	151 888	152 136	...
*	nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	62 673	59 122	57 593	56 966	56 698	65 340	65 017	64 953	...
*	darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	57 242	55 815	55 187	54 888	63 628	63 311	63 229	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	554	628	512	540	579	483	403	437	385
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	551	451	487	495	427	354	370	334
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	3	5	3	1	2	2	2
Unternehmen	Anzahl	70	66	37	43	86	52	41	96	87
private Haushalte	Anzahl	480	558	472	492	490	430	360	339	296
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	1 319	1 270	909	1 428	884	772	967	984
* Umbauter Raum	1 000 m ³	730	822	782	607	828	555	492	577	550
* Wohnfläche	1 000 m ²	135	154	143	113	159	105	91	111	111
Wohnräume	Anzahl	5 308	5 968	5 477	4 414	6 224	4 091	3 532	4 306	4 121
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	305	290	233	319	236	215	244	240

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	104	121	139	152	142	121	133	134	104
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	13	20	18	18	12	13	16	12
Unternehmen	Anzahl	68	76	65	88	74	65	69	65	53
private Haushalte	Anzahl	23	32	54	46	50	44	51	53	39
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	25	39	59	4	64	1	6	10
* Umbauter Raum	1 000 m ³	839	846	1 266	1 122	646	1 868	657	667	851
* Nutzfläche	1 000 m ²	168	117	160	146	96	200	80	88	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	127	126	170	180	164	88	133	575

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	1 575	1 543	1 202	1 668	1 263	1 029	1 213	1 148
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	7 038	6 468	5 655	7 212	5 452	4 481	5 209	4 887



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 443	11 053	11 539	11 964	10 805	10 527	10 919	11 276	10 465
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 415	1 890	1 281	1 233	1 345	1 658	1 183
darunter										
* Kälber	t	9	7	6	7	8	6	7	10	11
* Jungrinder	t	8	9	5	10	12	4	8	13	16
* Schweine	t	9 791	9 640	10 090	10 029	9 483	9 260	9 540	9 585	9 240
* Eierzeugung ²	1 000	19 395	21 737	20 412	19 809	20 672	23 511	23 508	23 580	23 603

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 025	1 024	1 025	1 023	1 019	1 020	1 020
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	257 903	255 993	257 581	257 466	256 647	261 249	261 211	260 882	259 998
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	31 638	32 765	29 469	32 693	30 763	33 358	29 396
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 109	1 526	1 178	1 136	1 155	1 572	1 283
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	8 442	8 704	8 858	10 339	9 240	9 891	8 884
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 844	4 549	4 703	4 988	4 495	5 732	5 227	5 371	4 501
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	2 289	2 390	2 710	2 404	2 272	2 508	2 868
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	90	103	85	113	99	101	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	1 360	1 222	1 567	2 090	1 642	1 912	1 425
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 602	2 801	2 650	3 067	2 757	2 789	2 444
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	1 130	1 195	1 348	1 084	1 029	1 171	1 265
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	4 808	4 935	4 948	5 548	4 942	5 226	5 073
Exportquote ⁶	%	55,6	56,4	57,0	56,7	55,9	53,7	53,5	52,8	57,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	142,0	134,6	132,9	107,3	92,1	104,1	87,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	102,9	121,3	116,9	83,9	82,0	85,3	80,9
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	182,2	150,7	137,1	96,9	85,0	99,2	89,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	178,7	209,1	186,8	255,2	208,0	245,0	214,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	145,8	122,0	177,5	229,1	151,0	187,3	99,5
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	102,0	110,7	108,4	73,3	73,9	70,5	68,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	209,6	169,2	137,8	88,9	57,8	77,0	60,5

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	170	170	171	171	170	171	171	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 084	10 083	10 163	10 156	10 168	10 367	10 381	10 411	10 403
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 228	1 246	1 233	1 306	1 136	1 289	1 197	1 351	1 144
* Entgelte ³	Mill. EUR	48	49	56	69	46	47	56	76	48

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	228	364	382	231	319	228	324
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	296	214	350	367	216	305	216	309

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	23 936	23 933	23 703	24 521	24 344	24 346	24 073
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	2 578	2 572	1 902	2 624	2 447	2 664	1 794
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	459	453	365	489	461	485	342
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	754	831	835	847	634	859	822	907	665
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	1 284	1 272	904	1 276	1 165	1 272	786
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	682	681	474	709	649	715	423
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	87	111	86	94	89	119	87

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Mill. EUR	365	363	399	453	480	426	416	519	489
Mill. EUR	73	68	79	80	87	88	78	98	98
Mill. EUR	125	135	126	153	177	139	148	186	162
Mill. EUR	166	160	193	220	215	198	190	234	229
Mill. EUR	82	83	106	114	114	108	106	136	115

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Anzahl	385	485	487	484	480	499	499	496	495
Anzahl	16 524	18 926	18 816	19 137	18 985	19 750	19 555	20 000	19 751
1 000 h	4 859	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745	5 611	5 754	5 637
Mill. EUR	149	170	166	168	184	171	181	184	198
Mill. EUR	537	588	552	609	747	506	637	653	853

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
2015=100	102,5	103,2	104,7	104,5	104,2	107,3	106,9	106,7	106,1
2015=100	109,9	117,7	126,7	129,2	126,3	148,1	153,3	141,4	137,8
2015=100	106,8	107,8	113,1	114,9	112,9	116,6	123,1	111,9	111,7

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	105,4	106,2	107,3	107,5	107,6	108,9	109,4	110,0	110,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	118,3	117,2	123,0	126,1	134,6	130,0	131,0	136,3	145,2
* Umsatz real ⁷	2015=100	112,4	108,8	113,0	115,8	123,2	107,3	107,0	111,5	118,5

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1,2}**

Kfz-Handel ^{p.2}	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,1	106,5	107,4	107,1	107,8	107,7	107,7	107,5
* Umsatz nominal ³	2015=100	115,7	120,6	131,4	135,3	122,4	133,0	131,9	149,9	140,5
* Umsatz real ³	2015=100	108,3	109,8	118,2	120,4	108,1	110,4	108,7	121,9	113,5

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	84,7	80,4	87,4	86,0	83,0	98,3	97,5	95,3	94,6
* Umsatz nominal ³	2015=100	76,8	75,7	114,4	92,0	75,3	125,2	125,4	103,3	98,7
* Umsatz real ³	2015=100	67,8	65,2	97,9	78,7	64,1	98,4	98,5	80,9	77,0

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	458	408	810	426	252	936	837	503	408
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	107	63	36	174	135	76	70
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	2 165	1 105	739	2 432	2 264	1 236	1 030
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	300	190	109	502	380	216	188

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 561	1 517	1 952	1 811	1 577	1 743	1 890	1 836	1 650
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 079	1 017	1 462	1 204	967	1 262	1 322	1 207	1 107
* Getötete Personen	Anzahl	11	10	14	10	10	10	11	14	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	8	4	4	3	2	8	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	3	4	-	3	4	4	2
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	1	2	1	2	1	3
Fußgänger	Anzahl	1	2	2	-	4	1	1	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 361	1 278	1 844	1 511	1 238	1 570	1 658	1 526	1 400

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
schwer verletzte Personen	Anzahl	257	227	362	230	183	275	260	268
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	98	93	122	120	98	95	109	119
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	69	57	116	37	21	75	46	61
Radfahrer	Anzahl	55	46	76	43	25	73	64	43
Fußgänger	Anzahl	20	20	33	22	27	22	19	23

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	9 310	9 727	11 220	11 200	10 065	12 823
darunter									
Kraftträder	Anzahl	992	882	603	344	342	925	678	567
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 583	8 680	7 450	8 030	9 457	8 883	8 234	10 693
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	813	841	835	863	710	1 061
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	360	347	333	400	325	300

Personenbeförderung

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	52 112	55 209	56 046	61 922	58 585	71 740
Personenkilometer ³	Mill.	510	546	518	577	595	625	644	615

Binnenschifffahrt

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gütereingang	1 000 t	1 031	1 001	893	932	829	696	795	1 002
* Güterversand	1 000 t	838	823	801	701	679	472	593	665

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 071	4 558	4 562	4 520	4 746	5 169	5 142	5 015	5 085
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	313	341	364	335	366	426	390	399	403
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 716	4 183	4 163	4 149	4 340	4 668	4 618	4 457	4 516

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2020	2021			2022				
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	29	32	33	32	29	36	35	38	35
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	172	199	185	190	184	196	201	187
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 543	3 979	3 931	3 931	4 121	4 458	4 407	4 281	4 294
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	906	1 126	1 212	1 140	1 268	1 335	1 304	1 214	1 181
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 637	2 853	2 719	2 792	2 853	3 123	3 103	3 067	3 113
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 707	3 159	3 111	3 118	3 323	3 369	3 477	3 437	3 464
darunter in/nach											
	EU-Länder (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 195	2 559	2 504	2 537	2 697	2 800	2 900	2 880	2 923
	Belgien	Mill. EUR	185	241	236	266	254	274	250	230	254
	Luxemburg	Mill. EUR	50	55	54	59	55	51	53	52	57
	Dänemark	Mill. EUR	45	50	46	49	52	54	46	63	65
	Finnland	Mill. EUR	29	32	30	33	35	40	39	40	37
	Frankreich	Mill. EUR	392	437	420	437	454	487	494	499	481
	Griechenland	Mill. EUR	78	79	116	35	96	123	137	110	96
	Irland	Mill. EUR	27	27	32	26	19	31	32	26	36
	Italien	Mill. EUR	218	271	261	278	318	261	288	310	299
	Niederlande	Mill. EUR	247	275	256	273	294	270	329	372	359
	Österreich	Mill. EUR	171	193	196	190	207	199	215	199	217
	Schweden	Mill. EUR	66	71	71	75	76	77	79	82	89
	Spanien	Mill. EUR	176	195	190	195	206	210	229	212	218
	Portugal	Mill. EUR	25	39	33	35	32	30	37	38	39
	Großbritannien	Mill. EUR	213	194	197	209	227	228	233	221	217
*	Afrika	Mill. EUR	97	105	100	105	116	141	140	122	152
*	Amerika	Mill. EUR	583	608	691	659	622	854	845	786	699
	darunter nach USA	Mill. EUR	415	407	461	450	422	574	586	535	482
*	Asien	Mill. EUR	640	631	617	596	642	704	619	647	712
	darunter nach China	Mill. EUR	227	198	193	192	191	189	162	149	175
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	43	54	43	42	42	94	55	47	56

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 951	3 517	3 422	3 620	3 929	3 898	4 218	4 239	4 230
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	308	333	323	324	345	377	399	386	439
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 518	3 021	2 923	3 096	3 368	3 331	3 582	3 547	3 447
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	41	42	42	37	53	43	54	40
* Halbwaren	Mill. EUR	204	243	245	257	280	345	363	395	316
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 283	2 737	2 636	2 797	3 051	2 932	3 176	3 098	3 091

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2020	2021			2022				
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	501	641	666	729	725	812	749	762	714
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 782	2 096	1 970	2 067	2 326	2 121	2 427	2 336	2 377
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 127	2 492	2 401	2 607	2 807	2 571	2 938	2 983	2 949
darunter aus											
	EU-Ländern (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Ländern (27)	Mill. EUR	1 804	2 148	2 080	2 267	2 441	2 228	2 590	2 629	2 582
	Belgien	Mill. EUR	198	251	249	253	269	341	341	372	366
	Luxemburg	Mill. EUR	42	44	41	43	42	63	55	63	60
	Dänemark	Mill. EUR	40	47	48	51	57	37	37	44	41
	Finnland	Mill. EUR	13	13	15	16	13	17	17	23	20
	Frankreich	Mill. EUR	272	310	320	344	333	323	342	376	360
	Griechenland	Mill. EUR	15	20	10	34	13	19	21	41	23
	Irland	Mill. EUR	45	62	53	60	84	25	41	20	44
	Italien	Mill. EUR	200	248	221	288	303	198	258	264	242
	Niederlande	Mill. EUR	248	262	224	272	283	285	327	380	347
	Österreich	Mill. EUR	138	157	158	143	150	139	174	173	168
	Schweden	Mill. EUR	26	34	42	32	30	25	30	30	34
	Spanien	Mill. EUR	144	166	144	154	292	145	303	180	174
	Portugal	Mill. EUR	21	28	24	26	33	31	32	40	32
	Großbritannien	Mill. EUR	92	74	64	72	73	77	69	72	75
*	Afrika	Mill. EUR	50	58	77	49	47	85	53	69	64
*	Amerika	Mill. EUR	247	291	267	254	353	425	344	362	396
	darunter aus USA	Mill. EUR	189	220	183	177	289	330	282	298	323
*	Asien	Mill. EUR	516	667	667	702	714	807	868	812	807
	darunter aus China	Mill. EUR	260	344	327	357	406	422	485	417	445
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	7	7	6	6	8	12	9	9

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	2 536	2 643	2 742	2 366	2 076	2 436	2 485
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	468	457	479	323	252	326	334
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	1 652	1 665	1 708	1 671	1 439	1 714	1 596
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	1 998	2 531	3 437	1 981	1 730	2 163	3 519
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	286	349	482	283	203	249	454
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 280	1 628	2 356	1 343	1 170	1 529	2 554

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	280	452	389	430	443	424	357	403	345
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	31	33	53	48	43	52	57
* Verbraucher	Anzahl	146	294	257	278	257	273	225	240	195
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	78	98	109	82	75	92	72
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	16	20	23	21	24	21	14	19	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	74	35	57	150	39	51	114

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2020	2021				2022				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	99,3	98,6	98,0	99,7	98,4	97,8	97,4	98,6	97,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	100,0	101,2	101,3	104,3	117,9	93,9	107,8	114,9	124,7

Preise

Preise	Einheit	2020	2021		2022				2023	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	110,6	110,8	111,7	120,7	119,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	107,6	107,8	108,1	109,4	109,5

Verdienste⁷

	Einheit	2021	2022	2021			2022			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 328	...	3 970	4 017	4 053
* Frauen	EUR	3 894	...	3 602	3 661	3 698
* Männer	EUR	4 506	...	4 121	4 164	4 199
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	8 054	...	7 151	7 164	7 189
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	5 041	...	4 652	4 697	4 740
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 695	...	3 416	3 475	3 505
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 997	...	2 809	2 828	2 868
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 522	...	2 369	2 453	2 458

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

**noch: Verdienste¹**

	Einheit	2021	2022	2021			2022			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 542	...	4 103	4 113	4 149
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 194	...	3 789	3 825	3 930
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 726	...	4 225	4 229	4 279
* Energieversorgung	EUR	5 869	...	5 299	5 214	5 212
* Wasserversorgung ²	EUR	3 882	...	3 622	3 637	3 642
* Baugewerbe	EUR	3 891	...	3 655	3 699	3 676
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 181	...	3 878	3 952	3 989
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	4 006	...	3 547	3 708	3 724
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 199	...	2 960	2 999	3 100
* Gastgewerbe	EUR	2 029	...	1 631	2 379	2 375
* Information und Kommunikation	EUR	5 527	...	5 093	5 158	5 187
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 666	...	4 875	4 954	4 963
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 592	...	4 031	(4 047)	(4 107)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 234	...	4 669	4 702	4 783
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	3 105	...	2 954	3 008	3 033
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 248	...	4 128	4 128	4 128
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 848	...	4 703	4 692	4 728
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 279	...	4 037	4 044	4 084
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 918	...	(2 482)	3 117	3 160
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 930	...	3 678	3 732	3 777

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	124 993	127 152	127 965	130 771	133 534	148 827	154 395
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 658	7 822	7 268	8 279	8 960	11 093	10 931

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit¹**

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 561	7 487	7 165	7 282	7 289	10 187	11 795
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	109 774	111 843	113 532	115 210	117 285	127 547	131 669
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	122 220	124 234	125 171	127 715	130 486	142 886	146 110
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	114 535	116 732	117 688	120 128	122 766	134 918	138 126
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 685	7 502	7 483	7 587	7 720	7 968	7 984
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 773	2 918	2 794	3 056	3 048	5 941	8 285

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	129 485	136 413	134 646	137 653	138 529	139 990	140 220	141 975	143 161
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	93 083	96 046	96 165	97 267	97 619	99 498	99 480
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	14 741	14 917	15 662	16 062	16 211	16 332	17 768
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 505	1 458	1 410	1 422	1 438	1 582	1 952
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 317	25 232	25 292	25 239	24 952	24 563	23 961
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	132 836	135 790	136 322	137 789	137 907	139 614	141 025
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	123 943	130 373	129 059	131 459	131 609	133 238	133 312	135 023	136 426
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	3 777	4 331	4 713	4 551	4 595	4 591	4 599
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	1 810	1 863	2 207	2 201	2 313	2 361	2 136

Steuern

Einheit	2020	2021		2022				2023
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	4 282	11 405	5 311	5 470	6 952	9 040	6 310
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	3 182	3 886	1 063	937	1 243	3 612	1 744
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	1 450	1 214	893	854	1 323	1 319	1 518
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	640	-	-	-	518	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	34	844	67	28	13	903	105
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	83	1 427	59	30	37	394	55

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



noch: Steuern

Einheit	2020	2021		2022				2023
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	76	9	19	4	39	5	18
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	70	-	-	-	36	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	1 538	392	25	21	-169	992	49
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-157	-	-	-	-175	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	1 100	7 519	4 248	4 534	5 710	5 428	4 566
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	536	555	566	-73	608	551	100
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	564	6 964	3 682	4 606	5 102	4 876	4 466

Zölle

Mill. EUR	223	254	295	310	265	399	363	369	251
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	87	49	109	151	30	20	21	137	65
-----------	----	----	-----	-----	----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	3	9	11	4	7	7	1
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	107	142	19	16	14	130	56

Landessteuern

Landessteuern	Mill. EUR	104	110	118	133	110	90	105	95	90
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	30	35	29	23	39	28	25
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	71	72	58	50	48	38	43
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	14	21	19	14	14	25	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	2	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	2	2	2	2

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	713	866	1 570	1 545	1 047	1 072	1 067
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	161	162	140	151	162	181	152
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	536	682	1 407	1 369	859	861	888
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	14	10	16	19	21	21	25	23

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

verbände	Mill. EUR	1 157	1 475	1 239	1 334	2 668	1 544	1 545	1 606	2 013
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	428	730	490	633	1 299	1 295	718	775	721
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	491	430	1 007	72	554	540	940
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	82	87	199	1	84	80	173

Einheit	2020	2021		2022				2023
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 136	1 386	2 089	2 119	1 343	614	1 183	2 547	1 102
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	118	133	110	90	105	95	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	526	725	1 403	1 630	449	317	443	1 470	742
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	348	544	356	379	282	486	394	645
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	85	114	14	359	29	12	5	384	45
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	110	43	715	20	11	20	195	21
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	14	34	4	8	2	17	2	8
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	51	139	769	196	12	10	-85	496	24
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	497	541	564	323	781	159	635	932	270
Umsatzsteuer	Mill. EUR	334	374	336	237	359	-46	386	519	56
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	162	167	228	87	422	205	249	414	214
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	2	23	2	34	1	35	-1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	10	1	14	0	14	-0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 140	2 631	2 073	5 835	2 630	2 863	3 444	4 576	3 213
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	109	151	30	20	21	137	65
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	1 474	1 787	457	401	518	1 638	748
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	486	3 873	2 141	2 408	2 905	2 766	2 400
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	2	23	2	34	1	35	-1

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2023

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienanfängerinnen und Studienanfänger
im Studienjahr 2021
Kennziffer: B3053 202100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2022
Kennziffer: C4053 202200

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im Dezember 2022
Kennziffer: E1033 202212

Unternehmen und Investitionen im Bauhaupt-
gewerbe 2021 – Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 202100

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe
2021 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3043 202100

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe im November 2022
Kennziffer: G1023 202211

Aus- und Einfuhr im Dezember 2022
Kennziffer: G3023 202212

Umwelt

Abfallwirtschaft 2020
Kennziffer: Q2023 202000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2022
Kennziffer: Z1013 202211

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2023
Kennziffer: Z2201 202302

Verzeichnisse und Adressarien

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen –
Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Februar 2023
Kennziffer: A5034E202300

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © Maria Fuchs – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte